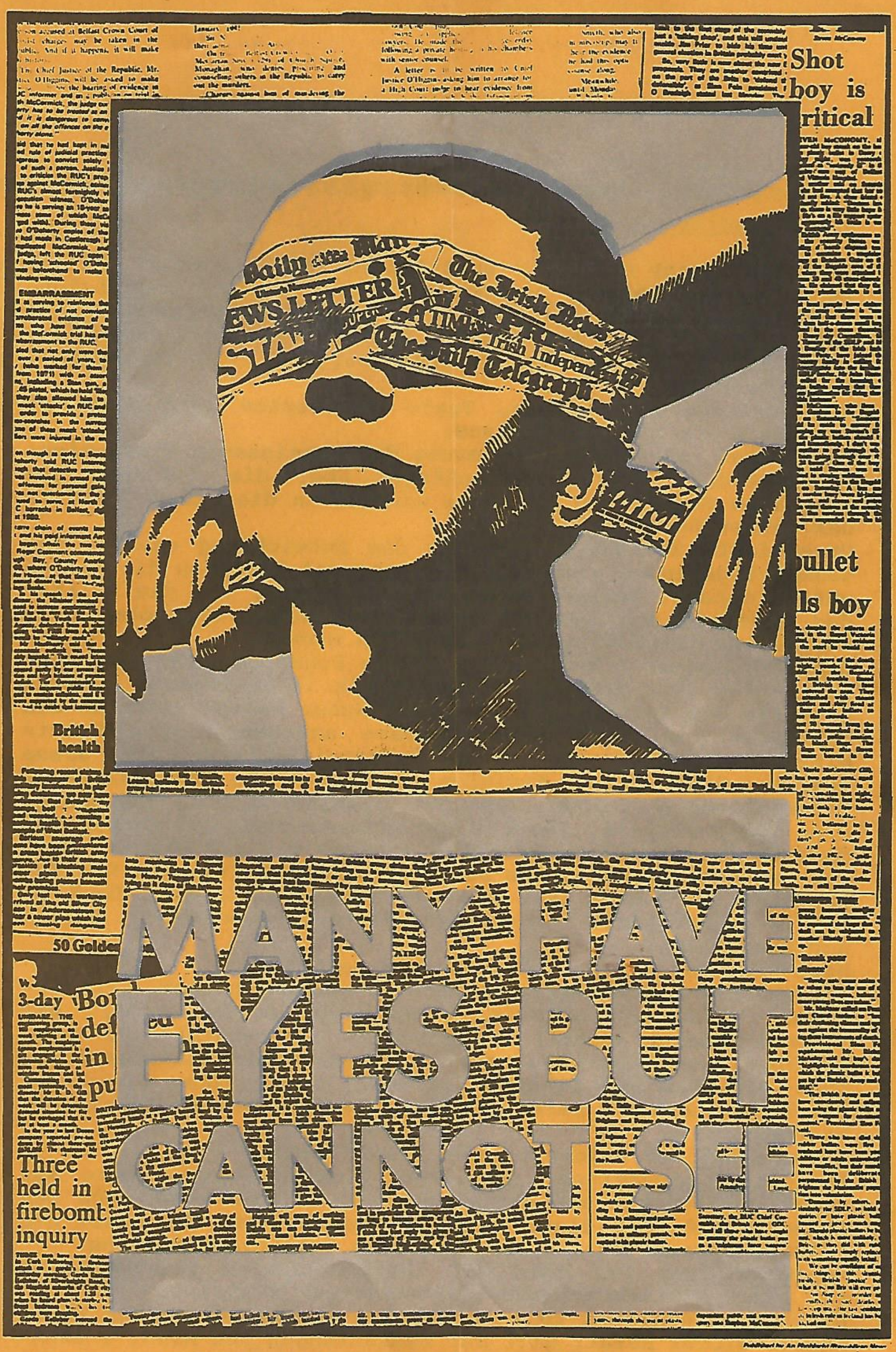
DE KNIPSELKRANT



GUERRILLA STRIJD, SMERIS, IMPERIALISME, FASCISME, COUNTER INSURGENCY...

Resistance

DE KNIPSELKRANT

Documents and Analysis
... the Illegal Front

****

Zum Knipselkrant

De Knipselkrant erscheint seit August 1978, jetzt ca. 35 mal im Jahr. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch (hauptsächlich), holländisch und englisch. Themen: Bewaffneter Kampf und Widerstand in Westeuropa, Antimilitarismus, Kampf der politischen Gefangenen, Counterinsurgency, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Wir benutzen Erklärungen, Texte und werten weit über 150 Zeitungen aus ganz Europa aus.
Unser Ziel ist die Verbreiterung der gemeinsamen Diskussion. Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.
Unzensierte Zeitungen sind für die Entwicklung unserer Zusammenhänge enorm wichtig. International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antiimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen.
Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozess mit der Praxis. Noch vor wenigen Jahren gab es Dutzende linker Zeitungen. Die Repression hat diese Zahl bis auf wenige dezimiert. Doch es ist in erster Linie keine Frage der Zahl, sondern der Stärke der Strukturen.
Dazu brauchen wir vor allem auch eure Hilfe:
schickt alles Material, das ihr für wichtig haltet - Erklärungen, Texte und anderes. Heutzutage ist es besser, wir bekommen Sachen doppelt als garnicht. Wir verstehen de Knipselkrant als Teil unserer gemeinsamen Kommunikationsstruktur. Schnelle und präzise Informationen stärken die Kraft des Widerstandes - helft uns dabei: es ist unsere gemeinsame Zeitung.
Abonnement: 180 Gulden im Jahr inkl. Porto
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist. Mit einer der letzten Nummern kriegt ihr dann eine Zahlungserinnerung.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung auf unser Postscheckkonto (Postscheckamt Arnheim).
Buchläden: erhalten 30 % Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Dieser Rabatt gilt für Bestellungen von mind. 5 Exemplaren.

De Knipselkrant, Postfach 7001 9701 JA Groningen, Nederland, Postscheckkonto 4246655 (Postscheckamt Arnheim)

****

Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.

MITTEILUNG VON DE KNIPSELKRANT
betrifft: Hausdurchsuchung

Der lange Arm des belgischen Bullenapparats

Am Donnerstag, den 9. April 1987 ist im Auftrag des belgischen Untersuchungsrichters F. Cuykens Hausdurchsuchung durchgeführt in den Redaktionsräumen von De Knipselkrant und der Privatwohnung von Paul Moussault, Redakteur der Knipselkrant.
Aus niederländischen und belgischen Zeitungsberichten und den, in beiden Räumen in Beschlag genommenen Sachen, ist uns jetzt einiges deutlich geworden.

Anläßlich der Festnahme in Belgien von zwei Leuten, die neue CCC-Kommuniques bei sich hatten, in denen der belgischen Presse zufolge, eine neue Guerillakampagne angekündigt wird, wenn die vier inhaftierten Genossen aus CCC nicht unmittelbar freigelassen werden, wurde Mittwochabend, den 8. April per Telex an den niederländischen Bullenapparat die sofortige Durchsuchung des Büros von De Knipselkrant und der Wohnung des Redakteurs gefragt, auf Grund eines Benelux-Vertrags, der dies möglich macht.
Die Hausdurchsuchung wurde in Abwesenheit des betreffenden Redakteurs durchgeführt, während anderen Redaktionsmitarbeitern der Zugang zu den Redaktionsräumen verweigert wurde.

Bei der Hausdurchsuchung wurde u.a. mitgenommen:
- Druckpresse
- alle Ordner mit Zeitungsberichten und Kommuniques von CCC
- alle Ordner mit Zeitungsberichten und Kommuniques von AD
- alle Ordner mit Zeitungsberichten und Kommuniques von RaRa (Makrobrände)
- alle Korrespondenz betreffend Knipselkrant, Gefangene der CCC, L'Internationale
- Fotoarchiv
- Jahrgang '86 und '87 Knipselkrant
- Typenrad und Schreibband der Schreibmaschine
- Fotos und Plakate ASALA
- alle Broschüren RVF "Texte CCC"
- Lay-out Material
  etc. etc. etc.

Am 15.April beschließt der Groninger Gerichtshof, daß alles Material bezüglich CCC dem belgischen Bullenapparat überhändigt wird, im Kader der laufenden CCC-Ermittlungen.
Laut gerichtlicher Quelle in Belgien sollen die 2 in Belgien verhafteten Niederländer Kurierdienste verrichten für den niederländischen Zweig von CCC.
In den Niederlanden sollen sich die CCC reorganisiert haben nach der Verhaftung von Pierre Carette, Didier Chevolet, Pascal Vandegeerde und Bertrand Sassoye.
Inzwischen ist die Haft der 2 festgenommenen Niederländer mit einem Monat verlängert. Die gerichtlichen Ermittlungen sind auch für ihren Anwalt, P.H. Bakker-Schut, geschlossen.

Die Organisation der CCC ist Sache der Guerilla. Die absurde Beschuldigung der Beteiligung von Paul Moussault bei einer möglichen Guerillakampagne der CCC verwerfen wir dann auch vollständig. Die Guerilla, die CCC, hat uns und Paul Moussault nicht die Ehre übergeben an der antiimperialistischen Kampagne beteiligt zu sein, natürlich haben wir die kommunistische Pflicht die legitimen Guerillaaktivitäten der CCC gegenüber der kriminellen 'Legitimität' der Henker zu verteidigen.

Dies alles gegen den Hintergrund von:
1) am 18. Januar 1985 zwei Beamte vom BVD Paul Moussault in seinem Büro besuchten und mit ihm reden wollten über den Hungerstreik in der BRD, seine angeblichen Kontakte mit den CCC, Kontakte mit 'legalen RAF-Kommandos' und ihn beschuldigten selbst auch 'legale RAF' zu sein.
2) Ende Januar 1986 versuchte der westdeutsche Staatsschutz, den in Frankfurt stattfindenden Kongreß verbieten zu lassen, auf grund einer da durch De Knipselkrant/Ligne Rouge verbreiteten spezialen Ausgabe in Bezug auf den Kongreß.
3) Paul Moussault am 4. Mai 1986 verhaftet wurde, anläßlich der Verhaftung von Yu Kikumura, der am 1. Mai in Schiphol festgenommen war und im Besitz war von 1 Kilo TNT und sechs Detonators. Auf grund von Reisebewegungen von Moussault, die übereinkommen sollten mit denen des japanischen Genossen und einer Zeugenerklärung eines Portiers, sollte Moussault dies alles organisiert haben. Inzwischen ist der Japaner freigelassen wegen unrechtmäßig erhaltenen Beweis.
4) Am 2. September 1986 ist Paul Moussault durch den Bundesnachrichtendienst in München-Riem angesprochen bzw. unter Druck gesetzt worden. Ein Vorgeschmack von den seit September '86 in der BRD anonym verschickten Briefen an 40 Leute, in denen sie aufgerufen wurden gegen Bezahlung angebliche Verbindungen mit der Raf zu verraten.

Dies Fiasko können die Bullen natürlich schwer schlucken. Die jahrelange propagandistische Kriminalisierung von De Knipselkrant und das Roodverzetsfront ist völlig mißlungen, der darauf folgende Schritt der Bullen, um mit militärischen Mitteln De Knipselkrant zu zerstören, ebenfalls.

Der imperialistische Staat der Multinationals sieht sich konfrontiert mit einer Internationalisierung des Klassenkriegs, einer Zusammenschmelzung, Zusammenarbeit sowohl politisch als organisatorisch von diversen Guerilla-Organisationen. Einer Entwicklung von revolutionärer antagonistischer Praxis gegen den Imperialismus und seinen Erscheinungsformen z.B. der Zionismus.

International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antiimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen. Radikal, L'Internationale, Ligne Rouge, Blättle, De Knipselkrant ...

Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozeß mit der Praxis. Hierzu wurden wichtige Beiträge von RAF/AD, CCC, Internationale Anti-Imperialistische Brigaden, FARL und ASALA geliefert.

Die aktuellen strategischen Projekte der politischen, ökonomischen und militärischen Formierung des imperialistischen Systems weltweit angreifen!

Sofortige Freilassung von:

Pierre Carette
Didier Chevolet
Pascal Vandegeerde
Bertrand Sassoye

Nicht sich drehen und winden unter den Schlägen des Gegners heulen, winseln und Entschuldigungen stammeln: So böse war's nicht gemeint; wie so viele tun. Wiederhauen muß man für jeden feindlichen Hieb zwei, drei zurück!

Der Stein den sie aufgehoben haben wird auf ihre eigenen Füsse fallen.
Sieg dem Volkskrieg!
Der Kampf hat erst begonnen!

De Knipselkrant/RVF Press Office
April 1987



Bejaarden vervoerden CCC-pamfletten in auto

NB 10.04.87

Nieuw spoor naar CCC?

Opereert terreurorganizatie nu vanuit Nederland?

ANTWERPEN — Heeft het gerecht in Antwerpen een nieuw spoor gevonden naar de terreurorganizatie CCC (Cellules Communistes Combattantes)? Dat moet het grensoverschrijdend onderzoek uitwijzen, dat op gang kwam nadat tijdens het weekeinde een Nederlands echtpaar van middelbare leeftijd gearresteerd werd op verdenking bindingen te hebben met de terroristen. De arrestanten verschenen donderdag voor de (zwaar bewaakte) raadkamer van de rechtbank in Antwerpen, die het tegen hen uitgevaardigd arrestatiebevel handhaafde. De grote vraag is of de overblijvende CCC'ers, na de gevoelige klappen die hun groep in België te inkasseren had, nu vanuit Nederland opereren.

De CCC was een extreemlinkse terreurorganizatie, die het land op stelten zette met een reeks bomaanslagen die begon op 2 oktober 1984 tegen het electronicabedrijf Litton in Evere. Tussen die datum en de laatste bom op 21 november 1985 pleegde de CCC niet minder dan 25 aanslagen, waarbij twee brandweerlieden de dood vonden (aanslag van 1 mei 1985 op het centrum van de werkgeversorganizatie VBO te Brussel) en waarbij enorme materiële schade werd aangericht. Vier CCC-verdachten werden op 16 december 1985 in een restaurant in de omgeving van het station te Namen aangehouden en opgesloten in de gevangenis: Pierre Carette (33), Didier Chevolet (30), Pascale Vandegeerde (28) en Bertrand Sassoye (22).

Het was een routinekontrole van de wegenpolitie van de rijkswacht, die vorig weekeinde in het Antwerpse aanleiding gaf tot de voorleiding van het koppel. In een Nederlandse auto, die op de Bredabaan in Brasschaat tot stilstand gebracht werd door rijkswachters, werden Franstalige pamfletten aangetroffen, voorzien van de CCC-hoofding. Volgens sommige bronnen staken zij in omslagen, bestemd voor het persagentschap Belga en voor Belgische kranten en linkse tijdschriften. Anderen gewagen van „een grote hoeveelheid". Hieromtrent kon echter geen zekerheid bekomen worden, daar het Antwerps parket een grote terughoudendheid in deze zaak aan de dag legt.

De inzittenden van de wagen, het gepensioneerde echtpaar Pieter S. (62) en Hildegonda E. (64), uit Apeldoorn, verstrekten geen uitleg over de herkomst van de strooibrieven, die naar alle waarschijnlijkheid recent in Nederland gedrukt werden. Ook tijdens hun latere ondervraging door speurders en onderzoeksrechter verschaften man en vrouw geen enkele nuttige toelichting. Uiteindelijk werden zij onder arrest geplaatst op de verdenking deel uit te maken van een vereniging, die tot doel heeft aanslagen op personen en/of eigendommen te plegen.

Een grensoverschrijdend onderzoek werd dadelijk aangevat. Het wordt niet onmogelijk geacht dat de door het gerechtelijk optreden in ons land gekortwiekte terreurorganizatie CCC (Cellules Communistes Combattantes), na een reorganizatie of het vormen van een geheel nieuwe kern, het plan opvatte voortaan vanuit een Nederlandse basis te opereren.

Toen de echtelingen donderdagvoormiddag voor de Antwerpse raadkamer gebracht werden, waar beslist moest worden of zij al dan niet in hechtenis zouden blijven, was een extra zware bewaking door BOB'ers en GP'ers opgesteld. Na een korte beraadslaging handhaafde de raadkamer het tegen het paar uitgevaardigd arrestatiebevel.

Presse-spiegel

Neue Spur zu de CCC?
Operiert die Terrororganisation jetzt aus den Niederlanden?
Bei einer Routinekontrolle der belgischen Gendarmerie in Brasschad wurde ein altes Rentnerpaar, Pieter S. (62) und Hillegonda E. (64) verhaftet, nachdem in ihrem Auto neue CCC-Flugblätter gefunden wurden. Die Flugblätter waren an Presseagenturen und Zeitungen adressiert. Seit dem befinden sie sich in völliger Isolation.

N.B. 10/04

Wurde ein Anschlag der CCC durch einen Fund Flugblätter vereitelt?
Die niederländischen Justizkreise sind davon überzeugt, daß durch die Verhaftung des Rentnerpaares eine mögliche Attentatswelle verhindert wurde. Sie sollen Teil der Logistik der CCC sein und sollen nur als Kurier der Terrororganisation gedient haben.

DS 11/04

Niederländer fordern die Freilassung von Carette und Co.
Der holländische OCC-Flügel (Kämpfende Kommunistische Organisationen) befindet sich rund herum der linksextremen Vereinigung "De Knipselkrant". De knipselkrant hat regelmäßigen Kontakt mit der belgischen Gruppe Ligne Rouge. Aus dem Ligne Rouge-Milieu kommen viele Leute die die "Vereinigung der Familienangehörigen und Freunde der kommunistischen Gefangenen" gegründet haben.

DS 11/04

Hausdurchsuchung beim Redakteur des Knipselkrant wegen möglichen Kontakten mit den CCC.
Laut Justizkreisen hat Paul Moussault Kontakt mit dem verhafteten Rentnerpaar.

NRC 13/04

Druckte Moussault CCC-Flugblätter?
Mit den Durchsuchungen im Büro vom Knipselkrant und der Privatwohnung von Paul Moussault wollte die belgische Justiz Beweise finden, daß Moussault die Flugblätter der CCC gedruckt haben soll. Auf einer Pressekonferenz, wo 13 Zeitungen sowie das niederländische Fernsehen anwesend war, sagte Paul Moussault: "Die obzöne Behauptung ich hätte die Kommuniques der CCC gedruckt verwerfe ich vollständig. Die

Nederlands echtpaar bekend om kommunistische sympatie

DS 11.04.87

CCC-aanslag door vondst pamfletten verijdeld?

ANTWERPEN — Met de arrestatie van het Nederlands echtpaar Pieter S. (62) en Hildegonda E. (64), door de rijkswacht ingerekend met 'CCC-pamfletten, werd naar alle waarschijnlijkheid een terreuraanslag van de CCC in ons land verijdeld, zo werd vrijdag in onderzoekskringen vooropgesteld. De in (niet zo volmaakt) Frans gestelde vlugschriften zijn inderdaad opeisingspamfletten, waarop alleen nog doelwit en tijdstip van de aanslag moesten worden aangebracht. De dokumenten waren klaar voor verzending naar persagentschappen en kranteredakties.

Het Nederlands koppel uit Apeldoorn, in zijn land bekend als kommunistische sympatizanten, zou deel uitmaken van de cel „logistiek" van de CCC, en slechts als koerier gefungeerd hebben tussen de „administratie" van de terreurgroep en de uitvoerders van de geplande aanslag. Die zou voorzichtigheidshalve niet zijn uitgevoerd, omdat hij in het gedrang was gebracht door de arrestatie van Pieter S. en Hildegonda E.

Hun aanhouding, vorige zaterdag bij een wegkontrole door de rijkswacht in Brasschaat, heeft de Nederlandse justitie in hoge mate gealarmeerd. De Nederlanders zijn er van overtuigd dat men te doen heeft met personen die nauw bij de terroristengroep aanleunen. De aanvankelijke bedenking die in bepaalde kringen gemaakt werd, als zouden de twee oudere mensen het slachtoffer geworden zijn van hun argeloosheid (b.v. dat zij door iemand aangezocht konden waren om tijdens hun tocht in België enkele „omslagen" te posten of op bepaalde adressen te bezorgen), houdt — volgens Nederlandse bronnen — geen steek.

Er zijn elementen die erop wijzen, dat men te doen heeft met lieden die goed op de hoogte waren van de echte betekenis van de door hen vervoerde dokumenten. Bovendien zouden Pieter S. en Hildegonda E. weinig koöperatief zijn en er zorgvuldig op letten dat zij de speurders geen enkele houvast geven, die naar hun opdrachtgevers zou kunnen leiden.

In Nederland is nog steeds het onderzoek aan gang naar de daders van de aanslagen tegen Makro- en Shell-vestigingen, die door extreem linksen gevizeerd werden omwille van hun handelsbetrekkingen met Zuid-Afrika. De vrees bestaat dat eveneens in België soortgelijke akties ondernomen kunnen worden, omdat ook hier de propaganda om Zuidafrikaanse belangen te boycotten en/of te saboteren de jongste tijd crescendo gaat.

In Nederlandse kringen wordt de mogelijkheid serieus genomen dat een nieuwe kern van de Cellules Communistes Combattantes (CCC), nadat het bestaan hen in België erg moeilijk gemaakt werd, zich in Nederland gevestigd heeft en dat vandaar uit raids gepland en uitgevoerd zullen worden. Het feit dat de inbeslaggenomen pamfletten die de echtelingen uit Apeldoorn bij zich hadden, geen oude exemplaren zijn maar recent gedrukt — zo goed als zeker in Nederland — en aan de aktualiteit aangepast, duidt er volgens waarnemers op dat de CCC, in navolging van de Brigate Rosse in Italië en de Rote Armee Fraktion in de Bondsrepubliek, opnieuw de kop opsteekt. (AHD/DM)

Organisation der Guerilla ist Sache der Guerilla selbst." Paul Moussault ist zugleich Führer einer Gruppe die sich Rote Widerstandsfront nennt.

NVHN 14/04

Redakteur wird verdächtigt Verbindungen mit den CCC zu haben.
Bei der Hausdurchsuchung der Privatwohnung war Paul Moussault nicht anwesend. Eine Mitbewohnerin bekam Probleme mit den Polizisten weil sie ihren Namen nicht nennen wollte. Sie unterlag zahlreichen Einschränkungen: sie durfte nicht telefonieren, durfte den Raum nicht verlassen usw.
Moussault war am 4. Mai 1986 verhaftet worden weil er verdächtigt wurde einen Transport von Sprengstoff organisiert zu haben. Moussault darüber: "Es war nicht mehr als eine Kilochen TNT und es wurde solch ein Aufruhr aufgeführt, was im Vergleich mit der Flächenbombadierung in Beirut recht lächerlich klingt."

De Volkskrant 14/04

Belgien möchte gern den Adressenbestand der Abonnenten vom Knipselkrant haben.

Tel 15/04

CCC: Die Durchsuchungen beim Knipselkrant und das direkte Interesse der Polizisten.
Zeitungen wie "De Knipselkrant" gibt es und sind seit langem bekannt. In den meisten Fällen sind sie der sichtbare (und legale) Teil des terroristischen Eisbergs und sind hauptsächlich verantwortlich für die Veröffentlichung der Propaganda der OCC.
Die Polizisten interessieren sich natürlich besonders für diese Zeitungen, mit der sie hoffen in die terroristischen Netze einzudringen und die Verbindungen zu verstehen die sich auf internationaler Ebene zwischen verschiedenen Bewegungen knüpfen.

Le Soir 15/04

Auf Anforderung der belgischen Justiz muß Paul Moussault im Rahmen der CCC Untersuchung von der niederländischen Justiz verhört werden. Für das drucken einer in Belgien verbotenen terroristischen Organisation kann Moussault auch in den Niederlanden bestraft werden.

NVHN 17/04

NEDERLANDERS VROEGEN VRIJLATING CARETTE & CO

DS 11.4

BRUSSEL — In de pamfletten die vorige zaterdag door de rijkswacht te Brasschaat aangeslagen werden, wordt gedreigd met een nieuwe bommencampagne indien de vier aangehouden CCC'ers niet snel worden vrijgelaten. Waar of wanneer die aanslagen zouden plaatsvinden, wordt in de vlugschriften niet gemeld.

Bij de anti-terreurstaf te Brussel wordt niet zo zwaar getild aan de dreigementen uit Nederland. Men vermoedt dat zij door Nederlandse extreemlinkse sympatizanten van de Belgische CCC gingen verspreid worden om publiciteit te maken rond het nakende CCC-assisenproces.

Dat dergelijke publiciteitspamfletten zouden opdagen wanneer het proces naderde, was te verwachten. Ongetwijfeld werd de Nederlandse vleugel van de „OCC" (Organisations Communistes Combattantes) met de uitvoering ervan belast omdat zowat alle Brusselse OCC-CCC-sympatizanten door de rijkswacht gekend zijn en permanent in de gaten worden gehouden.

De Nederlandse OCC-vleugel situeert zich rond de extreemlinkse vereniging „De Knipselkrant" uit Groningen. De Knipselkrant heeft regelmatig kontakt met de Belgische groepering Ligne Rouge.

Uit het Ligne Rouge-milieu komen heel wat van de personen die — na de aanhoudingen van Pierre Carette, Bertrand Sassoye, Pascale Vandegeerde en Didier Chevolet — de „Vereniging van Familieleden en Vrienden der Kommunistische Gevangenen" hebben gesticht. (HDK)

Nederlandse politie doet inval bij vermeende CCC-sympatizant

DS 14.04.87

GRONINGEN (anp) — Op verzoek van de Belgische onderzoeksrechter Cuykens deed de Groningse politie een inval bij redakteur P. Moussault van „De Knipselkrant". De extreem-linkse journalist Moussault wordt verdacht van kontakten met de Belgische terroristische organizatie CCC. Bij de huiszoeking werden dokumenten in beslag genomen, waaronder verscheidene originele CCC-communiqué's en -posters. Het Nederlandse parket weigerde elke kommentaar „om het Belgische onderoek niet te doorkruisen" maar verklaarde wel dat er voldoende bezwarend materiaal werd gevonden om een huiszoeking te rechtvaardigen.

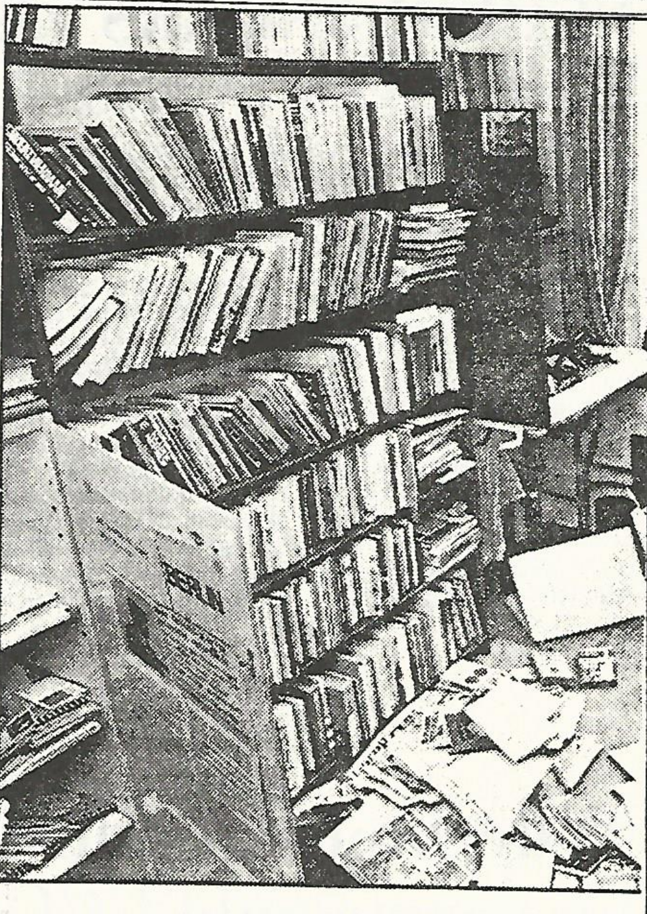
Volgens onderzoeksrechter Cuykens zijn er aanwijzingen dat Moussault kontakten heeft met het oudere echtpaar uit Apeldoorn dat vorige week in België werd aangehouden en in wiens auto een grote hoeveelheid propagandamateriaal van de CCC werd gevonden. Moussault was niet thuis toen de politie bij hem binnenviel. Er werd tegen hem geen proces verbaal opgemaakt.

Volgens Moussault werd een groot deel van zijn archief in beslag genomen, waaronder materiaal over de CCC en verwante organizaties, en nam men ook een drukpers mee. „Wij verspreiden de communiqués van de CCC in de Knipselkrant, dat is de Belgische autoriteiten een doorn in het oog en daarom hebben ze een huiszoeking bij mij en in het redaktielokaal van de krant laten uitvoeren. Dit systeem kan zich alleen met geweld handhaven en dat neemt steeds groteskere vormen aan", zo beoordeelde de 27-jarige extreem linkse journalist gisteren de aktie.

Hij houdt halstarrig vol dat hij noch met het Apeldoornse echtpaar noch met iemand van de CCC kontakt heeft gehad. Maar even later zegt hij weer dat hij kontakt onderhoudt met wie hij wil. Over de CCC zegt hij: „Ik heb sympatie voor mensen die voor hun rechten opkomen. Maar wij oordelen niet, onze taak is het alleen daarover te berichten in de Knipselkrant".

„De Knipselkrant" verschijnt wekelijks en besteedt aan de hand van krantenknipsels vooral aandacht aan „sociale konflikten". Veel belangstelling gaat naar de krakerswereld, maar ook naar illegale radikale organizaties zoals het IRA, de CCC, de RAF en Action Directe, wier communiqués geregeld zonder kommentaar worden afgedrukt. Moussault geeft de Knipselkrant al 10 jaar uit en wordt scherp in de gaten te houden door de Nederlandse en buitenlandse geheime diensten. Hij werd vorig jaar korte tijd aangehouden naar aanleiding van de arrestatie op Schiphol van een Japanner die trachtte explosieven binnen te smokkelen. De Nederlandse geheime dienst zou hem in 1984 tot samenwerking hebben uitgenodigd. Naar verluidt heeft de Westduitse geheime dienst hem vorig jaar het voorstel gedaan hebben om in de Rote Armee Fraktion te infiltreren.

Inval bij redacteur van Knipselkrant wegens mogelijk contact CCC



Door een onzer redacteuren NRC

GRONINGEN, 13 april — Op verzoek van de Belgische onderzoeksrechter Cuykens heeft de Groningse politie in het bijzijn van vertegenwoordigers van het openbaar ministerie afgelopen donderdagmorgen een inval gedaan gedaan bij redacteur P. Moussault van De Knipselkrant. Moussault woont in Groningen en wordt verdacht van contacten met de Belgische terroristische organisatie strijdende communistische cellen CCC. Persofficier mr. M. Severein in Groningen heeft dit gisteravond bevestigd. Bij de inval zijn papieren in beslag genomen.

Volgens Severein zijn er aanwijzingen dat Moussault contacten heeft met het Nederlandse echtpaar Pieter S. en Hildegonda E. dat vorige week in België werd aangehouden. In de auto van het echtpaar werden pamfletten CCC gevonden.

Moussault was afwezig. Er is tegen hem geen proces verbaal opgemaakt. Volgens Moussault heeft justitie een groot deel van zijn archief in beslag genomen, waaronder materiaal over de CCC en verwante organisaties. Ook nam justitie onder meer een drukpers mee, aldus Moussault.

De Knipselkrant verschijnt wekelijks en besteedt door middel van knipsels uit allerlei kranten veel aandacht aan „sociale conflicten", aldus Moussault. Veel aandacht gaat daarbij uit naar de krakerswereld en organisaties zoals de CCC of Action Directe. Moussault zelf werd vorig jaar al eens aangehouden na de arrestatie van een Japanner op Schiphol die probeerde explosieven binnen te smokkelen. Moussault is later vrijgelaten.

□ Onze Brusselse correspondent voegt hieraan toe dat de Antwerpse gerechtelijke diensten er rekening mee houden dat er koeriersdiensten worden verricht voor een Nederlandse tak van de CCC. In Nederland zou de CCC zich hebben gereorganiseerd na de arrestatie van de vier Belgische kopstukken Pierre Carette, Didier Chevolet, Bertrand Sassoye en Pascale Vandergeerde. Het Antwerpse gerecht heeft kennelijk uit Nederland te horen gekregen dat het echtpaar bekend is in communistische kringen. Zij zouden banden onderhouden met terroristische groeperingen. De Belgen concluderen dat de Nederlandse autoriteiten grote belangstelling hebben voor het tweetal omdat het onderzoek naar de bomaanslagen op vestigingen van Makro en Shell nog niet is afgerond.

Justitiële kringen in Antwerpen menen te weten dat „CCC-Nederland" enkele bomaanslagen in petto houdt om de aandacht te vestigen op het proces tegen de vier Belgische arrestanten dat deze zomer begint.

Paul Moussault ontkent contacten

NvhN 14.04

GRONINGEN - Knipselkrant-redacteur Paul Moussault uit Groningen heeft gisteren ontkend contact te hebben gehad met het Apeldoornse echtpaar, dat de vorige week in België is aangehouden op verdenking van banden met de Belgische terroristische organisatie CCC. Bij hun aanhouding aan de Belgisch-Nederlandse grens werden in de auto van de twee Nederlanders pamfletten van de CCC gevonden. Bij de inval vorige week donderdag in de woning van Moussault zijn naast papieren, ook teken- en drukinkt en apparatuur in beslag genomen. Met de inbeslagname hoopt Justitie in België aan te tonen, dat Moussault pamfletten voor het CCC heeft gedrukt in zijn werkplaats in Groningen. Hier verschijnt ook De Knipselkrant waarin Moussault bericht over extreem linkse groeperingen in West-Europa.

Inzwischen ist es auch so, daß Moussault im Rahmen des Beneluxvertrages (Grenzüberschreitende Rechtshilfe in Sachen Kriminalität und Verbrechen) nach Belgien ausgewiesen werden kann.

Gaz.Antw. 17/04

Der Rechtsanwalt von Paul Moussault hat gegen die Verfügung des Gerichts Einspruch erhoben, die beschlagnahmten Sachen nach Belgien weiterzuleiten.

De Volkskrant 25/04

Drukte Moussault CCC-pamfletten?

Van een onzer verslaggevers

Bij de inval vorige week donderdag in de woning en de werkplaats van Knipselkrant-redacteur Paul Moussault in Groningen zijn niet alleen papieren in beslag genomen, maar ook teken- cq. drukinkt, een letterschijf van een typemachine, een stencilapparaat en chemicaliën. Dit heeft de Belgische justitie op wiens verzoek de inval is gedaan toegegeven. Het stencilapparaat en een groot deel van de papieren wordt nog deze week teruggegeven.

De rest houdt justitie en wordt vermoedelijk na morgen aan de Belgische autoriteiten overgedragen. Daarbij enkele ordners met informatie over de CCC, een Belgische terroristische organisatie, adressen, dozen met papierafval, artikelen over België, een drukwerkje getiteld Antifacistisch Front Limburg en een brief met de afzender L. Sassoye.

Moussault (27) wordt er door de Belgische autoriteiten van verdacht contacten te hebben gehad met een echtpaar uit Apeldoorn dat vorige week bij een verkeerscontrole in België werd aangehouden. In de woning van dit echtpaar in Apeldoorn is ook een inval gedaan en zijn papieren in beslag genomen. In de auto bevonden zich pamfletten van de Belgische terroristische organisatie CCC.

Op een persconferentie gistermiddag in Groningen ontkende Moussault contacten met het echtpaar te hebben gehad. Met de in beslag genomen goederen hoopt de Belgische justitie aan te kunnen tonen dat Moussault de pamfletten voor de CCC heeft gedrukt in zijn werkplaats in Groningen.

Deze werkplaats op de tweede verdieping van het kaaspakhuis Andringa in de Havenstraat is vorige week donderdag door de Groninger politie doorzocht. Later volgde huiszoeking in de bovenwoning van Moussault aan de Peizerweg. Justitie nam de meeste spullen (55 genummerde voorwerpen) in het pand Havenstraat in beslag. Uit de woning aan de Peizerweg werden 9 voorwerpen meegenomen.

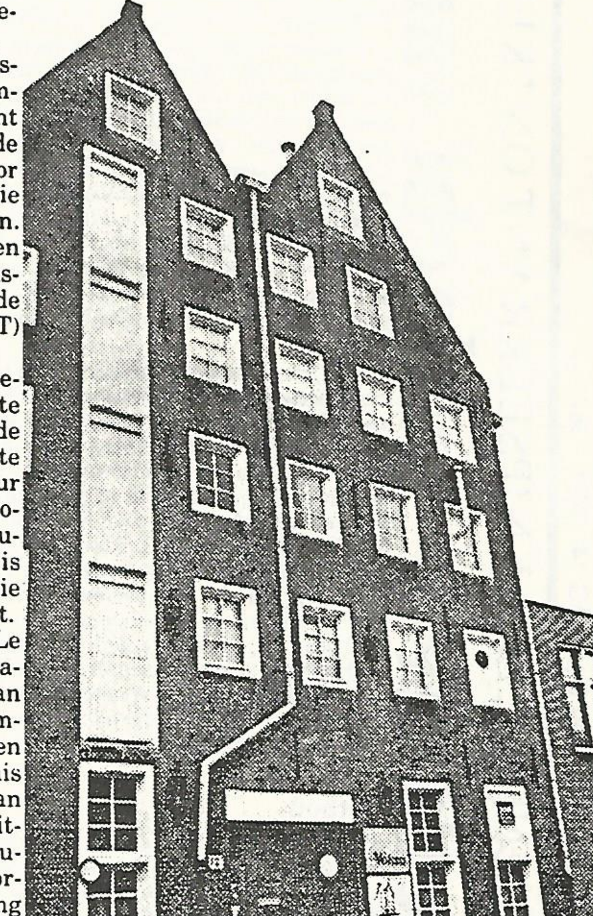
Volgens Moussault heeft hij van de Groninger rechtbank inmiddels een lijst ontvangen waarop de goederen staan vermeld die hij terugkrijgt. Morgen beslist de Raadkamer van de Groninger rechtbank of de overgebleven goederen naar België mogen worden gebracht.

Volgens de Groninger officier van justitie mr. M.H. Severein is niet te zeggen hoe serieus de verdenkingen van de Belgische justitie tegen Moussault zijn. Een minimale eis tot strafvordering is al voldoende om op basis van een Benelux-verdrag in actie te komen.

Een jaar geleden werd ook huiszoeking bij Moussault gedaan omdat hij er van werd verdacht betrokken te zijn geweest bij de invoer van 1 kilo springstof door een Japanner op Schiphol. Drie weken later werd hij vrijgelaten. Justitie heeft deze verdenkingen niet waar kunnen maken. Moussault is voor betrokkenheid bij de invoer van de springstof (TNT) niet veroordeeld.

Moussault heeft er nooit een geheim van gemaakt symphatie te hebben voor organisaties als de CCC, de Action Directe en de Rote Armee Fraktion. Hij is redacteur van De Knipselkrant, een periodiek dat de kennis van de revolutionaire theorie verspreidt. Hij is tevens de leider van een groep die zich het Rood Verzetsfront noemt.

Het Belgische avondblad Le Soir meldde al in 1985 dat verklaringen die naar aanleiding van drie aanslagen met brandbommen in Groningen waren verspreid een treffende gelijkenis vertoonden met pamfletten van de CCC. Zij baseerden zich op uitlatingen uit kringen van de Groupe Inter Armee, een landelijke organisatie voor terreurbestrijding in België.



● *Het kaaspakhuis in de Havenstraat, waar Moussault op de tweede verdieping zijn werkplaats heeft. (Foto: Gerard Til).*

de Volkskrant van DINSDAG 14 APRIL 1987
BINNENLAND

SAMENSTELLER KNIPSELKRANT ONTKENT BESCHULDIGING JUSTITIE

Redacteur verdacht van band met CCC

Van onze verslaggever
WIM PHYLIPSEN

GRONINGEN — Paul Moussault (27), redacteur van De Knipselkrant in Groningen, wordt in België verdacht van contacten met de Cellules Communistes Combattantes (Strijdende Communistische Cellen). Dat blijkt uit een proces-verbaal van huiszoeking van de rechter-commissaris bij de rechtbank in Groningen. De CCC is een (extreem) linkse organisatie, die in België wordt verdacht van terroristische activiteiten.

De Groningse recherche doorzocht afgelopen donderdag op verzoek van de Belgische justitie de woning van Moussault en het redactielokaal van De Knipselkrant. De rechercheurs namen een groot aantal zaken mee. In het proces-verbaal van de huiszoeking wordt Paul Moussault in één adem genoemd met een Apeldoorns echtpaar dat in België van koeriersdiensten voor de CCC wordt verdacht. Het echtpaar, dat op 5 april werd opgepakt, zit nog vast in België.

Moussault, die maandag deels opening van zaken wilde geven over het reilen en zeilen van De Knipselkrant, zegt geen directe contacten met de CCC te hebben. Het Apeldoornse echtpaar — 62 en 64 jaar oud — kent hij al evenmin persoonlijk. „Misschien zijn het abonnees." De top van de CCC zit sinds eind 1985 in België in voorarrest. Ze komen vermoedelijk op korte termijn voor de rechtbank op verdenking van onder meer, aanslagen op NAVO-doelen in België.

De Groningse rechercheurs verschenen vorige week donderdagmorgen bijna gelijktijdig op het privé-adres van Moussault aan de Peizerweg en op het redactie-adres aan de Havenstraat. Zij waren op het privé-adres in gezelschap van rechter-commissaris mr K. Puite en officier van justitie mr L. Bosch. Zij verrichtten de huiszoeking op verzoek van de Antwerpse onderzoeksrechter F. Cuykens in — zoals het proces-verbaal zegt — „de zaak tegen" Moussault en het Apeldoornse echtpaar. De Belgische justitie deed het verzoek op basis van een Benelux-overeenkomst voor justitiële bijstand.

Verbod

Moussault was niet aanwezig tijdens de huiszoeking. Een medebewoonster kreeg het met de rechercheurs aan de stok, omdat ze weigerde zich bekend te maken. De vrouw werden onmiddellijk enkele beperkingen opgelegd, zoals het verbod tot telefoneren en tot het verlaten van de woning aan de Peizerweg. Een andere vrouw werd door de politie buiten de deur gezet.

Uit de lijst van in beslag genomen goederen blijkt dat het gaat om onder meer administratieve gegevens, posters, boekjes over de CCC, brieven, adreslijsten en papierafval. „Maar ook authentieke stukken van de guerrilla in West-Europa", aldus Moussault maandagmiddag.

Woensdagmiddag zal de rechtbank in Groningen in raadkamer beslissen of en welke van de in beslag genomen goederen aan de Belgische justitie ter beschikking zullen worden gesteld. Moussault zegt dat een door hem in de arm genomen advocaat daar bezwaar tegen zal maken en tevens een eis tot schadevergoeding zal indienen wegens vernielingen op het privé-adres en in het redactielokaal.

De justitie heeft al eerder belangstelling gehad voor Moussault en De Knipselkrant. Moussault werd op 4 mei 1986 aangehouden naar aanleiding van de arrestatie van een Japanner op Schiphol. Deze had explosieven — „niet meer dan een kilootje TNT", aldus Moussault — en ontstekingsmechanismen in zijn bagage. De Japanner werd na een kort arrest uitgewezen. Moussault zat negentien dagen in voorarrest op verdenking contacten te hebben onderhouden met de Japanner. Hij onkent die contacten te hebben gehad. Ook toen werden Moussaults woning en het redactielokaal doorzocht.

Verzet

De Knipselkrant is precies wat de titel zegt. De krant is gemaakt op basis van Nederlandse en buitenlandse krantenknipsels en bulletins. Die knipsels gaan onder meer over het gewapende verzet in West-Europa tegen de gevestigde orde, de strijd van politieke gevangenen en het antimilitarisme. Een abonnement kost 180 gulden per jaar inclusief de portokosten.

De Knipselkrant, die ook in sommige boekhandels met een linkse signatuur te krijgen is, komt sinds 1978 zo'n 45 keer per jaar uit. Moussault laat in het midden hoeveel postabonnees er zijn en hoeveel medewerkers. „Bij een communistische organisatie zoals de onze is dat geheim. De oplage beweegt zich tussen nul en tien miljoen", zegt hij tijdens het gesprek over De Knipselkrant.

Moussault citeert niet zonder trots uit

APELDOORN — De Nederlandse justitie heeft zaterdagavond ook huiszoeking verricht bij een echtpaar uit Apeldoorn, dat vorige week in België is gearresteerd op verdenking van koeriersdiensten voor de CCC. Ook die huiszoeking werd gedaan op verzoek van de Belgische justitie. Bij de huiszoeking zijn goederen in beslag genomen. De Nederlandse autoriteiten hebben die ter beschikking gesteld aan België. De Antwerpse procureur wilde niet zeggen wat voor goederen in beslag zijn genomen.

de Antwerpse krant Het Nieuwsblad van afgelopen weekeinde, waarin de organisatie achter De Knipselkrant als „extreem links" wordt betiteld. De organisatie achter De Knipselkrant wordt op één lijn gesteld met Ligne Rouge, een gelijkgestemde communistische organisatie in België, die ook een blad uitgeeft.

Moussault wil er totaal geen geheim van maken dat achter De Knipselkrant een communistische organisatie schuilgaat. Zo hebben de medewerkers van De Knipselkrant ook een tijd publikaties verzorgd voor het kennelijk ter ziele gegane Rood Verzetsfront. „Wij zijn een communistische organisatie, maar banden met de CCC hebben wij niet. Wij werken voor zover mogelijk in de openbaarheid", aldus Moussault, die voor De Knipselkrant van een postbusnummer gebruik maakt. Op dat postbusnummer komen volgens Moussault automatisch alle geschriften van terroristische verzetsorganisaties als IRA (Ierland), RAF (West-Duitsland) en CCC ter publikatie bij de redactie binnen.

Moussault zegt geweld in de strijd van mensen die voor hun rechten opkomen niet af te wijzen. „Ik heb sympathie voor de mensen van de CCC, maar ook voor die van de RAF. We leven constant in een situatie van oorlog. Wij nemen stelling tegen de grove schending van mensenrechten overal ter wereld. En we strijden tegen fascistische organisaties." Over zijn eigen achtergrond wil Moussault niets meer kwijt dan dat die is gebaseerd op „sociale bewogenheid". Volgens Moussault zitten de abonnees van De Knipselkrant in vele landen.

Moussault vertelt zowel door de Westduitse geheime dienst als de Nederlandse Binnenlandse Veiligheidsdienst (BVD) voor infiltraties in terroristische organisaties te zijn benaderd. Zijn verhaal gaat dan over „covers", gratis vliegtickets, dure hotels en vorstelijke maandelijkse honoraria, „die voor een journalist zo normaal zijn". Van die infiltraties heeft hij uiteraard afgezien.

België wil graag adressenbestand van Knipselkrant

Tel 15.04.87

Tussen Nederland en België is een juridisch touwtrekken ontstaan rond de eergisteren in beslag genomen eigendommen van de Groningse redacteur van de zogeheten Knipselkrant, Paul Moussault.

Behalve een drukpers en een fotokopieerapparaat werden bij invallen door Groninger rechercheurs een grote hoeveelheid verdachte administratieve gegevens, posters, communistische drukwerkjes en authentieke documenten in beslag genomen.

Deze zouden wijzen op nauwe contacten met terroristische organisaties als de Rote Armee Fraktion (RAF) de IRA en de Strijdende Communistische Cellen (CCC).

Het politie-optreden gebeurde op verzoek van de Antwerpse onderzoeksrechter F. Cuykens, die vooral geïnteresseerd is in het complete adressenbestand van de ruim tienduizend abonnees van de zich extreem links noemende Knipselkrant.

Vandaag valt in het Groningse Paleis van Justitie de beslissing of op basis van een overeenkomst met de Benelux de in beslag genomen goederen van Moussault naar de Belgische justitie zullen worden doorgespeeld.

Justitie in België benadrukte gisteren in dit stadium alle belang te hebben bij deze vitale gegevens in verband met de voorbereiding in Namen van het proces tegen de Strijdende Communistische Cellen (CCC). De top hiervan zit sedert 1985 in België in voorarrest beschuldigd van aanslagen op o.a. NATO-doelen.

...GENOMEN GOEDEREN

...PELZERW

Nr.	Voorwerp
1.	Plastic map met bescheiden
2.	Plastic map met bescheiden
3.	Vredesagenda 1986
4.	9 Ordners met bescheiden
5.	Map met bescheiden
6.	12 Boekjes (drukwerk)
7.	Enveloppe met bescheiden
8.	6 Mappen met bescheiden
9.	Kaartenbak met kaarten

Evt. teru...

Afgezien van ...
Sassoye, terug te geven
terug te geven
terug te geven
afgezien van 4 ordners met beschei-
den, terug te geven
terug te geven
afgezien van een drukwerkje, ge-
titeld "Antifacistisch Front Lim-
...", terug te geven
... beschei-

VERVOLG

...enlijst en poster
met opschrift "CCC en TELE "
...e dozen met inhoud "Strijd in België"
...ipsels betreffende de A.D. etc.
Transparant poster opschrift CCC
Bruin doosje met publicatieregister
...sters betreffende de CCC
...l bescheiden
... de aanwezige chemicaliëen

Afgezien ...
...enlijst...
Afgezie...
...treffe...
...gever...
...ter...
...te...

LIJST VAN INBESLAGGENOMEN GOEDER...

Nr.	Voorwerp	
1.	3 rollen met posters	
2.	Kalender opschrift: RAF '87	
3.	Brieven met adressen	
4.	Metalen doosje met bescheiden	
5.	Zwart-wit foto met oa. Ché	
6.	Boekje met inhoud betreffende de C.C.C.	
7.	Aanzichtkaart " Groeten Campinglaan"	
8	Stapeltje groene en blauwe stickers	
9.	Aanzichtkaart als 7., nu met opschrift	
10.	Letterschijf van een typemachine	
11.	Doosje met sleutelhangers	
12.	Flacon met teken- c.q. drukinkt	
13.	4 blanco enveloppen	terug te geven
14.	vel carbonpapier	terug te geven
15.	Letterschijf afkomstig uit de typemachine	
16.	2 Schrijflinten voor de typemachine	
17.	5 brieven	
18.	3 adressenlijsten	
19.	Papieren vignet "hand met pistool"	
20.	3 kranteknipsels	
21.	Groen mapje met inhoud	
22.	Doorzichtig mapje met inhoud	
23.	Poster met tekst: "24 april ...."	
24.	3 Dozen met papierafval	afgezien van enkele bescheiden, terug te geven
25.	Open doos met papierafval	als nr. 24.
26.	Stapeltje bescheiden	terug te geven
27.	Stencilapparaat	terug te geven
28.	Lijst met kranteartikelen	terug te geven
29.	Stapeltje bescheiden	terug te geven
30.	Adressenbestand	afgezien van enkele bescheiden, terug te geven.
31.	2 foto's	terug te geven
32.	Voorblad " Strijd"	
33.	Voorblad "Psychologie"	
34.	Diverse verkleinde voorbladen betreffende CCC	als nr. 30.
35.	Stapeltje bescheiden	als nr. 30
36.	Adressenbestand in een bruine enveloppe	als nr. 30
37.	Stapeltje correspondentie	terug te geven
38.	Bruin mapje met bescheiden en kranteknipsels	afgezien van enkele pamfletten, terug te geven
39.	Plastic mapje met adressenbestand	afgezien van enkele lijsten, terug te geven.
40.	Bescheiden, onder meer adressenbestanden	
41.	Bruine doos met bescheiden, opschrift "RUF"	terug te geven
42.	Bruine doos met bescheiden, opschrift "RUF-originelen"	afgezien van een mapje betreffende de CCC, terug te geven
43.	Bruine map met teksten (originelen) betreffende de CCC	
44.	emblemen met betrekking tot de verzetsbeweging	terug te geven
45.	Diverse bescheiden	terug te geven
46.	5 Ordners met artikelen	afgezien van 2 m.b.t. België, terug te geven

In beslag genomen spullen Knipselkrant naar justitie België

Van een onzer verslaggevers

GRONINGEN — Een gedeelte van de spullen, die vorige week donderdag bij Knipselkrant-redacteur Paul Moussault in Groningen in beslag zijn genomen, worden naar de Belgische justitie gezonden. De raadkamer van de Groninger rechtbank heeft hiervoor toestemming verleend. Het gaat om ordners met archiefmateriaal, een flacon drukinkt, de letterschijf van een typemachine en een map met stukken over de Belgische terroristische organisatie CCC. Dit heeft de Groninger persrechter mr. F.M. Wieland gistermiddag bekend gemaakt.

Moussault wordt door de Belgische justitie verdacht van het drukken van pamfletten voor de CCC. Vorige week werd op verzoek van de Belgische justitie de woning en de werkplaats van Moussault doorzocht. Een groot deel van de toen in beslag genomen goederen gaat weer terug naar de Groninger. Slechts een klein gedeelte wordt overgedragen aan de Belgische justitie. Op verzoek van Moussault zijn hiervan kopieën gemaakt door de rechter commissaris, die aan hem worden overgedragen.

Persrechter Wieland verwacht dat Moussault op korte termijn op verzoek van de Belgische justitie door de rechter-commissaris in Groningen wordt verhoord. Het drukken van pamfletten voor een in België verboden terroristische organisatie is ook in ons land strafbaar. Volgens Wieland zou Moussault voor zijn activiteiten ook in Nederland vervolgd kunnen worden.

NvhN 17.04.87

Na huiszoeking bij CCC-verdacht echtpaar

Groningse rechter geeft alles terug aan België

Gaz.17.04

In verband met de huiszoeking bij een echtpaar in Apeldoorn dat ervan verdacht wordt betrekkingen te onderhouden met de CCC, besliste de Groninngse rechtbank dat al het in beslag genomen materieel zal overgemaakt worden aan onderzoeksrechter Kuyckens in Antwerpen.

Het zou hierbij gaan om een schrijfmachine, een letterschijf, drukinkt, schriften met teksten over de CCC en het adressenbestand van het echtpaar.

Intussen is het zo dat uitgever Moussault van de Knipselkrant aan België kan worden uitgeleverd volgens het Beneluxverdrag aangaande de uitlevering en rechtshulp in strafzaken, tenzij hij zich beroept op het feit dat het om een politiek misdrijf gaat.

Eindredacteur vecht uitlevering materiaal De Knipselkrant aan

Van onze verslaggever

GRONINGEN — De raadsman van eindredacteur Paul Moussault van De Knipselkrant in Groningen heeft beroep in cassatie aangetekend tegen de uitlevering van materiaal dat bij Moussault en de redactie in beslag is genomen. Het beroep bij de Hoge Raad heeft tot gevolg dat de uitlevering aan België wordt opgeschort. Hierdoor kunnen niet alle stukken aan de Belgische justitie ter beschikking worden gesteld.

Volgens mr Th. de Roos kan het nog wel enkele weken duren voor de Hoge Raad het beroep in behandeling neemt. Moussault wordt door de Belgische justitie ervan verdacht propagandamateriaal te hebben gedrukt voor de terroristische organisatie CCC (Strijdende Communistische Cellen). Groningse rechercheurs doorzochten twee weken geleden de woning van Moussault en het redactielokaal van De Knipselkrant. Ze namen een grote hoeveelheid materiaal mee, waaronder ook de drukpers.

Volkskrant 25.04.87

Auszüge aus einem Telex der Interpol

Sehr dringend.

Von Interpol Brüssel wurde folgender, sehr dringender Bericht empfangen.

Betrifft: Moussault Paul, [redacted] Pieter und [redacted] Hillegonda.
Verdacht: Mitglieder einer Organisation zu sein die das Ziel hat Anschläge gegen Sachen und Personen auszuführen.
(...)
1) Bei den Hausdurchsuchungen vom 05/04/87 und 07/04/87 bei [redacted] und [redacted]s in [redacted]-Apeldoorn wurden zahlreiche Dokumente und Fotokopien gefunden, die sich auf die Terrororganisationen CCC, RAF, AD beziehen.
(...)
3) Aus Informationen die aus den Niederlanden stammen hat sich herausgestellt, daß De Knipselkrant in den Niederlanden von dem linksextremen Kollektiv, die "Rote Widerstandsfront" herausgegeben wird. Der genannte Paul Moussault ist die treibende Kraft dieser Bewegung.
(...)

8) Es gibt überzeugende Andeutungen und Vermutungen, daß die in Belgien beschlagnahmten Drucksachen vom Knipselkrant und/oder Paul Moussault stammen, der Anführer dieser Organisation ist und der das Ehepaar [redacted]/[redacted] beauftragt hat diese Drucksachen in Belgien mittels des Postweges zu verbreiten. Der unterzeichnende Untersuchungsrichter fragt deshalb in den nachfolgenden Adressen und Wohnorten Hausdurchsuchungen durchzuführen.
Zur Ermittlung sollen beschlagnahmte Sachen und Dokumenten aufzeigen, daß [redacted] und [redacted] durch Moussault Paul und/oder dem Knipselkrant beauftragt wurden und im allgemeinen Sachen und Unterlagen die auf ihre Beteiligung oder Verbindungen mit Terrororganisationen CCC, RAF, AD deuten ...
Paul Moussault soll deshalb verhört werden.

Interpol - Zentralstelle

cri den haag 8 april 1987 **anja**
telexbrnr. 7682

ZEER DRINGEND

aan de hovp te groningen
met bede dit bericht door te geleiden aan:
o.v.h. mr. j.a. blok
tevens tav o.v.j. mevr. mr. bos

van interpol brussel werd volgend zeer dringend bericht ontvangen:

hierna bericht uitgaande van de gerechtelijke politie antwerpen met beleefd verzoek aan de gestelde vraag te willen voldoen
begin citaat
bericht uitgaande onderzoeksrechter cuykens f. te antwerpen
bestemming: ip den haag
info: betreft rogatoire opdracht
INTERPOL - zeer dringend
inzake: moussault paul, [redacted] pieter en [redacted] hillegonda
verdacht van: deel uitmaken van een vereniging met het oogmerk om aanslagen te plegen op personen of eigendommen
uw ref: -
onze ref: afd. c3 fm, 188/87 en 19.107/87

tekst:

gelieve in opdracht van de heer onderzoeksrechter cuykens te antwerpen de hierna vermelde rogatoire opdracht met de hoogste prioriteit over te maken aan i.p. den haag met bestemming 'de bevoegde justitiële overheden te groningen.

de inhoud van de rogatoire opdracht luidt als volgt:

de ondergetekende, f.cuykens, onderzoeksrechter bij de rechtbank van eerste aanleg te antwerpen, heeft de eer in aansluiting met zijn rogatoire opdrachten dd. 4/4/87 en 6/4/87 inzake [redacted] pieter en [redacted] hillegonda, verdacht van het deel uit maken van een vereniging met het oogmerk om aanslagen te plegen op personen of eigendommen, zich met het volgende rechtshulpverzoek tot u te wenden.

1. de huiszoekingen dd. 5/4/87 en 7/4/87 bij [redacted] en [redacted] te [redacted]-apeldoorn, hebben de aanwezigheid aangetoond van tal van documenten en fotocopien, alle betrekking hebbend op terreurorganisaties als ccc, ad, raf e.a.

2. [redacted] heeft verklaard dat die documenten: haar en haar man zijn toegezonden door de knipselkrant.

3. uit in nederland ingewonnen inlichtingen blijkt de knipselkrant in nederland te zijn uitgegeven door het extreem linkse collectief, 'het rood verzetsfront' en dat de drijvende kracht achter deze beweging de genaamde moussault paulus, geboren te zaandam 4/6/1959, ingeschreven te groningen, [redacted] is.

4. rm [redacted] heeft verklaard voor moussault paul, die zij en haar man reeds jaren kent, vrijwillig vouwwerk te hebben verricht van exemplaren van de knipselkrant die naar allerlei adressen dienden verzonden te worden.

5. op 4 april 1987 werden [redacted] en [redacted] in belgië aangetroffen in het bezit van een aantal brieven inhoudende ccc pamfletten die een oproep bevatten tot onmiddellijke en onvoorwaardelijke vrijlating van de sedert december aangehouden leden van de ccc in belgië, gepaard gaande met een oproep tot strijd en het ontketenen van een burgeroorlog.

6. doordat de brieven voorzien zijn van belgische postzegels en de geadresseerden voornamelijk belgische persagentschappen zijn, ook buitenlandse, bestaat het vermoeden dat het echtpaar [redacted] de brieven hier te lande kwamen posten.

7. er bestaat een opvallende gelijkenis in de lettertypes voorkomende op de drukwerken aangetroffen in het bezit van het echtpaar [redacted] in belgië (4/4/87) en de talrijke drukwerken in beslag genomen in hun woonst te [redacted]-apeldoorn (5/4/87), afkomstig van de knipselkrant.

8. er bestaan overtuigende aanwijzingen en vermoedens dat de in belgië inbeslaggenomen drukwerken afkomstig zijn van de knipselkrant en/of moussault die er de leiding over heeft en het echtpaar [redacted] tot opdracht had deze drukwerken via het postwezen in belgië te doen verspreiden.

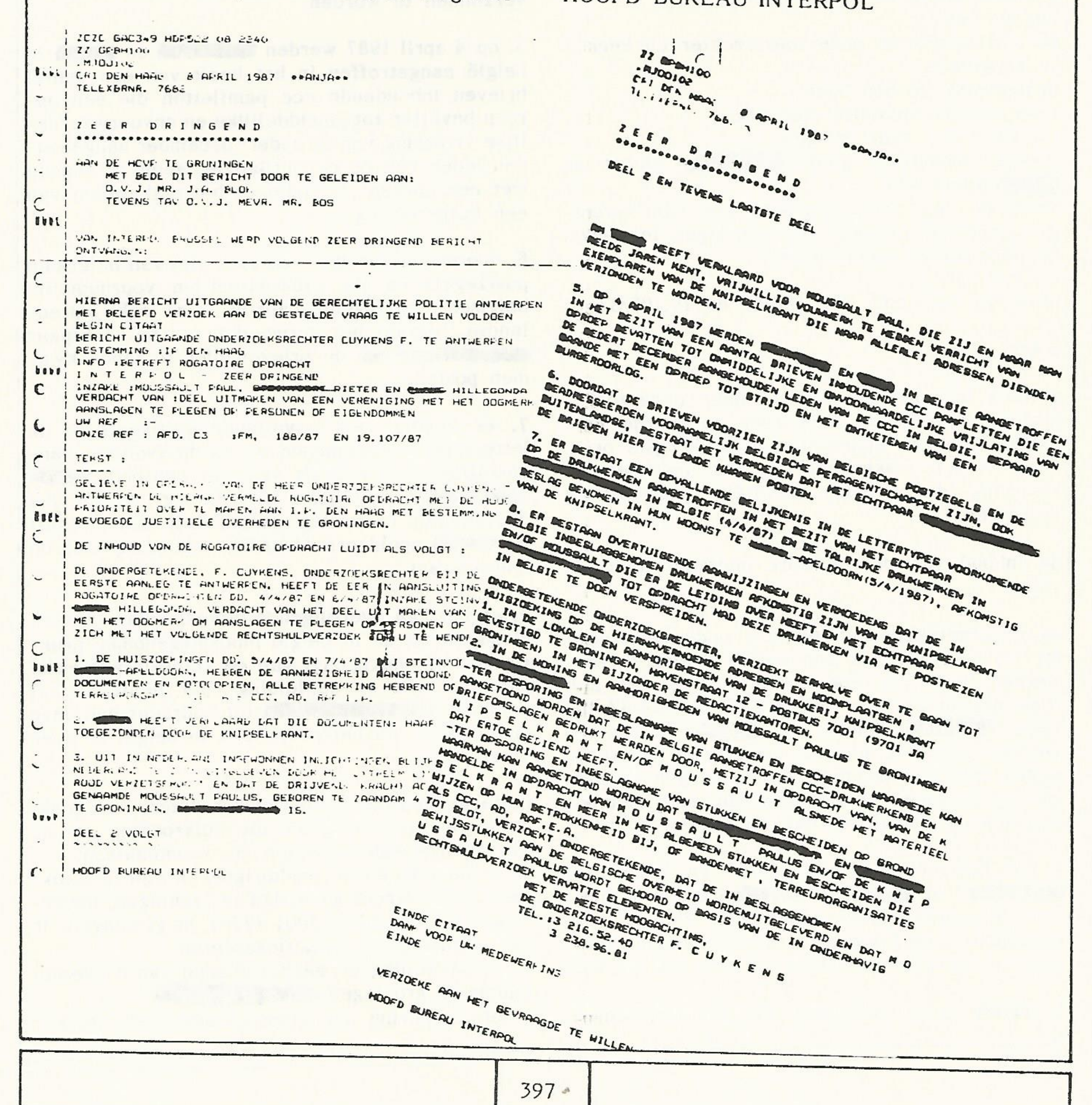
ondergetekende onderzoeksrechter, verzoekt derhalve over te gaan tot huiszoeking op de hiernavernoemde adressen en woonplaatsen:
1. in de lokalen en aanhorigheden van de drukkerij knipselkrant gevestigd te groningen, havenstraat 12 - postbus 7001 (9701 ja groningen) in het bijzonder de redactiekantoren.
2. in de woning en aanhorigheden van moussault paulus te groningen [redacted]
- ter opsporing en inbeslagname van stukken

en bescheiden waarmede kan aangetoond worden dat de in belgië aangetroffen ccc-drukwerken en briefomslagen gedrukt werden door, hetzij in opdracht van de knipselkrant en/of moussault alsmede het materieel dat ertoe gediend heeft.
- ter opsporing en inbeslagname van stukken en bescheiden op grond waarvan kan aangetoond worden dat [redacted] en [redacted] handelde in opdracht van moussault paulus en/of de knipselkrant en meer in het algemeen stukken en bescheiden die wijzen op hun betrokkenheid bij, of banden met, terreurorganisaties als ccc, ad, raf, e.a.
tot slot, verzoekt ondergetekende, dat de in beslaggenomen bewijsstukken aan de belgische overheid worden uitgeleverd en dat moussault paulus wordt gehoord op basis van de in onderhavig rechtshulpverzoek vervatte elementen.

met de meeste hoogachting,
de onderzoeksrechter F. CUYKENS
tel.: 3 216.52.40
3 238.96.81

einde citaat
dank voor uw medewerking
einde

verzoeke aan het gevraagde te willen voldoen.
HOOFD BUREAU INTERPOL



ZCZC GAC349 HDP522 08 2240
ZZ GRBH100
.MJ00J02
CRI DEN HAAG 8 APRIL 1987 **ANJA**
TELEXBRNR. 7662

Z E E R D R I N G E N D
****

AAN DE HCVP TE GRONINGEN
MET BEDE DIT BERICHT DOOR TE GELEIDEN AAN:
O.V.J. MR. J.A. BLOK
TEVENS TAV O.V.J. MEVR. MR. BOS

VAN INTERPOL BRUSSEL WERD VOLGEND ZEER DRINGEND BERICHT ONTVANGEN:

HIERNA BERICHT UITGAANDE VAN DE GERECHTELIJKE POLITIE ANTWERPEN
MET BELEEFD VERZOEK AAN DE GESTELDE VRAAG TE WILLEN VOLDOEN
BEGIN CITAAT
BERICHT UITGAANDE ONDERZOEKSRECHTER CUYKENS F. TE ANTWERPEN
BESTEMMING :IP DEN HAAG
INFO :BETREFT ROGATOIRE OPDRACHT
I N T E R P O L - ZEER DRINGEND
INZAKE :MOUSSAULT PAUL, [redacted] PIETER EN [redacted] HILLEGONDA
VERDACHT VAN :DEEL UITMAKEN VAN EEN VERENIGING MET HET OOGMERK
AANSLAGEN TE PLEGEN OP PERSONEN OF EIGENDOMMEN
UW REF :-
ONZE REF : AFD. C3 :FM, 188/87 EN 19.107/87

TEKST :

GELIEVE IN OPDRACHT VAN DE HEER ONDERZOEKSRECHTER CUYKENS - ANTWERPEN DE HIERNA VERMELDE ROGATOIRE OPDRACHT MET DE HOOGSTE PRIORITEIT OVER TE MAKEN AAN I.P. DEN HAAG MET BESTEMMING BEVOEGDE JUSTITIELE OVERHEDEN TE GRONINGEN.

DE INHOUD VON DE ROGATOIRE OPDRACHT LUIDT ALS VOLGT :

DE ONDERGETEKENDE, F. CUYKENS, ONDERZOEKSRECHTER BIJ DE EERSTE AANLEG TE ANTWERPEN, HEEFT DE EER IN AANSLUITING ROGATOIRE OPDRACHTEN DD. 4/4/87 EN 6/4/87 INZAKE STEINV [redacted] HILLEGONDA, VERDACHT VAN HET DEEL UIT MAKEN VAN [illegible] MET HET OOGMERK OM AANSLAGEN TE PLEGEN OP PERSONEN OF [illegible] ZICH MET HET VOLGENDE RECHTSHULPVERZOEK TOT U TE WENDEN

1. DE HUISZOEKINGEN DD. 5/4/87 EN 7/4/87 BIJ STEINVO[illegible] [redacted]-APELDOORN, HEBBEN DE AANWEZIGHEID AANGETOOND DOCUMENTEN EN FOTOKOPIEN, ALLE BETREKKING HEBBEND OP TERREURORGANISATIES [illegible] CCC, AD, RAF I.P.

2. [redacted] HEEFT VERKLAARD DAT DIE DOCUMENTEN: HAAR TOEGEZONDEN DOOR DE KNIPSELKRANT.

3. UIT IN NEDERLAND INGEWONNEN INLICHTINGEN BLIJKT [illegible] NEDERLAND [illegible] UITGEGEVEN DOOR HET EXTREEM LINKS ROOD VERZETSFRONT EN DAT DE DRIJVENDE KRACHT AC[illegible] GENAAMDE MOUSSAULT PAULUS, GEBOREN TE ZAANDAM 4 [illegible] TE GRONINGEN, [redacted] IS.

DEEL 2 VOLGT

HOOFD BUREAU INTERPOL

ZZ GRBH100
.MJ00102
CRI DEN HAAG 8 APRIL 1987 **ANJA**
TELEXBRNR. 766.

Z E E R D R I N G E N D
****
DEEL 2 EN TEVENS LAATSTE DEEL

[redacted] HEEFT VERKLAARD VOOR MOUSSAULT PAUL, DIE ZIJ EN HAAR MAN REEDS JAREN KENT, VRIJWILLIG VOLWERK TE HEBBEN VERRICHT VAN EXEMPLAREN VAN DE KNIPSELKRANT DIE NAAR ALLERLEI ADRESSEN DIENDEN VERZONDEN TE WORDEN.
5. OP 4 APRIL 1987 WERDEN [redacted] EN [redacted] IN BELGIE AANGETROFFEN IN HET BEZIT VAN EEN AANTAL BRIEVEN INHOUDENDE CCC PAMFLETTEN DIE EEN OPROEP BEVATTEN TOT ONMIDDELIJKE EN ONVOORWAARDELIJKE VRIJLATING VAN DE SEDERT DECEMBER AANGEHOUDEN LEDEN VAN DE CCC IN BELGIE, GEPAARD GAANDE MET EEN OPROEP TOT STRIJD EN HET ONTKETENEN VAN EEN BURGEROORLOG.
6. DOORDAT DE BRIEVEN VOORZIEN ZIJN VAN BELGISCHE POSTZEGELS EN DE GEADRESSEERDEN VOORNAMELIJK BELGISCHE PERSAGENTSCHAPPEN ZIJN, OOK BUITENLANDSE, BESTAAT HET VERMOEDEN DAT HET ECHTPAAR [redacted] DE BRIEVEN HIER TE LANDE KWAMEN POSTEN.
7. ER BESTAAT EEN OPVALLENDE GELIJKENIS IN DE LETTERTYPES VOORKOMENDE OP DE DRUKWERKEN AANGETROFFEN IN HET BEZIT VAN HET ECHTPAAR [redacted] IN BELGIE (4/4/87) EN DE TALRIJKE DRUKWERKEN IN BESLAG GENOMEN IN HUN WOONST TE [redacted]-APELDOORN(5/4/1987), AFKOMSTIG VAN DE KNIPSELKRANT.
8. ER BESTAAN OVERTUIGENDE AANWIJZINGEN EN VERMOEDENS DAT DE IN BELGIE INBESLAGGENOMEN DRUKWERKEN AFKOMSTIG ZIJN VAN DE KNIPSELKRANT EN/OF MOUSSAULT DIE ER DE LEIDING OVER HEEFT EN HET ECHTPAAR [redacted] TOT OPDRACHT HAD DEZE DRUKWERKEN VIA HET POSTWEZEN IN BELGIE TE DOEN VERSPREIDEN.
ONDERGETEKENDE ONDERZOEKSRECHTER, VERZOEKT DERHALVE OVER TE GAAN TOT HUISZOEKING OP DE HIERNAVERNOEMDE ADRESSEN EN WOONPLAATSEN :
1. IN DE LOKALEN EN AANHORIGHEDEN VAN DE DRUKKERIJ KNIPSELKRANT (GEVESTIGD TE GRONINGEN, HAVENSTRAAT 12 - POSTBUS 7001 (9701 JA GRONINGEN) IN HET BIJZONDER DE REDACTIEKANTOREN.
2. IN DE WONING EN AANHORIGHEDEN VAN MOUSSAULT PAULUS TE GRONINGEN [redacted]
-TER OPSPORING EN INBESLAGNAME VAN STUKKEN EN BESCHEIDEN WAARMEDE KAN AANGETOOND WORDEN DAT DE IN BELGIE AANGETROFFEN CCC-DRUKWERKENB EN BRIEFOMSLAGEN GEDRUKT WERRDEN DOOR, HETZIJ IN OPDRACHT VAN, VAN DE K N I P S E L K R A N T EN/OF M O U S S A U L T ALSMEDE HET MATERIEEL DAT ERTOE GEDIEND HEEFT.
-TER OPSPORING EN INBESLAGNAME VAN STUKKEN EN BESCHEIDEN OP GROND WAARVAN KAN AANGETOOND WORDEN DAT [redacted] EN [redacted] HANDELDE IN OPDRACHT VAN M O U S S A U L T PAULUS EN/OF DE K N I P S E L K R A N T EN MEER IN HET ALGEMEEN STUKKEN EN BESCHEIDEN DIE WIJZEN OP HUN BETROKKENHEID BIJ, OF BANDENMET, TERREURORGANISATIES ALS CCC, AD, RAF,E.A.
TOT SLOT, VERZOEKT ONDERGETEKENDE, DAT DE IN BESLAGGENOMEN BEWIJSSTUKKEN AAN DE BELGISCHE OVERHEID WORDENUITGELEVERD EN DAT M O U S S A U L T PAULUS WORDT GEHOORD OP BASIS VAN DE IN ONDERHAVIG RECHTSHULPVERZOEK VERVATTE ELEMENTEN.
MET DE MEESTE HOOGACHTING,
DE ONDERZOEKSRECHTER F. C U Y K E N S
TEL.:3 216.52.40
3 238.96.81

EINDE CITAAT
DANK VOOR UW MEDEWERKING
EINDE

VERZOEKE AAN HET GEVRAAGDE TE WILLEN
HOOFD BUREAU INTERPOL

Zweite Mitteilung von De Knipselkrant
betrifft: Hausdurchsuchung

Anläßlich der Festnahme in Belgien von zwei Leuten, die neue CCC-Kommuniques bei sich hatten, in denen der belgischen Presse zufolge, eine neue Guerillakampagne angekündigt wird, wenn die vier inhaftierten Genossen aus CCC nicht unmittelbar freigelassen werden, wurde Mittwochabend, den 8. April per Telex an den niederländischen Bullenapparat die sofortige Durchsuchung des Büros der Knipselkrant und der Wohnung des Redakteurs gefragt, auf Grund eines Beneluxvertrags, der dies ermöglicht. Inzwischen ereigneten sich einige eingreifende Vorfälle.

1) Die Anordnung des groninger Gerichtshofs vom 15. April zur Übergabe von allem Material bezüglich CCC, jedoch zur Zurückgabe von unter anderem der Druckpresse und einem zur Schreibmaschine gehörenden Typenrad, konnte nur auf Grund von bewußter Täuschung des Gerichts genommen werden. Bewußte Täuschung, da auf der Liste von den zurückzugebenden Gütern nachdrücklich die Druckpresse erwähnt wurde. Bewußte Täuschung, da am 27. April die Druckpresse sich ebenfalls unter den zurückgebrachten Sachen befand. Als, wegen einiger Unklarheiten, der Hilfsstaatsanwalt telefonisch Kontakt aufnahm mit R.C. Puite, befahl dieser ihm, die Druckpresse sofort wieder einzuladen, da die Presse genauso wie das Typenrad an Belgien übertragen werden soll. Es dürfte klar sein, daß die Vernichtung der Knipselkrant beim internationalen Bullenapparat die höchste Priorität hat.

2) Am Samstag den 25. April bemerkte die Redaktion der Knipselkrant als auch der Vermieter des Redaktionsraums, daß eine Tür zwischen dem Redaktionsraum und den angrenzenden Räumen aufgebrochen war. Für diese angrenzenden Lagerräume, die übrigens nur über den Vermieter zugänglich sind, hatten die Bullen schon eher übermäßiges Interesse gezeigt.

3) Das rätselhafte Verschwinden eines Gaszählers des Redaktionsraums, wurde ebenfalls deutlich. Der Vermieter hatte gesehen, daß der Gaszähler bei der Durchsuchung von einem Bullen mitgenommen wurde. Diese Beschlagnahme wurde auf der Liste von den beschlagnahmten Sachen nicht erwähnt. Interessant ist es in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß

- im Juni 1980 das Haus von 2 Genossen von der RVF auf 'unerklärliche' Weise explodiert ist.
- am 4. September 1986 P.M., Redakteur der Knipselkrant, durch den Bundesnachrichtendienst angesprochen bzw. unter Druck gesetzt wurde, wobei das Abschiedswort des BNDs lautete: "Wenn du nicht mitarbeitest, werden wir dich physisch erledigen".

4) Das gerichtliche Dossier gegen P.M. umfaßt lediglich 1 Telex von Interpol Belgien, in dem die 2 verhafteten Niederländer und P.M. davon beschuldigt werden, Teil einer Vereinigung zu sein, die beabsichtigt Verbrechen zu begehen, in diesem Fall die CCC.

Die Organisation der CCC ist Sache der Guerilla. Die absurde Beschuldigung der Beteiligung von Paul Moussault bei einer möglichen Guerillakampagne der CCC verwerfen wir dann auch vollständig. Die Guerilla, die CCC, hat uns und Paul Moussault nicht die Ehre übergeben an der antiimperialistischen Kampagne beteiligt zu sein, natürlich haben wir die kommunistische Pflicht die legitimen Guerillaaktivitäten der CCC gegenüber der kriminellen 'Legitimität' der Henker zu verteidigen.

Der Bullenapparat strampelt mit Händen und Füssen, weil sie nicht damit fertig werden, daß ihnen immer mehr Menschen den offenen Krieg erklären, und glauben, sie könnten mit solchen Aktionen die weitere Entwicklung verhindern. Wir wissen einiges über das einheitliche Interesse des Apparates, aber auch, daß seine einzelnen Rädchen nicht immer dasselbe wollen. Da wäre das plumpe Strafverfolgungsinteresse auf der einen Seite, das schlicht verbieten, vernichten und aus dem Verkehr ziehen will, was diesem Staat gefährlich sein soll. Auf der anderen Seite die subtile Verfolgung der Schnüfflerorgane wie BVD und CRI (BKA TE), die sich in unsere Köpfe hineinzudenken versuchen, und an langfristiger Aufstandsbekämpfung bzw. präventiven Techniken experimentieren.

De Knipselkrant ist nicht justiziabel, weil der Staat des Kapitals als die reaktionäre Seite des Widerspruchs gezwungen ist, uns, De Knipselkrant, in der Entwicklung der sozialen Krise exemplarisch als die Möglichkeit und die Aktualität einer revolutionären Entwicklung zu verfolgen. Notwendig in den Kategorien des Kriegs, denn die Guerilla und die Artikulation ihrer Politik in der Knipselkrant, diese politische Strategie ist Teil des weltweiten (internationalen) antiimperialistischen Befreiungskriegs, der die Krise in den Metropolen determiniert.

Die heutigen strategischen Projekte der politischen, ökonomischen und militärischen Formierung des imperialistischen Systems angreifen!

Sofortige Freilassung von: Pierre Carette
Didier Chevolet
Pascal Vandegeerde
Bertrand Sassoye

De Knipselkrant / RVF Pressoffice
27. April 1987

PRESSEERKLÄRUNG

vom 1. Mai 1987
von Herr P.H. Bakker Schut, als Anwalt des in Antwerpen inhaftierten niederländischen Ehepaars S., wegen des Verdachts von Mitgliedschaft in den Kommunistischen Kämpfenden Zellen (CCC).

Am 4. Mai wird durch die Ratkammer des Gerichts zu Antwerpen entschieden, ob die Untersuchungshaft des niederländischen Ehepaars mit einem Monat verlängert werden soll.

Seit Samstag den 4. April befindet sich das in Apeldoorn wohnhafte bejahrte Ehepaar Cor (61 Jahre) und Gon (63 Jahre) S., in Haft in dem Gefängnis zu Antwerpen. Sie wurden am 4.April morgens, kurze Zeit nach dem Passieren der Grenze und dicht bei Antwerpen in ihrem Suzuki-Minibus festgenommen. Sie waren unterwegs nach Antwerpen für einen Wochenendausflug, mit ihren Fahrrädern dabei, unter anderem um einen erneuten Besuch an ein Museum mit alten Musikinstrumenten zu bringen. Ihre Verhaftung basierte "auf einem Tip", wie die zuständigen Polizeibeamten sofort ihnen gegenüber erklärten und wie auch mir aus dem Strafdossier deutlich geworden ist, das ich nach belgischem Recht erst vier Wochen nach Verhaftung einsehen konnte.

Offiziell werden sie verdächtigt Mitglied der belgischen Guerillaorganisation Kommunistische Kämpfende Zellen (CCC) zu sein, welche durch die belgischen Autoritäten als Vereinigung gesehen wird, die "als Ziel hat Straftaten zu begehen, worauf die Todesstrafe oder Zwangarbeit steht" (Art. 323 des belgischen Strafgesetzbuches).

Ihre Mitgliedschaft soll sich aus den bei ihnen im Auto gefundenen Flugblättern ergeben, die (dem niederländischen Zweig - ?) der CCC zugeschrieben werden. Die gut 20 identischen Flugblätter befanden sich in eben so vielen geschlossenen und vorfrankierten Briefumschlägen, die an einige belgische Tages- und Wochenzeitungen, internationale Presseagenturen, einige schweizerische und westdeutsche linke Zeitschriften und an Bluf! (Amsterdam) und de Knipselkrant (Groningen) adressiert waren. Dieses Päckchen mit Briefumschlägen befand sich zusammen mit den Reisedokumenten - in einer Reisetasche des Ehepaars. In den französischen Flugblättern wird unter der Signatur von CCC die Freilassung der vier in Belgien inhaftierten Mitglieder der CCC gefordert, sowie die belgische Regierung in allgemeinen Ausdrücken bedroht, falls die Forderung nicht erfüllt wird.

Schon gleich bei den ersten Verhören zeigte sich worauf es die belgische Kripo (auf Wunsch des niederländischen Verfassungsschutz ?) angelegt hatte, und seitdem ist es so geblieben: Herr S. soll nur "ein ganz gewöhnlicher Kurier" sein, der im Auftrag von Paul Moussault, Redakteur der Knipselkrant, handelte und ob er das nun mal bestätigen wollte, denn sie wüßten doch, daß S. den Tag davor auf dem Bahnhof zu Zwolle Paul Moussault zu einem bestimmten Zeitpunkt getroffen hatte, wobei das Päckchen mit Briefumschlägen gewiß übergeben wurde.

Noch am 29. April erklärte die belgische Kripo beiden Eheleuten, daß was sie betrifft "die Sache rund ist" und daß "ihr für uns hier nicht bleiben braucht", aber "daß Paultje störrisch ist". Mit letzterem wurde auf die Rechtsmittel gezielt, die Paul Moussault eingesetzt hat gegen die Aushändigung an Belgien von einem großen Teil der bei der Durchsuchung bei der Knipselkrant beschlagnahmten Dokumentation, Administration und Inventar.

Herr S. hat eine ausführliche Erklärung an die belgische Justiz abgegeben und jede Beteiligung bei den CCC als Kurier oder anders zurückgewiesen.

Herr und Frau S. kennen Paul Moussault schon viele Jahre. Aus einer warmen Sympathie für die Zielsetzung der Knipselkrant, nämlich Informationsquelle zu sein für und über kommunistischen Kampf in allen Variationen, sowie über die Gegenkräfte, über politische Prozesse und über Gefangene aus den diversen westeuropäischen antiimperialistischen Guerillabewegungen, verleihen sie von Zeit zu Zeit administrative Unterstützung beim Zustandekommen von verschiedenen Ausgaben.

Die Woche vorangehend ihrer Verhaftung hat Herr S. Paul Moussault zweimal getroffen: am 31. März zusammen mit seiner Ehefrau in einem Restaurant in Groningen und am 3. April im Bahnhof zu Zwolle. Am 31. März ist über Allerlei gesprochen worden, u.a. auch, daß das Ehepaar am nächsten Wochenende einen Ausflug nach Antwerpen machen würde. Ferner wurde dann eine Verabredung gemacht für das spätere Treffen im Bahnhof zu Zwolle, wo Herr S. einen ihn interessierenden Katalog von Paul Moussault bekommen sollte, was passierte. Bei seiner Heimkehr den Freitag traf Herr S. einen Umschlag an mit einem Päckchen geschlossener Briefumschläge, auf dem in einer ihm unbekannter Handschrift etwas geschrieben stand wie "ich konnte nicht länger warten" und die Bitte, die Briefumschläge in Belgien zur Post zu geben.

Angesehen der Adressaten nahm Herr S. an, daß es um einer Kampagne ging betreffend der Gefangenen aus den CCC, die vielleicht wieder

in Hungerstreik gegen ihre Isolation gegangen waren. Er hat die Briefumschläge daraufhin in eine von den Reisetaschen des Ehepaars gesteckt, um der Bitte nachzukommen. Bis zu seiner Verhaftung in Belgien war Herr S. nicht mit dem Inhalt der Flugblätter vertraut, die er übrigens nicht hätte verstehen können, da er die französische Sprache nicht beherrscht.

Frau S. war ganz unwissend über die Anwesenheit des Päckchens Briefumschläge.

Kennzeichnend für Mitglieder einer Guerillabewegung ist, daß sie bei Verhaftung ihre Beteiligung bei der Organisation niemals leugnen und ebenfalls nie eine Erklärung abgeben über die (weiteren) Tatsachen von denen sie verdächtigt werden. Allein schon auf Grund dieser empirischen Angaben müßten die belgischen Autoritäten wissen, daß Herr S. (und noch weniger Frau S.) keinen "Teil bilden" von den CCC.

Das eventuelle Ausführen von "Kurierdiensten" durch Nicht-Mitglieder von den CCC ist nach belgischem Recht übrigens nicht strafbar auf Grund von Art. 324 Belgisches Strafgesetzbuch.

Herr S. hat das ernsthafte Vermuten, daß sein Gespräch mit Paul Moussault am 31. März durch den niederländischen Staatsschutz oder einem anderen Dienst abgehört ist. Die so versammelten Informationen wären benutzt um eine Falle zu stellen, um endlich Paul Moussault, und damit De Knipselkrant kriminalisieren zu können. In dem Fall würden die sogenannten CCC-Flugblätter vom BVD (niederländischer Staatsschutz) selber stammen oder von einem anderen Geheimdienst.

Angesichts der Erfahrungen von Paul Moussault in den letzten Jahren, scheint dieses Vermuten nicht ohne Grund zu sein.

In dem Zusammenhang gibt es noch mindestens drei bemerkenswerte Angaben:
1. Die Schrift auf den Flugblättern ist eine Sorte, die bisher nicht eher durch die CCC gebraucht ist.
2. Das, in dem Text von den Flugblättern stehende Datum (06. APR.1987) ist an einer im Text freigelassenen Stelle offenbar später eingefügt.
3. Wie sich aus dem Strafdossier ergibt, bestehen zwei Telexe (Herkunft unbekannt) von März 1987 (keine genauere Präzisierung), mit als Thema das Ersuchen zur Ermittelung in Belgien des Suzuki-Minibusses des Ehepaars "im Zusammenhang mit den terroristischen CCC".

Er sieht danach aus, daß die belgische Justiz durch einen Geheimdienst mißbraucht wird, um sich für die Kriminalisierung der Knipselkrant funktionalisieren zu lassen. Dies paßt in das allgemeine Bild der Kriminalisierung während der letzten Jahre von mehr oder weniger vergleichbaren Zeitungen wie de Knipselkrant: Radikal, l'Internationale, Ligne Rouge, Blättle, und jetzt auch Bluf!.

Auf Ersuchen der belgischen Justiz ist durch den 'rechter-commissaris' zu Zutphen nach dem 4. April zweimal hintereinander Hausdurchsuchung in der Wohnung und dem Garten des Ehepaars durchgeführt. Der Metalldetektor ergab nichts. Wohl wurden Kartons mit politischer Information und Dokumentation, nahezu völlig die Knipselkrant betreffend, beschlagnahmt und als "Dokumente von Überzeugung" an Belgien ausgeliefert. Diese sogenannten Dokumente von Überzeugung können jedoch lediglich die politischen Auffassungen des Ehepaars S. unterbauen.

An Hand des "Fundes" in ihrer Wohnung von einer Fotokopie einer Erklärung der RARA-Aktionsgruppe bezüglich der Makrobrände (eine Erklärung, die an zahlreiche Adressen, worunter de Knipselkrant, geschickt ist), ist das Ehepaar am 28. April d.J. in Antwerpen durch drei niederländische Polizeibeamte stundenlang verhört worden. Diese Beamten behaupteten, daß dies das einzige Exemplar in den Niederlanden von der betreffenden Erklärung wär. Zu ihrem Entsetzen, wurde Frau S. als Autorin dieser Erklärung bestempelt.

Das Ehepaar S. befindet sich 23 Stunden täglich in Einzelhaft. Sie dürfen zweimal wöchentlich eine Stunde lang durch eine Trennscheibe miteinander reden. Herr S. ist 100% invalide, leidet an Arterienverkalkung und an einer ernsthaften Form von Arthrose, wodurch er fortwährend unerträgliche Schmerzen hat. Im normalen Leben lindert er sie auf ärztliche Vorschrift u.a. durch zweimal wöchentlich zu schwimmen.

Auch Frau S. hat ernsthafte körperliche Beschwerden. Sie wird übrigens auf würdige Weise durch die Schwestern Carmelitessen behandelt, die das Frauengefängnis in Antwerpen unter ihrer Obhut haben.

Polizei verhaftet Zeitungshersteller der Zeitung 'BLUF!'

die polizei hat am mittwochabend, den 29. april, vier zeitungshersteller der zeitung 'BLUF!' verhaftet und hat die gesamte auflage (3500 stück) beschlagnahmt. grund der verhaftung und der beschlagnahmung war die beilage von bluf diese woche. es war ein quartalbericht des holländischen verfassungsschutz aus dem jahre 1981. 'BLUF!' ist eine wöchentliche zeitung die seit fünf jahren in ganz holland verbreitet wird. sie berichtet über die hausbesetzer, den antimilitaristischen kampf, über akw's, über den frauenkampf, friedensbewegung usw. sie ist natürlich ein dorn im auge wegen ihrer veröffentlichung von geheimdokumenten. momentan läuft ein verfahren gegen den drucker von bluf, wegen dem abdrucken von geheimen dokumenten aus dem wirtschaftsministerium.

DIE POLIZEI STÜRMT 'BLUF!'

75 mitglieder der polizei und der mobilen einheit haben um 7 uhr abends die redaktionsräume der 'BLUF!' gestürmt. das gebäude wurde durch polizisten mit hunden umstellt. neben den üblichen zerstörungen haben sie folgende sachen beschlagnahmt:
die gesamte 'BLUF!'-auflage, die adressierten umschläge der zeitungen, die druckplatte, filmnegative usw.
das ganze stützt sich auf den paragraphen 98a des strafgesetzbuches der besagt: "die absichtliche preisgebung von staatsgeheimnissen und ihre veröffentlichung wird mit einer maximalen gefängnisstrafe von 15 jahren haft oder einer geldstrafe von 100.000 gulden bestraft. absatz 3 dieses paragraphen betrifft heute die, die strafbare handlungen verüben indem sie staatsgeheimnisse veröffentlichen und dies wird mit einer maximalen gefängnisstrafe von 6 jahren haft oder einer bußgeldstrafe von 100.000 gulden bestraft. 3 der 4 verhafteten wurden in der zwischenzeit wieder freigelassen.

Inhalt der geheimen BVD-Papiere.

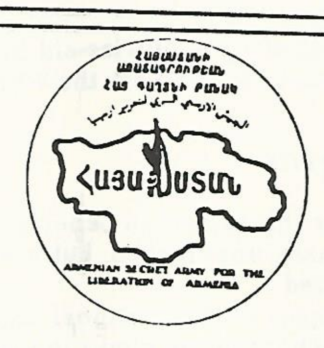
jedes quartal veröffentlicht der BVD berichte die an minister, an den sicherheitsausschuss des parlaments, sowie an die verschiedenen geheimdienste geschickt wird. der verfassungsschutz erzählt keine einzelheiten sondern einen globalen überblick was in diesen drei monaten los war, in diesem fall dem vierten quartal 1981: eine ausführliche analyse der entwicklungen innerhalb der kp, einen bericht über die 'progressive mehrheit', initiativen der linken parteien in ganz holland, die akw-bewegung, agentennachrichten aus dem osten, presseamt novosti, aktivitäten von rumänischen und polnischen emigrantenkreisen in holland, die analysen der arabischen liga.

die artikel sind mehr eine kombination des "richtigen zeitungs- und flugblätterlesen", informantenarbeit und abhöraktivitäten. zusammenfassend kann man sagen daß diese quartalberichte mehr dazu dienen die antikommunistische hetze in den verschiedenen parlamentsausschüssen weiter zu verbreiten, damit sich die verschiedenen parlamentarier darauf stützen können und diese dann die informationen an die verschiedenen bürgerlichen zeitungen weiterleiten können. das ganze dient natürlich eher zu propagandazwecken, als wenn es eine wahre präventive countermaßnahme wäre. diese papiere tragen nur den stempel "vertraulich", was die unterste stufe bei geheimdiensten ist. beispiel: die kommùnistische partei in holland die null bedeutung hat, die in den berichten aber zu einer gewissener macht hochstilisiert wird. die herkunft der papiere ist unbekannt.
es hat aber erstens die stürmung der redaktionsräume der 'BLUF!' sowie die vollständige beschlagnahmung der ganzen nummer bewirkt. nichtsdestotrotz wurden einen tag später 3500 noteditionen gedruckt und überall verbreitet. also abschließend kann man fragen: wem nützt das ganze?
beim lesen dieses berichts könnte man den eindruck bekommen, man hätte es mit vollidioten zu tun, etwas was sie gern über sich denken lassen (das gleiche gilt für den französischen geheimdienst DST, der aber in den letzten monaten zahlreiche verhaftungen ausgeführt hat) damit der feind leichtsinniger ans werk herangeht. in wirklichkeit sind sie nicht so dumm wie man den eindruck bekommen könnte. es ist nicht umsonst daß die organisation terrorism radicalism extremism violence international (die vom 28. bis 29. april in brüssel getagt hat) immer mehr bedeutung bekommt.
die zunehmende zusammenarbeit des bullenapparats der imperialistischen bourgeoisie hat in den letzten jahren zahlreiche versuche unternommen um radikal und revolutionär linke medien zu zerschlagen: l'internationale, s'blättle, freiraum, ligne rouge, amok, knipselkrant und 'Bluf!"

aber am 30. april hat 'bluf!' mit einer notedition von 3500 exemplaren zurückgeschlagen !!!

De Knipselkrant / RVF Pressoffice
01/05/1987

ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ
ԱԶԱՏԱԳՐՈՒԹԵԱՆ
ՀԱՅ ԳԱՂՏՆԻ ԲԱՆԱԿ



ARMENIAN
SECRET ARMY FOR
THE LIBERATION
OF ARMENIA

POLITICAL STATEMENT

On the Occasion of the 72nd Anniversary of the Armenian Genocide

Armenians living in Armenia,
Uprooted Armenians living in exile,
Peoples of the world,

Seventy two years after the major tragedy which befell the centuries-old Armenian people, the Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia (ASALA), before anything else, laments the dead conscience of the entire Humanity which, even at the end of the 20th century, still strives to bury in oblivion the memory of both the first genocide of the 20th century, and of the usurpation of a homeland.

But ASALA, with its mere 12 years of existence, comes to keep ablaze the memory of this genocide which took away the lives of almost two million Armenians. Moreover, having the consequences of the usurpation of the homeland as its objective grounds, ASALA, bases, all over the world, the imperative demand of gathering the entire Armenian people in its homeland, and of building an Integral Armenia.

And it is only through the pressure exerted by this twelve years long struggle and sacrifice of the Armenian masses who, though dispersed all over the world cling tightly to this imperative demand, that today, the international community tries to make amends for its decades of criminal silence . To do so, it now discusses the historical fact of the Armenian Genocide in its forums where often, instead of the Turkish fascist state which has committed the Genocide, the Armenian people's aspiration to return to its ancestoral lands is placed on the defendant's bench. Thus, the Armenian people, the victim of the crime of silence, today witnesses the successive acts of the tragi-comedy of the international community which bargains about the mere historical fact of the Armenian Genocide. In face of this, the vain hopes cherished by the reactionary and conservative Armenian circles which do nothing but beg at the doors of American and European parliaments, playing at "Armenian lobbying", are shattered.

In fact, through paying even its moral debt of recognizing the Armenian Genocide with ulterior motive, the international community once more, and perhaps reluctantly, proves to the Armenian people that its just rights can be attained only through revolutionary violence.

ASALA, which -without nourishing any illusions- in the last few years, offers, on the political front of the Armeno-Turkish war, a limited opportunity to the so called "political solutions" of the international community concerning the Armenian Question, today, in face of that self-same community's deliberate failure to recognize the historical fact of the Armenian Genocide, proves to the world, for one more time, that only, and only, with an iron fist is it possible to change, in favour of Justice, the international balance of unjust Justice.

In face of the Machiavellian policy of the international community, today, more than ever, on the 72th anniversary of the Armenian Genocide committed by the Turkish state, ASALA proclaims its renewed revolutionary verdict to bring the main enemy, as well as all the various enemies of the Armenian people, in front of a just tribunal and to impose justice with an iron fist.

Armenians living in Armenia,
Uprooted Armenians living in exile,
Peoples of the world,

Today, seventy two years after the Armenian Genocide, not only does the Turkish fascist state, the perpetrator of the Genocide, remain unpunished, but also, the Armenian people, the victim of the Genocide remains deprived of its rights. More than half of this people, dispersed all over the world, away from Soviet Armenia (1/10th of its homeland), and the occupied territories, and deprived of the

most basic right of living on the soil of its centuries-old homeland, perishes away because of the assimilation and the continuous migration to the West: the White Genocide.

Armenians living in Armenia,
Uprooted Armenians living in exile,
Peoples of the world,

Today, seventy two years after the Armenian Genocide, not only does the Turkish fascist state which perpetrated the Genocide remain unpunished, but also its traditionally aggressive genocidal policy is being internationally legalized.

Relying on the unlimited support of international imperialism, present day Turkey's role, as the basic Middle-Eastern cobweb which strives to choke the just aspirations of the ancient peoples of the Eastern-Mediterranean, yearly increases.

Because of the unfavourable situation in the relations of international forces, and in particular because of the present unprecedented aggressiveness of international imperialism, the present day Turkey, a duplicate of the racist policy of the Zionist state of Israel, operates, with its new and old appetites, in the already volatile region of the Middle-East.

The present day Turkey, trampling on all the principles of international law with its racist and threatening policy, as a consequence of its expansionism and conquests creates for itself a natural front of enemies when:

- *it challenges* the Soviet Union, and in the first place, our people in Soviet Armenia.
- *it plots conspiracies* against the peoples of Iran.
- *it perpetrates genocide* in northern Kurdistan.
- *it sharpens its appetite* in the oil-rich territories in Iraq.
- *it rains threats* on the Syrian people which firmly clings to Alexandretta's Arab character.
- *it causes tragedy* to the people of Cyprus.
- *it invites to war* the people of Greece which maintains its territorial integrity and national dignity.
- *it sows the seeds of racism* in the Bulgarian people

Present day Turkey, faithful to the pan-Islamism of Sultan Hamid, to the pan-Turanism of Ittihad, and to the pan-Turkism of Kemal, with its cancerous existence in the heart of Asia Minor, is a constant threat, without exception, to all the peoples of the Middle-East, which must join forces so that at the end of the 20th century, the main responsible of the 1st genocide of the 20th century, and the calamity of the Area, namely the racist and fascist Turkish disease be curtailed.

Armenians living in Armenia,
Uprooted Armenians living in exile,
Peoples of the world,

Faithful to its principle of revolutionary solidarity among oppressed peoples, on the 72nd anniversary of the Armenian Genocide, ASALA vows to keep unblemished the blood of the millions of Armenian martyrs, and to attack unsparingly the Turkish fascist state, until the Armenian flag waves triumphantly on the double-peaked Mount Ararat.

Respect to the millions of the martyrs of the Armenian people, and to the countless victims of all the peoples, who fell by the Turkish yataghan.
Eternity to the martyr heroes of the New Armenian Revolution.
Patience to the Armenian political prisoners.
Long Live the revolutionary solidarity of oppressed peoples.
Down with the fascist and racist Turkish state, and to the international imperialism which nourishes it.

Victory is always ours.

ARMENIAN SECRET ARMY FOR THE LIBERATION OF ARMENIA
-POLITICAL BUREAU-

24 APRIL, 1987

ROTE ZORA JAN. 87

(A.d.R.: die Anlage des Textes haben wir wegen der schlechen Qualität der Kopien nicht aufgenommen.)

Die sexistische Arbeitsteilung und Ausbeutung und die Gewalt gegen Frauen ist für uns Bestandteil des patriarchalen Herrschaftssystems, ohne das Imperialismus in der Dritten Welt und hier nicht begriffen werden kann.

Im Kampf gegen die Bio- und Gentechnologie sehen wir einen Ansatzpunkt, unseren Widerstand gegen dieses System, gegen jegliche Unterdrückung, für Frauenbefreiung weltweit zu entwickeln. Wir sehen unseren Kampf hier nicht losgelöst von den Verhältnissen, die der Imperialismus in der Dritten Welt bewirkt, sondern als konkreten, praktischen Anti-Imperialismus, indem wir versuchen, den reibungslosen Ablauf der Kapitalstrategien und sein Eingreifen in die Strukturen der Dritten Welt hier zu behindern.

Anlaß für unsere Aktion und diese Veröffentlichung war für uns die Tatsache, daß die Humangenetik ein wesentlicher Ansatzpunkt in der öffentlichen Auseinandersetzung über die Gen- und Reproduktionstechnik war/ist. Die Diskussion um die Humangenetik spiegelt eine Perspektivlosigkeit in der Frauenbewegung wieder, zumindest wenn sie so wie in Berlin auf der ANTIGENA geführt wird. Wo sind Forderungen und Ansätze geblieben, die den von den Herrschenden vorgegebenen Rahmen und deren Denkmuster sprengen? Wo fordern wir unsere feministischen Utopien noch ein?

Die Behinderten in Berlin forderten die Schließung der Humangenetischen Beratungsstellen. Diese Einrichtungen sind die Schaltstellen für die gesundheitliche Erfassung möglichst vieler Menschen, für die Selektion von erwünschtem und unerwünschtem Nachwuchs, für die Verbreitung der Idee, alle gesellschaftlichen Probleme -vom Alkoholismus über Allergien, Kriminalität und Behinderung- seien biologischer Natur und medizinisch reparierbar.

Gegen die Forderung der Behinderten erhob sich massiver Protest unter den Frauen: es müsse jeder Frau zugestanden werden zu entscheiden, ob sie ein behindertes Kind wolle, jede Frau müsse diese Entscheidung selbständig treffen und die Forderung nach Schließung würde ein Tabu errichten.

Dabei ist ein ganz anderes Tabu längst schon in unsere Köpfe eingepflanzt: Das Tabu, über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinwegzudenken und zu fordern: das Recht, anders zu sein als der Durchschnitt; das Recht, sich entgegen aller Propaganda von Humangenetikern, Medizinern und Sozialpolitikern eine Welt vorzustellen und darum zu kämpfen, in der Kranke und Behinderte integriert sind. Eine Welt, in der sie keine Last sind. Eine Welt, in der die ganzen krankmachenden Umweltbedingungen und gesellschaftlichen Verhältnisse verschwunden sind.

Die Propaganda der Humangenetiker, Bevölkerungspolitiker und auch unsere eigene Angst stellen das Problem auf den Kopf: Ein Giftmüllskandal, ein Atomunfall sind Anlaß die Humangenetik anzupreisen und gegen die Opfer herrschender Politik zu wenden.

Sie sagen, daß den Frauen geholfen werden soll. Sie bekommen Informationen an die Hand, die sie zu einer selbstbestimmten Entscheidung über Abtreibung/Sterilisation führen sollen.

Und die "Selbstbestimmung" hat spätestens dort ihre Grenzen, wo sich z.B. Frauen in der Psychiatrie, in den Sonderschulen, unangepaßte Frauen hier und vor allem auch die "überflüssigen" und Widerstand leistenden Frauen in der "3.Welt" nicht den bevölkerungspolitischen Zielen der Herrschenden "freiwillig" unterwerfen - diese Tatsache bleibt bestehen, auch wenn das alles zum "Wohl" für Behinderte, Sonderschüler, Psychiatrisierte und Arme in der 3.Welt umgedeutet wird.

Mit Hilfe der genetischen Klassifizierung soll die Ausgrenzung aller erreicht werden, die sich nicht bedingungslos der Normalität des kapitalistischen Arbeitsalltags unterwerfen.

Geplant wird, nach Kosten-Nutzen-Rechnungen die Versorgungskosten für "kranke" Kinder und Erwachsene zu senken. Während dieses Problem im Faschismus durch schlechtere Versorgung und spätere Vernichtung des "unwerten" Lebens gelöst wurde, sind die Methoden der heutigen Humangenetiker subtiler: Durch ihre Propaganda "Selbstbestimmung der Frau, Verhinderung von Leiden der Behinderten und ihrer Angehörigen" wollen sie erreichen, daß die Frauen sich freiwillig den bevölkerungspolitischen Zielen der Herrschenden unterwerfen.

Das Bedürfnis von Frauen nach einem gesunden Kind ist erstmal ein Ausdruck der Situation, daß nach wie vor in diesem Staat die Frauen die eigentliche Verantwortung für die Kinder haben und deshalb jede Abweichung vom sogenannten Normalen zu Lasten der Frauen geht. In der Ökonomie des kapitalistisch/patriarchalen Systems sind Frauen immer "Manövriermasse" in der Reproduktion und auf dem Arbeitsmarkt, die objektiv maßgeblich zur Senkung der Lohnkosten beiträgt. Auch in dieser Logik müssen

Frauen leistungsfähige, d.h. gesunde Kinder kriegen, die sich möglichst kostengünstig für Mann/Kapital/Staat fit machen sollen.

Diejenigen, die sich diesen Plänen widersetzen, droht ein ganzer Sanktionskatalog: Einschränkung der finanziellen Möglichkeiten, wenn behinderte Angehörige nicht mehr über die Solidargemeinschaften wie z.B. Krankenkassen oder Rentenanstalten unterhalten werden; Einschränkung der individuellen Möglichkeiten, wenn Frauen für die Versorgung der Behinderten allein zuständig sind, gesellschaftliche Isolierung oder Ausgrenzung -Psychiatrie/Zwangssterilisation, etc. Durch das Vorsorge- und Untersuchungsgebot der Humangenetiker werden Ängste der Frauen kanalisiert, von den eigentlichen Verursachern -wie Chemiekonzerne, Atomlobby, Giftmüllproduzenten- abgelenkt und individualisiert. Ein Giftmüllskandal führt eher zu der Forderung nach Ausweitung der humangenetischen Beratung in der Schwangerschaft als zum Sturm auf die Giftmüllproduzenten und zu gemeinsamen Aktionen bei den Gesundheitsbehörden. Die bestehenden Untersuchungsangebote sind schlichtweg ein Alibi und sollen der Beruhigung der Opfer dienen.

Um die Entstehung von Krankheiten bei Neugeborenen einzugrenzen, sind nicht die humangenetischen Beratungsstellen sinnvoll, sondern erstens müssen die krankmachenden Umweltbedingungen, und zweitens muß die technisierte Geburtsmedizin -aufgrund derer ca. 50% der Behinderungen bei Neugeborenen zurückzuführen sind- abgeschafft werden.

Die Humangenetiker kennen nur einen verschwindend kleinen Anteil von "Störungen oder Schäden", die genetisch bedingt sein sollen. Wichtigstes Ziel ist es daher, für ihre Forschungen Datenmaterial zu sammeln, das so breit wie möglich gefächert ist (hierbei beziehen sie auch Krankheiten wie Alkoholismus oder Krebs ein). Hier treffen sich die Interessen der Reproduktionsmediziner, der Gentechnologen und Vorsorge-Ärzte, die Hand in Hand arbeiten.

Der Begriff "Selbstbestimmung" der Schwangeren ist in diesem Zusammenhang fehl am Platz: Ärzte bestimmen die Untersuchungsmethoden, Humangenetiker die Interpretation der Ergebnisse und der #218 bestimmt die Bedingungen der Abtreibung. Rückblickend müssen wir sagen, daß die #218-Kampagne der Frauenbewegung in der (vielleicht auch unbewußten) Tradition der Selektion und Ausgrenzung von Behinderten gestanden hat. Dies ist eindeutig enthalten bei der eugenischen Indikation.

Die in den letzten Jahren systematisch geschürte Angst vor einem behinderten Kind, die Strategie, Kosten-Nutzen-Denken in alle Köpfe zu verpflanzen, Krankheit als individuelles Verschulden und Problem hinzustellen, hat scheinbar verfangen. Die Forderung nach selbstbestimmter Nutzung der humangenetischen Beratung zu stellen, heißt die Forderung nach selbstbestimmter Selektion zu erheben.

Selbstbestimmung ist nicht mehr kollektive, politische und kämpferische Forderung gegen die Integration/Unterwerfung unter herrschende Verhältnisse, sondern Legitimation für individualistische Prozesse. Diese Individualisierung politischer Konflikte macht uns nicht nur schwach, sie ist unpolitisch und läßt uns unsere Utopien aus den Augen verlieren.

LASST UNS DIE HUMANGENETISCHEN BERATUNGSSTELLEN SCHLIESSEN !

KLAUEN WIR IHNEN IHRE DATENSAMMLUNGEN !

SOLIDARISIEREN WIR UNS MIT DENEN, DIE AUSGEMERZT UND AUSGEGRENZT WERDEN SOLLEN !

GREIFEN WIR DIE AN, DIE UNS KAPUTTMACHEN !

LASST ES UNS ZUSAMMEN MACHEN !

FÜR EINE STARKE INTERNATIONALE FRAUENBEFREIUNGSBEWEGUNG !

KAMPF DEM IMPERIALISTISCH-PATRIARCHALEN SYSTEM !

Bei unserem Besuch im Humangenetischen Institut (HGI) in Münster im August letzten Jahres ist es uns gelungen, das Archiv zu zerstören; das jedenfalls schrieb die Presse in den nachfolgenden Tagen. Es war das Lebenswerk von Lenz, das er im Laufe seiner Tätigkeit am humangenetischen Institut in Münster aufgebaut hatte. Diesem Archiv wurde laut Zeitungsmeldungen internationale Bedeutung zugeschrieben. Einiges haben wir in der Nacht mitgenommen, alles andere ist verbrannt. Und ist es auch nicht in ersten Linie darauf angekommen, das Archiv auszulagern, wir wollten es vorrangig zerstören, damit die Macht, die Weißkittel aus solchen Archiven ziehen, an einer Stelle gebrochen wird.

Bei der Durchsicht der Akten haben wir keine spektakulären Schweinereien aufgedeckt, wie es etwa bei Stockenius der Fall gewesen ist. Das heißt allerdings nicht, daß hier solche nicht passieren, da unsere Auswahl nicht repräsentativ ist.

Wichtig für uns ist, von der Fixierung auf die Skandale wegzukommen. Sie gehören zwar zu diesem System und sind als solche auch zu denunzieren. Gleichzeitig haben die Skandale oft aber die Funktion, daß sich die kritischen Wissenschaftler und Mediziner dagegen abgrenzen können, um damit die Harmlosigkeit ihrer Arbeit zu dokumentieren und die Akzeptanz des sozial-politischen Konzepts der Humangenetik erhöhen.

Es ist vielmehr die alltägliche Normalität -das Erfassen und Aufarbeiten der Daten, das Einpflanzen des Selektionsgedankens in die Köpfe der Menschen-, die die Gefährlichkeit dieser Institute ausmacht.

Im Folgenden haben wir einiges Material aus den von uns angeeigneten Akten zusammengestellt. Der überwiegende Teil stammt aus der Beratungstätigkeit von Lenz und ist schon etwas älteren Datums (aus den 60er und 70er Jahren).

Das Material von Tünte beschreibt seine Forschungstätigkeiten als Sozialgenetiker und ist auch schon Anfang 1970 entstanden. Die Akte von Verschuer dokumentiert die Originale von Vortragsreihen mit entsprechenden Kurzreferaten aus den Jahren 1939-1944.

Vorweg stellen wir eigene Anmerkungen und unsere Schlüsse zu den hinten anhängenden Dokumenten.

ZU DEN PERSONEN

1) Widukind Lenz, langjähriger Direktor des Humangenetischen Instituts in Münster, vor einiger Zeit von seinem Amt entpflichtet, aber noch weiter tätig in seinem Archiv, hoffentlich nur bis zum Tag der Vernichtung seines Lebenswerks. Er ist Anfang der 60er Jahre in Hamburg, wo er an der Kinderklinik des Universitätskrankenhauses Eppendorf arbeitete, bekannt geworden durch die Arbeit an der Aufdeckung des Zusammenhangs zwischen kindlichen Mißbildungen und dem Schlafmittel Contergan. Er gilt als Spezialist auf dem Gebiet frühkindlicher-Schädigungen.

2) Tünte, Leiter der Humangenetischen Beratung in Münster. Spezialist für den Bereich Populations- und Sozialgenetik.

3) O.v.Verschuer
Studium der Medizin und Anthropologie u.a. bei Fritz Lenz (Vater von W. Lenz, Rassenhygieniker, der für ihn persönlich und beruflich eine große Bedeutung hatte) in München, bei Eugen Fischer in Freiburg (ab 1927, Gründer und Leiter des Kaiser Wilhelm Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik).
Bis 1935 Mitarbeiter in Fischers Institut. Begründet dort seinen wissenschaftlichen Ruf mit der Forschung an "Tuberkulösen Zwillingen".
1933 Professor für Rassenhygiene und Erbbiologie.
1935-1942 Gründer und Direktor des Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene in Frankfurt. Schwerpunkt des Instituts: umfangreiche Zwillingsforschung, Familienforschung, erbbiologische Bestandaufnahme.
Einer der senkrecht startenden Assistenten an seinem Institut ist Mengele, dem Verschuer auch verbunden bleibt, nachdem Mengele in die SS übergewechselt ist. Beide Judenhasser, beide wissenschaftliche Vertreter der Ausmerze.
Herausgabe eines "Leitfadens für Rassenhygiene" für die Nachwuchsschulung.
1942-1945 Nachfolger Fischers als Direktor des Kaiser Wilhelm Instituts. Vortragsreisen mit eher ideologischen Themen (Erbanlage als Schicksal und Aufgabe der Bevölkerungs- und Rassenhygiene in Europa, Erbanlage und Charakter. Verschuer's Institut betreibt eine Außenstelle in Auschwitz. Leiter: Mengele).
Nach dem Krieg (1949 Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Mainz) 1951 Direktor des Instituts für Humangenetik in Münster.

ERBBERATUNG

Die allgemeine Verunsicherung und Angst, die z.B. durch Skandale und deren Veröffentlichung hervorgerufen werden, lassen die Humangenetischen Beratungsstellen (HGB) zu einer scheinbar hilfreichen Einrichtung werden.

Die HGB kann dann die aufgeschreckten Ratsuchenden mit sachlichen Argumenten beruhigen, mit Prozentzahlen und Verharmlosung der Schädigung von Umweltgiften und Medikamenten.

Auf Anfragen mit speziellem "Verdacht" wird immer mit Prozentzahlen geantwortet, zum Teil mit medizinischen Erläuterungen zur domin. rezessiven Vererbung, die das Ausgeliefertsein gegenüber den Risiken eher fördern als relativieren und damit verstärkte Unsicherheit produzieren. In der Beratung Tüntes wird fast immer entweder weitere Untersuchung undoder Beobachtung nahegelegt oder im Falle der Schwangerschaft pränatale Diagnostik "empfohlen", was ebenfalls die Unsicherheit verstärkt, die Angewiesenheit auf medizinische Einrichtungen unterstreicht, das totale Abhängigkeitsgefühl hervorruft. Die Verunsicherung treibt die Betroffenen in die Verfügungsgewalt der

Mediziner und Genetiker, die dann ihrerseits mit Hilfe ihres medizinischen Apparates beruhigen.

Die Antwortschreiben auf die Anfragen der Ratsuchenden sind im väterlich fürsorglichen Ton geschrieben und suggerieren persönliche Anteilnahme und Betreuung nach dem Motto "in unserer Obhut sind Sie gut aufgehoben, wir untersuchen und erforschen genauestens, werden Ihnen eine objektive Antwort geben und das Beste für Sie herausfinden, worüber Sie frei entscheiden können."

Es wird fast nie zur Abtreibung oder Kinderlosigkeit geraten. Aus dem Material geht hervor, daß es derzeit nicht primär um die Verhinderung von Behinderung geht, sondern um Stigmatisierung (Kriterien für normal-nicht normal), um das Sammeln und Aufarbeiten von genetischen Daten, um die Verbreiterung des Selektionsgedankens ("es ist möglich, Behinderung zu vermeiden").

Oft wird den Ratsuchenden eine weitere Beobachtung angeboten oder Zusatzinformationen angefordert. Nach außen wirkt es wie eine unsystematische, zufällige Sammlerleidenschaft, nach innen wird archiviert und erfaßt.

Eine besondere Bedeutung des Humangenetischen Instituts liegt in der Zentralisierung. Es scheint zum Selbstverständnis vieler Ärzte und Krankenhäuser zu gehören, daß sie "interessante Fälle" an das Humangenetische Institut schicken, damit diese aufgearbeitet werden.
Es gibt weitere Hinweise auf zentrale Datenerfassung. Sterilisationsempfehlungen bei bestimmten Krankheitsbildern -d.h. Zwangssterilisationen- sind die konsequente Folge dieser Wissenschaft.

Aus dem vorliegenden Material läßt sich insgesamt eine grundlegende These formulieren: Der individuelle "Genpool" wird verantwortlich gemacht für sogenannte Erkrankungen, Miß- und Fehlbildungen. Exogene Schädigungswirkungen von Giften, Medikamenten, Strahleneinwirkungen werden verharmlost. Teilweise berechtigte Ängste von Frauen werden auf die individuelle Verantwortlichkeit hin kanalisiert. Hochgespielt wird die Verantwortung für ein fehlerfreies Leben, runtergespielt dagegen die Auswirkungen von alltäglichen Katastrophen, d.h. von der Zerstörung der Natur und Umwelt bis zur HERRschenden Techno- und Pharma-Medizin.

MEDIKAMENTE, STRAHLEN UND GIFTE

Aus den Antwortschreiben von Lenz geht die Verharmlosung von Drogen, Tabletten, Strahlen etc. hervor, gegenüber dem "schwerwiegenderen" Problem des Alkoholismus. Seiner Ansicht nach gilt für Mutationen, daß der Einfluß des Lebensalters weit größer ist als der von erheblichen Strahlenmengen. Auch eine Chemotherapie ist unbedeutend.

Diese Strategien der Verharmlosung, deren sich die Herren Humangenetiker bedienen, basieren immer auf der Beweisführung der Betroffenen. Kein Pharmaproduzent muß die nicht-schädigende Wirkung seines Medikamentes beweisen, bevor es auf dem Markt kommt. Erst die Erfahrungen in der Praxis -also die reinen Menschenversuche- bringen den Beweis für schädigende oder nicht-schädigende Wirkung auf den Menschen, den Fötus. An diesem Prinzip hält sich auch der Lenz. Liegen ihm keine größeren Untersuchungsreihen über eine Medikamenteneinnahme während der Schwangerschaft und der Vergleich mit Neugeborenen vor, oder hat es bisher keine ihn hellhörig machenden Rückmeldungen aus den Krankenhäusern bzw. Kinderkliniken, die einen Verdacht der Korrelation von Behinderung und spezifischem Medikament aufkommen lassen, gegeben, stellt er der Pharmaindustrie Unbedenklichkeitsbescheinigungen aus. Ab und zu mit der Frage gekoppelt, allerdings nur an die Kollegen in den Krankenhäusern, ob noch weitere Fälle bzgl. dieses Präparates bekannt sind.

Wenn ein Medikament wie z.B. Reparil schon jahrzehntelang in der Schwangerschaft verabreicht wurde "ohne daß jemals der Verdacht einer teratogenen (zur Fehlbildung führend) Wirkung aufgetaucht ist", kann das verschiedene Gründe haben, aber es ist nicht der Beweis, daß das Medikament keine teratogene Wirkung hat. Kein Verdacht bedeutet nicht den Ausschluß. Die Unbedenklichkeitsbescheinigungen liegen vollkommen im Interesse der Pharma-Industrie, mit denen er regen Kontakt pflegt, wie weiter unten dokumentiert. Zynisch klingen auch seine Antworten auf Nachfragen nach den Hinweisen entsprechender Beipackzettel der Medikamente: ".... darf während der Schwangerschaft nicht verabreicht werden" oder andere warnende Hinweise: Sie dienen allein dazu, die Firmen "vor sinnlosen Prozessen zu schützen" oder ähnlich von ihm formuliert.

Die Unbedenklichkeit gegenüber Medikamenten begründet Lenz mit dem unverfrorenen Vergleich "anderer Substanzen unserer natürlichen und künstlichen Umwelt, ..., die wir ohne es zu wissen aufnehmen".

Absolut abwieglerisch wird Lenz zum Thema "Dioxin". Seine Korrespondenz mit Boehringer Ingelheim, die in ihm einen Verbündeten gegen die "Verunglimpfung" von Dioxin-Gift gefunden haben, verdeutlicht seine guten Kontakte zur Pharmaindustrie und das Interesse, sein Wissen, sein Fachansehen, auch in ihren Dienst zu

stellen.

Auch Schering pflegt den Kontakt zur Humangenetik.

Die Loyalität gegenüber Industrie und HERRschender Medizin ist absolut durchgängig.

Die sprachliche Zurückhaltung von Lenz, auch mit dem Umgang der Amniozentese, ist der Tatsache geschuldet, daß er einer Generation entstammt, die durch den Nationalsozialismus behaftet ist. Von der Berührung mit sozialer Eugenik sind seine Beratungen weiter entfernt als dies bei seiner Instituts-Nachfolgegeneration der Fall ist; Tünte spricht hier eine deutlichere Sprache.

SOZIALGENETIK

1971 wird an die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG) ein Förderungsantrag "Genetische Erhebung" gestellt, aus dem hervorgeht, daß Tünte die "Sozialgenetik" als neue Fachdisziplin vorantreiben will. In Forschungsberichten, die 1975 als Jahresbericht an die Deutsche Forschungsgesellschaft gehen, wird dieses Vorhaben konkretisiert.

Ziel dieser Forschungen ist es, die "sozialen Dimensionen genetischer Erkrankung sichtbar und meßbar zu machen, um ein umfassendes Konzept zur Intensivierung der genetischen Beratung zu entwickeln, in dem neben den genetischen Fragen auch die sozialen und psychologischen Aspekte Berücksichtigung finden." Daraus erwächst die Möglichkeit, nicht norm-gerechtes Verhalten als Krankheit zu definieren und möglichst breit zu erfassen. Als Arbeitsbegriff für Behinderung gilt "die Einschränkung in Bezug auf eine oder mehrere Aktivitäten, welche in Übereinstimmung mit dem Alter, Geschlecht und der sozialen Rolle der jeweiligen Person, als die allgemein wesentlichen und grundlegenden Bestandteile des Alltagslebens angesehen werden." Die von der "Leistungsgesellschaft" an den einzelnen gestellten Anforderungen sind der Maßstab für normgerechtes Verhalten.

Der soziale Anspruch, mit dem Tünte seinen Forschungsapparat zu legitimieren versucht -nämlich die Umweltbedingung an Behinderung durch Vorurteile und Stigmatisierung aufzudecken- entlarvt sich in seinen eigenen Schlußfolgerungen: "Soziale Strukturen beeinflussen die Manifestation der zu Nüftluxation disponenten Erbanlagen, wenn z.B. infolge ärmlicher Lebensbedingungen eine rechtzeitige Diagnose und eine optimale Behandlung unterbleiben." ..... "die Frage der gesellschaftlichen Belastung durch Erbkrankheiten ist für die Sozialgenetik von zentraler Bedeutung." Natürlich hebt Tünte hervor, daß Sozialgenetik eine wertfreie Wissenschaft ist und grenzt sie als solche gegen die Eugenik ab. Wenn er aber die gesellschaftliche und finanzielle Belastung von Erbkrankheit ins Spiel bringt -im Zusammenhang mit Überlegungen der Kosten-Nutzen-Analyse- wird seine Sprache allzu deutlich.

Aufschlußreich schien uns die Art der Datenerhebung für seine Untersuchungen. Einerseits griff er auf das Genetikregister des Instituts zurück, andererseits ermittelte er über das Einwohnermeldeamt nicht betroffene Vergleichspersonen. Die Ergebnisse wurden computergerecht aufgearbeitet. Das Ganze ist mehr als 12 Jahre her, wird von ihm selbst als Anfang einer neuen Forschungsrichtung bezeichnet.

HISTORISCH ABER IMMER NOCH AKTUELL

Zum Schluß begeben wir uns in die Geschichte des Nationalsozialismus. Aus dem Inhalt einer historischen Akte zu den Vortragsreisen Verschuers im Jahre 1939-1944 ist uns ein Vortrag vor Verwaltungsleitern der Heil- und Pflegeanstalten in Berlin 1939 zu veröffentlichen wichtig. Hier geht es um die Einbindung der Krankenhäuser in die Erfassung von Zwangssterilisationen. Ein für die heutige Zeit aktuelles Thema, wo die Datenerfassung in den Krankenhäusern stark zunimmt - von Krebsregistern über die Diagnostikstatistik bis zur integrierten Datenverarbeitung.

- Damals wie heute wurden und werden sogenannte Behinderungen in der Krankenakte festgehalten, auch wenn der Krankenhausaufenthalt damit nichts zu tun hat, und Krankengeschichten werden obligatorisch registriert.
- Damals wie heute gab und gibt es die Diskussion, jeden Arzt in das System der Rassenhygiene bzw. humangenetischen Beratung einzubeziehen.
- Damals wie heute stellte und stellt sich die Frage nach der notwendigen Ausbildung im Fach Rassenhygiene bzw. Humangenetik, selbst für die Lehrerausbildung.
- Mit der Einrichtung der Erbkarteien sollte eine "gesundheitliche Bestandaufnahme unseres Volkes angestrebt" werden. Angestrebt wird heute eine gesundheitliche Bestandsaufnahme der Bevölkerung, eine möglichst flächendeckende Erfassung und Registrierung der Menschen durch medizinische Institutionen, Karteien und Register, damit die qualitative Kontrolle des "Bevölkerungsmaterials" gewährleistet ist und bevölkerungsmanipulierende Maßnahmen ergriffen werden können.
- Damals wie heute gab und gibt es gleiche Methoden und Vorgehensweisen der Erbfor-

schung: Familienforschung und Statistik, Zwillingsforschung und empirische Erbprognose. Heute hinzugekommen sind die biotechnischen Möglichkeiten der Chromosomen- und Genuntersuchungen und daran gekoppelt die EVD-mäßige statistische Verarbeitung.

- Das Ojektverhältnis gegenüber menschlichem Leben generell äußerte sich gegenüber den Frauen als Objekt der Forschung und Mittel der Umsetzung quantitativer und qualitativer Bevölkerungspolitik besonders in dem Interesse, die Fruchtbarkeit der sogenannten wertvollen Frauen optimal auszubeuten.

Das "Leid der Kinderlosigkeit" war immer schon Anknüpfungspunkt für die Durchsetzung von HERRschaftsinteressen.

Parallelen und Ähnlichkeiten von Strukturen und Ideologie damals wie heute könnten weiter fortgeführt werden, aber uns reichts!

Auffällig ist natürlich die vorsichtigere Formulierung in heutigen Konzepten. Es ist nicht direkt von der Verantwortung der/des Einzelnen der Volksgesundheit gegenüber die Rede, sondern eher vom Leid des Individuums und der Verantwortung sich selbst gegenüber, obwohl ab und zu auch schärfere Töne zu vernehmen sind. Man spricht nicht von Ausmerze und Zwangsmaßnahmen, sondern ist bemüht um die Propaganda des Prinzips der Freiwilligkeit.

Wir denken, daß die dokumentierten Vergleiche an Deutlichkeit keinen Zweifel lassen.

ROTE ZORA



kommunikee

eine gruppe klein
und ganz schön gemein
tief in der nacht
stiegen sie aufs dach
ächzten und stöhnten sehr
trugen auch schwer
doch im dunkeln
sah man es glitzern und funkeln
in ihren augen

in dem alten gemäuer
machten sie ein feuer
um den armen zu zeigen
das man gegen die reichen
schon was tun kann
denn die bauten eine bahn für die bonzen
während das volk um fahrkarten beim arbeitsamt betteln mußte

TAZ 21.4

Anschlag auf Magnetbahn

Berlin (dpa) — Bei einem Brandanschlag auf die Berliner Magnetbahn haben Unbekannte Millionenschaden angerichtet. Die Täter hatten in der Nacht zum Samstag Brandsätze in dem auf einem U-Bahnhof abgestellten Zug zur Explosion gebracht. Überreste der Brandbomben wurden nach den Löscharbeiten gefunden. Die beiden Wagen des noch in der Erprobung befindlichen Zuges brannten aus. Die Magnetbahn soll im Herbst auf einer 1,6 Kilometer langen Strecke die Personenbeförderung aufnehmen.

wir haben in der karfreitagnacht - ostern 87 - die magnetbahn auf dem bahnhof gleisdreieck abgefackelt.
die magnetbahn wird betrieben von der arbeitsgemeinschaft (arge) magnetbahn in 1bln 61,dessauerstr. 48/49,an der die aeg,die magnetbahn gmbh,die bvg und die studiengesellschaft für nahverkehr beteiligt sind.sie ist eine versuchs - und verkaufsanlage.
die arge magnetbahn hat vom bundesministerium für forschung und technik und dem west-berliner senat insgesamt 88,5 mill.dm zuschuß eingesackt.sie selber wollten lediglich 4,5 mill.dm aufbringen,wievielsie über die diversen berlin-subventionen davon noch einsparen ist unklar.wir können lediglich einige uns bekannte fakten aufzählen.

die arge magnetbahn ist eine west-berliner arbeitsgemeinschaft.
den konkreten bau der magnetbahn macht die magnetbahn gmbh in starnberg/bayern,emsländerstr.im starnberger werk wird nur ein teil der magnetbahn produziert.die waggons z.b. baut die waggon-union, eine tochter der aeg in west-berlin borsigwalde.
es ist gängige praxis der kapitalisten,das ein und derselbe verein rechnungen und waren von west-berlin in die brd und zurück schiebt.
so werden berlin-subventionen in form von umsatzsteuererleichterungen eingesackt.das sind oft summen in millionenhöhe.
genauso oft passiert es,daß die verschiedenen ineinander verschachtelten firmen sich papierene verluste zuschieben,um sich so vor steuerzahlungen zu drücken.konzerne mit ihrem büro in west-berlin laßen sich zudem ihre neuen maschinen bis zu 40% von der steuerzahlenden bevölkerung über den weg - investitionszulage - west-berliner senat - bezahlen.
der senat ist ein selbstbedienungsladen,nicht nur für wirtschafts-"verbrecher",sondern auch für "legale" konzern.

die magnetbahn steht in west-berlin,weil hier für die beteiligten kapitalisten am meisten zukassieren ist.
die magnetbahn sollte der öffentlichkeit ursprünglich im mai 87 übergeben werden.letzte schätzungen gehen von anfang september 87 aus.wir hoffen,daß es sich durch unseren beitrag noch länger verzögert.vor allem hoffen wir zu unterbinden,das weitere käufer und "experten" (85 waren es ca. 3000) die magnetbahn in diesem sommer in voller aktion erleben können.

und das ganze war 1.ungeheuer
2.teuer

bezahlt von den armen
die eh nichts haben und auch nicht viel kriegen
von steuergeldern gestohlen
das sollten und werden wir uns wiederholen

die magnetbahn soll als "nahverkehrsobjekt" das kulturviertel an das u-bahnnetz anbinden.so soll es uns verkauft werden.bloß was wird den da angebunden? kulturviertel mit vielharmonie,museen,dem deutsch - japanischen handelszentrum in der ehemals faschistischen botschaft, - der gesamte zentrale bereich - in dessen planung nichts anderes als die aufrechterhaltung des reichshauptstadtanspruches zum ausdruck kommt.was hat das mit uns zu tun?
das ist das gegenteil einer kultur von unten,aus den lebenszusammenhängen der menschen heraus.
die magnetbahn ist nichts als der rote teppich für bonzen und ihre anhängels.
die magnetbahn soll west-berlins stellung als möchtegern high-tech-zentrum unterstreichen und ausbauen.in der nutzbarmachung der unis für die industrie hat west-berlin eine vorreiterrolle.nirgends gibt es so viele gemeinsame projekte,gmbh's an den unis,personelle verflechtungen,etc.an der arge magnetbahn ist u.a. die studiengesellschaft für den nahverkehr beteiligt.
die magnetbahn soll den tourismus ankurbeln.
mehr und mehr entwickelt sich west-berlin zu einer stadt,in der der fremdenverkehr einen überproportional großen stellenwert einnimmt. dies hängt nicht nur damit zusammen,das den schweinen für diese stadt nix besseres einfällt,sondern das sich über west-berlin antikommunismus und revanchismus schüren laßen.wie in der breite sonst nirgends.so ist es kein zufall,das die magnetbahn an der mauer am potsdamer platz langfährt,quasi als schwebende aussichtsplattform gegen den "trostlosen osten".

die fassade,die stimmt
künstlich,hochgetrimmt
damit die touristen auch zahlen
die da oben,die spinnen
sind ganz von sinnen
machen was sie wollen

WAR NEWS

egal was wir sagen
sie tun nicht nach fragen
da haben wir ihr spielzeug kaputtgeschlagen

die magnetbahn ist bestandteil der 750 jahre sind genug feier.
sie soll nach dem motto - brot und spiele - die widersprüche in dieser stadt zuschütten und verkitten.überall muß die fassade stimmen,ob am kudamm oder in kreuzberg.
die häuser,an die die iba/internationale bauausstellung das größte wandgemälde west-berlins malen will,rotten und stinken innen immer mehr.
die kultur,die von oben,wird künstlich hochgetrimmt,alles was als touri-magnet dienen könnte,wie der start der tour de france von west-berlin aus,wird rangezogen.
west-berlin tut gut,west-berlin ist wieder wer,west-berlin ist wieder sicherer geworden,das investionsklima ist besser geworden, soziale konflikte glattgebügelt,die sicherheitslage hätte sich gebessert,und.und.und.
doch wie siehts dahinter aus.
90000 offizielle arbeitslose,10000de von soziempfänger,in verschiedenen stadtteilen eine hohe jugendarbeitslosigkeit,10000de von süchtigen(alkohol,tabletten,drogen),immer mehr wohnungslose,im januar/februar 87 eg-hungerhilfe für menschen in dieser stadt,brennstoffhilfe des senats,schlangen vor ausgabestellen,wo es kostenlos warmes essen gab.

west-berlin wird dieses jahr über die 750 jahr feier verkauft als
- high-techzentrum,in dem die wirtschaftsentscheidungen der zukunft fallen
- touristenattraktion,in der selbst der verfallendste kreuzberger hinterhof noch begafft wird

es wird benutzt als
- propagandashowplatz,wo konsorten wie reagan,queen elisabeth und mitterand ihre reaktionären phantastereien von west-berlin als "hort der demokratie inmitten der kommunistischen tyrannei" vortragen werden.

Mit solidarischen Grüßen an die gefangenen Genossinnen u. Genossen
autonome abrissgemeinschaft - arge -

für potemkische dörfer

in rußland ließ fürst potemkin einst
falsche dörfer bauen,um anzugeben
in west-berlin,da lebt der gleiche geist
"magnetbahn" heißt's hier eben

der goebbels hatte die idee
7oo jahre berlin!
heute feiern sie wie eh und je
es tut wieder gut,dieses west-berlin

ob rußland,faschismus oder heute
es sind noch immer dieselben leute
neue gesichter auf den alten posten
herrschen weiter auf unsere kosten

doch haben sie heute auch noch so viel macht
die rechnung ist ohne das volk gemacht
dies ist nur ein anfang.wir werden bald mehr
wir machen den bonzen das leben schwer

WAR NEWS

Genossinnen und Genossen,
Wir wollen zusätzlich zur Erklärung noch was sagen, zu unserer Vorstellung von den nächsten Schritten für uns als Autonome, im revolutionären Prozeß. Erwartet jetzt nicht den Stein der Weisen, wit äußern uns als Bestandteil der allgemeinen Diskusion.
In der BRD gibt es keine massenhafte Aufkündigung der Staatslojalität.
Wir müssen an den existierenden Widersprüchen ansetzen und diese Vertiefen:
- durch direkte Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit den Menschen in Kiezen, Initiativen, Basisgruppen. Der erste Schritt in der Entwicklung von Klassenbewußtsein ist, nach dem Erkennen der eigenen Lage, ihre /seine Interessen in die Hand zu nehmen und sich zu wehren.
- durch militante Aktionen, um die Angreifbarkeit und Verletzlichkeit dieses Systems aufzuzeigen, um Mut zu machen und Wege aufzuzeigen.

DIE AUTONOMEN lassen sich z. Zt. in 3 Richtungen unterteilen:
1. Diejenigen, die keine kontinuierliche Praxis in irgendeiner Richtung haben und sich nach wie vor ziellos von Punkt zu Punkt verhalten
2. Diejenigen, die sich individuell in Kleingruppen von der Autonomenscene verabschiedet haben und auf Arbeit in Teilbereichen setzen. Sie haben die Tendenz, sich in ihre Arbeit zu verstricken, so daß sie nur mit Mühe noch über ihren Tellerrand hinaus sehen können.
3. diejenigen, die bei dem Versuch ne militante Praxis zu entwickeln, von der Eigendynamik des Kampfes überrollt werden und fast schon zwangsläufig in militanten Aktionismus verfallen. Sie verlieren dabei die Notwendigkeit einer gemeinsamen politischen Entwicklung aus den Augen.

Allen drei Richtungen gemeinsam ist das gegenseitige Abgrenzen!
Um zu einer Stärke zu kommen, die revolutionäre Veränderung herbeiführt, ermöglicht, ist es als allererstes notwendig, die gegenseitige Anpisse eizustellen. Es zeugt von Borniertheit, wenn diejenigen, die ne konkrete Zusammenarbeit mit Menschen außerhalb der Scene suchen, als Reformisten abgestempelt werden. Es zeugt von vernageltem Verstand, die autonome Scene ausschließlich als Chaoshaufen ohne kontinuierliche, ernsthafte und erfolgreiche Ansätze zu bezeichnen.
Basisarbeit ist notwendig zur Verbreiterung und Verankerung. Sie ist nur dann erfolgversprechend, wenn sie Rückhalt in der linksradikalen/ autonomen Scene hat.
Fraktionsübergreifend haben die ernsthaften teile der Autonomen eine politische Weiterentwicklung gemacht und weitergehende Ansätze erarbeitet.

Diese Ansätze gilt es zusammenzufassen, die verschiedenen Erfahrungen auszuwerten und zu versuchen eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln.
Es kann nicht angehen, daß wir nach fast 20 Jahren militantem u. bewaffneten Kampf, linksradikaler, revolutionärer Praxis immer noch nicht unsere gemeinsamen Ziele genauer benennen können, immer noch kein zumindest provisorisches Kampfprogramm haben.

Wir müssen, wenn wir überzeugen wollen, unsere Ziele benennen können und den Weg dahin aufzeigen.
Im Baskenland existiert z.B. ein solches Minimalprogramm, das sich KAS nennt: 5 Punkte Programm, politische Vorstellungen einer neuen Gesellschaft, getragen von den Linken, von herri batasuna bis eta. so was in der Art fehlt uns. Wir sehen es als unsere gemeinsame Aufgabe an, so etwas Stück für Stück zu schaffen.
Wir stehen dabei nicht im luftleeren Raum, sondern sind Glied einer langen Kette autonomer Kämpfe, auch wenn sie oft anders hießen.
In der Geschichte seit 68 haben wir uns ein Stück Lebensqualität und Identität erkämpft, mit den Ideen von freier Sexualität, Gemeinschaftseigentum, kollektiven Lebensformen, mit dem radikalen Infragestellen von gesellschaftlichen Werten und Normen.
Diese Lebenskultur war, ist und wird anziehend sein für Menschen die nach Alternativen suchen. Sie ist ein Versuch, ein Stück unserer Utopien schon heute zu leben. Sie ist unvollkommen und voller Widersprüche, aber immer noch tausendmal lebendiger , als die herrschende Norm. Diese Art des Lebens ist nur im Kampf möglich und muß immer wieder neu erkämpft werden.
Zusammengefaßt:
Es steht an, auf der Grundlage einer gemeinsamen Zielbestimmung und Strategie, ein Wurzelwerk in der Bevölkerung zu legen, durch Zusammenarbeit und gemeinsamen Kampf mit den Menschen, und darauf fußende, ergänzende und vorrantreibende militante Praxis.
Ein Wurzelwerk, das die Grundlage ist für einen breiten, revolutionären Prozeß.
Ein Wurzelwerk, aus dem sich auch wenn wir abgeräumt werden, was neues entwickeln kann.

In diesem Sinne
autonome AbRissGEmeinschaft für Potemkische Dörfer

BERLINER MORGENPOST MITTWOCH, 22. APRIL 1987

In einem halben Jahr Schäden von 1,5 Millionen

Fahrzeuge der Firma Hafemeister zerstört

Dreimal ist am Osterwochenende das Bauunternehmen Hafemeister Ziel von Anschlägen geworden. Die Taten wurden vermutlich von militanten Gegnern der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf verübt. Die Firma Hafemeister ist eine Tochter des Essener Baukonzerns „Hochtief", der an dem Bauprojekt in Wackersdorf beteiligt ist.

Der schwerste Anschlag wurde in der Nacht zum zweiten Feiertag auf der Hafemeister-Baustelle für das Reinickendorfer Einkaufszentrum am Kurt-Schumacher-Damm verübt. Die Täter zerstörten drei Baufahrzeuge im Wert von etwa 300 000 Mark. Am Tatort wurde ein Selbstbezichtigungsbrief einer „autonomen Gruppe" gefunden.

Am Friedrich-Krause-Ufer in Tiergarten scheiterte in der Nacht zu gestern der Versuch, einen auf einem Tieflader abgestellten Bagger der Firma zu starten, um ihn umstürzen zu lassen. Eine Zivilstreife hörte den laufenden Motor. Die Täter mußten überstürzt flüchten.

Auf dem Potsdamer Güterbahnhof versuchten Brandstifter ebenfalls vergeblich, zwei Förderbänder der Baufirma anzustecken. Auch hier konnte die Polizei den Tätern, die jedoch entkamen, einen Strich durch die Rechnung machen.

Bei Anschlägen auf Fahrzeuge der Firma Hafemeister entstand im vergangenen halben Jahr ein Schaden von rund 1,5 Million Mark.

Kommunikee

BERLIN, 19.4.

DAS KRIEGSPROJEKT WAA-WACKERSDORF VERHINDERN!

ANLÄSSLICH DES KOMMENDEN 1. JAHRESTAGES DER TSCHERNOBYL KATASTROPHE HABEN WIR AUF EINER GROSSBAUSTELLE AM KURT-SCHUMACHER-PLATZ 3 BAGGER DER FIRMA HAFEMEISTER, 100%TIGE TOCHTER DES WAA-BAUKONZERNS HOCH-TIEF, MIT BRANDSÄTZEN ZERSTÖRT.

WIR ERKLÄREN HIERMIT DIE TSCHERNOBYL-AKTIONSWOCHE DER BERLINER ANTI-AKW-BEWEGUNG FÜR ERÖFFNET.

AUTONOME ZELLEN

Polizei schließt politisch motivierte Tat nicht aus

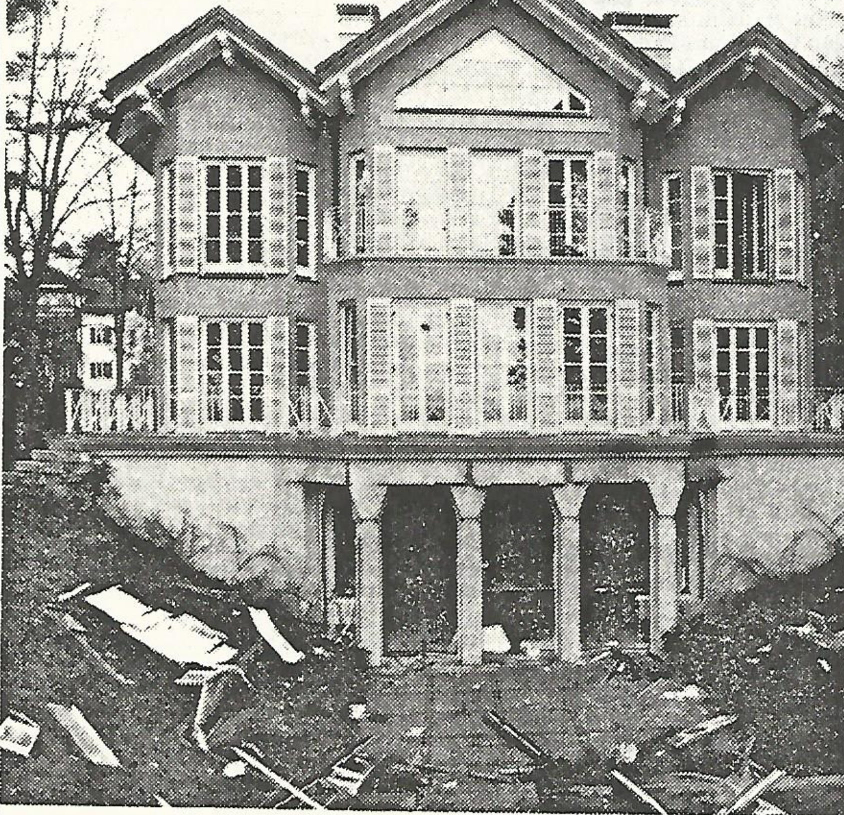
SDZ 14.04

Explosion zerstört eine Tutzinger Elektronikfirma

Unternehmen stellt Geräte für militärischen und zivilen Bereich her

TUTZING – Einen vermutlich politisch motivierten Brandanschlag verübten bisher unbekanne Täter auf das Gebäude der Tutzinger Elektronikfirma Tele Security Timmann (TST) am frühen Montagmorgen. Eine brennbare Flüssigkeit, die in einen Kellerschacht des Hauses geschüttet wurde, reagierte mit dem Sauerstoff in der Luft und explodierte. Zum Zeitpunkt der Explosion befanden sich keine Personen in dem Gebäude. Die Kellerräume der Villa wurden jedoch erheblich beschädigt. Richard Vöst vom Bayerischen Landeskriminalamt bezifferte den Schaden nach ersten Schätzungen auf sechs bis acht Millionen Mark.

In dem Gebäude an der Tutzinger Hauptstraße 82 hat die Firma TST ihre Büro- und Produktionsräume. Das Unternehmen stellt Chiffriergeräte für Text-, Daten-, Telex- und Telefaxübertragungen her. Auf die Frage, ob diese Geräte auch für militärische Zwecke eingesetzt würden, antwortete ein Firmenangehöriger mit „kein Kommentar". Von der Unternehmensleitung wollte sich bisher niemand zu dem Anschlag äußern. Ebenso nicht über die Zahl der Beschäftigten des Betriebs, der seinen Hauptsitz in Pöcking hat.



Total zerstört wurde der Keller dieser alten Villa, in der das Elektronikunternehmen Geräte produziert, die möglicherweise auch im militärischen Bereich eingesetzt werden.

Brandanschlag in Tutzing Schaden in Millionenhöhe

Tutzing (dpa)

Bei einem vermutlich politisch motivierten Brandanschlag auf eine für den Sicherheitsbereich tätige Computerfirma ist in der Nacht zum Montag in Tutzing am Starnberger See ein Schaden von sechs bis acht Millionen Mark entstanden. Wie das Bayerische Landeskriminalamt (LKA) ermittelte, wurde eine brennbare Flüssigkeit durch einen Schacht in die Kellerräume der Computerfirma TST Tele Security geschüttet und anschließend mit einer Lunte angesteckt. Dabei kam es zu einer heftigen Verpuffung, die wertvolle elektronische Geräte und das Gebäude schwer beschädigte. Die Fahnder schließen nicht aus, daß die bisher unbekannten Täter Verletzungen erlitten. Eine Zeugin sah unmittelbar nach dem weithin hörbaren Knall zwei junge Männer in Richtung Seeufer laufen, verlor diese jedoch aus den Augen. Das LKA hat für Hinweise zur Aufklärung des Verbrechens oder zur Ergreifung der Täter 5000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Gegen 2.25 Uhr hörten Nachbarn einen „großen Knall". Fünf Minuten später traf die Tutzinger Feuerwehr ein. Während die Vorderfront des Gebäudes unversehrt blieb, bot sich den Feuerwehrleuten im rückwärtigen Teil ein Bild der Verwüstung: zersplittertes Fensterglas, zerfetzte Rolläden, Metall- und Holzteile lagen verstreut in einem Umkreis von 40 Metern. Die Kellerräume wurden durch die Detonation völlig zerstört.

Bislang ist noch unbekannt, wie stark das Gebäude in seiner Statik durch die Erschütterung beschädigt wurde. Einen Sprengstoffanschlag schloß Richard Vöst nach einer ersten Besichtigung des Tatorts aus. „Wir gehen davon aus, daß vermutlich Benzin in einen seitlichen Kellerschacht gegossen und mit einer Lunte in Brand gesetzt wurde." Ein Augenzeuge gab an, unmittelbar nach der Explosion zwei Personen gesehen zu haben, die über ein benachbartes Grundstück flüchteten. Eine Beschreibung der mutmaßlichen Täter vermochte der Mann jedoch nicht zu geben, weil er in der Dunkelheit zuwenig sehen konnte. Die Kriminalpolizei vermutet, daß die beiden Täter von der Explosion überrascht wurden und wahrscheinlich erhebliche Brandverletzungen erlitten haben. 40 Beamte suchten gestern mittag am Tatort nach Spuren und erstellten Gutachten. Von einem Polizeihubschrauber aus wurden Luftaufnahmen vom Explosionsort angefertigt.

Der Generalbundesanwalt in Karlsruhe wurde bisher nicht in die Ermittlungen eingeschaltet. Für Hinweise, die zur Ergreifung der Täter oder zur Aufklärung des Verbrechens führen, hat das LKA 5000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Drei „autonome Militante" haben die Tat gestanden

Brandanschlag auf Computerfirma geklärt

MÜNCHEN. — Knapp 15 Stunden nach dem Brandanschlag auf die TST-Computerfirma in Tutzing am Starnberger See hat die Sonderkommission „Energie und Bahn" des Bayerischen Landeskriminalamtes (LKA) den Fall geklärt und zwei junge Männer sowie eine Frau festgenommen. Die aus dem Landkreis Starnberg stammende Steuergehilfin Daniela Nitzinger (22), der Schüler Matthias Zillich (20) und der Dekorateur Rudolf Gleixner (24) haben den Anschlag gestanden, bei dem ein Sachschaden von fünf bis neun Millionen Mark entstanden ist.

Den Festgenommenen konnten darüber hinaus fünf weitere Anschläge auf Energieanlagen und S-Bahnen im Bereich Tutzing/Starnberg von Herbst 1986 bis März diesen Jahres mit einem Gesamtschaden von rund 625 000 Mark nachgewiesen werden, sagte LKA-Präsident Helmut Trometer gestern in München.

„Es ist davon auszugehen, daß es sich bei dem Trio um regional tätige, autonome Militante handelt, die nach ihren Angaben aus grundsätzlichem Haß gegen das demokratische Staatssystem die Straftaten verübt haben", erklärte Trometer. Der ermittelnde Oberstaatsanwalt Friedrich Bethke teilte mit, es werde derzeit geprüft, ob es sich bei den Anschlägen um ein Organisationsdelikt handle. Wenn dies der Fall sei, würde die Zuständigkeit den Beamten des Generalbundesanwalts in Karlsruhe übertragen. Innenstaatssekretär Peter Gauweiler betonte, mit der Festnahme habe Bayern einen „Schlag gegen die Strommastumsägeszene" geführt, der in seiner Art und Wirkung bundesweit „einmalig und ohne Beispiel" sei.

Für die Polizei steht fest, daß die beiden Männer am 7. September 1986 zwei Stützpfeiler, vier Diagonalstützen und zwei Erdbänder einer 110-Kilovolt-Leitung der Bayernwerk-AG im Pöckinger Ortsteil Aschering im Landkreis Starnberg durchsägten. Der Mast stürzte um, es entstand ein Schaden von etwa 40 000 Mark. Am 5. Oktober 1986 verübten sie nach Überzeugung der Beamten gemeinsam mit der 22jährigen Frau einen Anschlag auf die S-Bahnstrecke S 6 München—Tutzing im Bereich der Gemeinde Starnberg-Mühlthal. Dabei wurde ein Oberleitungsmast umgesägt, der schräg in den Gleisbereich kippte. Eine S-Bahn konnte „gerade noch unter dem schräg in den Gleisbereich ragenden Fahrleitungsmast hindurchfahren", sagte Trometer. Der Schaden: 50 000 Mark.

Am 14. Oktober 1986 brachte das Trio laut Polizei gemeinsam mit bislang unbekannten Komplizen einen 380-Kilovolt-Hochspannungsmasten bei Tutzing-Monatshausen durch Sägen zum Umsturz. Der Schaden betrug über eine halbe Million Mark. Der Dekorateur gestand einen Einbruch in den Chemieraum des Tutzinger Gymnasiums vom 7. März 1987, wo sechs Kittel und Gardinen mit Chemikalien getränkt und angezündet wurden. Nach Meinung der Ermittlungsbeamten war sein jüngerer Freund dabei. Die beiden Männer gaben weiter zu, am 15. März an der Strecke Starnberg—München ein Schienenstück verkeilt zu haben, was eine Bahn der S 6 entgleisen ließ. Hier entstand ein Schaden von 25 000 Mark. Am Wochenanfang hatten schließlich die drei über die Entlüftungsanlage in einen Kellerraum der TST-Computerfirma Aceton geschüttet und entzündet, wodurch es zu einer explosionsartigen Verpuffung kam.

Nach Worten von Trometer waren die drei Starnberger bei der Festnahme in ihren Wohnungen „sehr überrascht" — damit „hat keiner gerechnet". Die Beamten seien auf die Spur des Trios gestoßen, nachdem gegen den Ältesten bereits seit drei Wochen Ermittlungen der Sonderkommission gelaufen seien. Der Fahndungserfolg sei sowohl den „neuen Bekämpfungsstrategien" der Polizei als auch Hinweisen aus der Bevölkerung — zur Aufklärung der „Terroranschläge" auf Eisenbahnen und Strommasten in Bayern sind Belohnungen in Höhe von 50 000 Mark ausgesetzt — zu verdanken, betonte der LKA-Chef, wollte jedoch keine Details nennen.

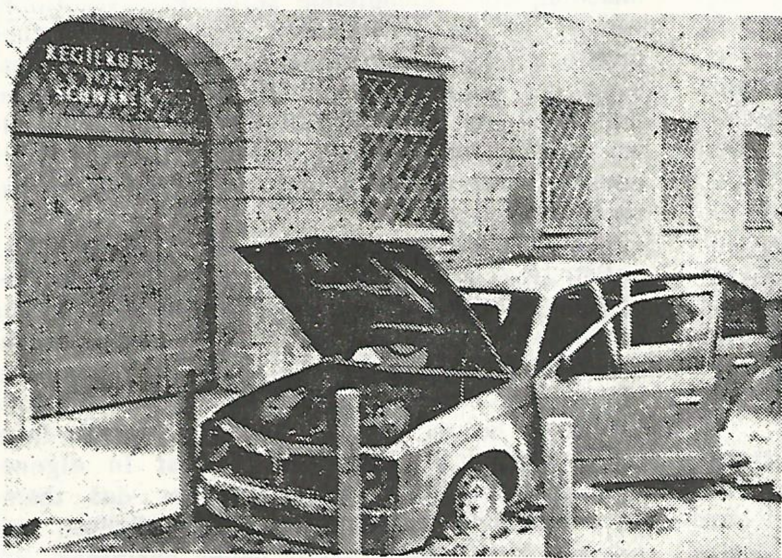
Nach dem derzeitigen Kenntnisstand sehe es nicht so aus, als ob die Festgenommenen Verbindungen zur RAF hätten, sagte Trometer. Sie seien offenbar ausschließlich regional aktiv gewesen und hätten sich ihre Tatobjekte mehr zufällig gesucht. Bisher gebe es auch keine Hinweise darauf, daß die Computerfirma in Tutzing deswegen zum Anschlagsziel wurde, weil dort kryptografische Geräte hergestellt werden, die im Sicherheitsbereich eingesetzt werden. Das Motiv der Drei sei offenbar „Haß auf den Staat" gewesen, wobei sie vor allen Dingen gegen die umstrittene Volkszählung und den maschinenlesbaren Personalausweis protestieren wollten.

Alle drei „waren schon in Wakkersdorf", betonte Trometer; sie seien dort allerdings nicht durch Straftaten aufgefallen.

NZ 15.04.1987

Feuer richtete einen Schaden von über 10 000 DM an

Mit Molotowcocktails gegen Regierungssitz



Durch den Brandanschlag auf die Bezirksverwaltung brannte dieser Pkw, der vor dem Gebäude geparkt war, völlig aus.

NZ 15.04.87

AUGSBURG. — Bei einem Brandanschlag auf das Gebäude der Bezirksregierung Schwaben in Augsburg ist nach Schätzung der Polizei gestern in den frühen Morgenstunden ein Sachschaden von über 10 000 Mark entstanden. Menschen wurden nicht verletzt.

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann in Karlsruhe hat die Leitung der Ermittlungen übernommen. Das bayerische Landeskriminalamt in München wurde mit den kriminalistischen Untersuchungen beauftragt. Die Fahndung nach den Attentätern blieb ohne Erfolg.

Nach Darstellung der Polizei hatte die Besatzung eines Funkstreifenwagens zur Tatzeit einen durch einen Molotowcocktail in Brand gesetzten Personenwagen vor einem Seiteneingang des Gebäudes der Regierung zwischen Kornhausgasse und Frohnhof entdeckt. Nachdem der Brand an dem Wagen gelöscht war, bemerkten die Polizeibeamten, daß drei weitere Molotowcocktails am Regierungsgebäude geworfen worden waren. Einer war gegen einen zweiten Personenwagen und einer gegen eine Eingangstüre des Gebäudes geschleudert worden. Beide zündeten aber nicht. Ein dritter Molotowcocktail, der gegen ein Fenster geworfen worde war, zündete zwar, richtete aber nur geringfügigen Schaden an der Scheibe und am Fensterkreuz an, das verkohlte.

Etwa zweieinhalb Stunden nach dem Anschlag ging nach Mitteilung der Polizei ein Bekenneranruf beim Büro der Deutschen Presse-Agentur in München ein. „Kämpfende Zellen der Revolutionären Zellen" bezichtigten sich darin des „Angriffs auf die Regierung Schwaben".

Ein Sprecher des Generalbundesanwalts in Karlsruhe äußerte im Bayerischen Rundfunk jedoch Zweifel am Wert dieses Bekenneranrufs. Der Sprecher sagte, die Attentäter von Augsburg müßten wahrscheinlich in einer regionalen Gruppe im Umfeld der „Rote Armee Fraktion" gesucht werden. Beamte des bayerischen Landeskriminalamts haben inzwischen in Augsburg mit ihren Ermittlungen im Auftrag des Generalbundesanwalts begonnen.

Brandanschläge in Hamburg

SDZ 27.04.87 **Hamburg** (dpa)

In Hamburg wurden in der Nacht zum Sonntag mehrere Brandsätze gegen insgesamt vier Funkstreifenwagen der Polizei geschleudert. Im Stadtteil Eimsbüttel warfen die Täter Brandsätze auf zwei vor einer Polizeirevierwache abgestellte Wagen; an beiden entstand „mittlerer Sachschaden". Die Täter konnten entkommen. In der St.-Pauli-Hafenstraße schleuderten Unbekannte aus einer Menschengruppe heraus Brandsätze auf zwei dort stehende Polizeiwagen. Im Stadtteil St. Pauli warf ein unbekannter Täter einen Brandsatz aus dem Fenster eines Hauses auf ein parkendes Personenauto. Der Wagen geriet in Brand. Im Stadtteil St. Georg schließlich setzten mehrere junge Männer aufgeschichtete Barrikaden in Brand, die rasch gelöscht werden konnten; von acht der Täter konnte die Polizei die Personalien feststellen.

Fünf Anschläge in Berlin auf Filialen der Deutschen Bank

SDZ 27.04.87 **Berlin** (dpa)

Unbekannte Täter haben auf fünf Filialen der Deutschen Bank in Berlin Brandschläge verübt. Nach Auskunft der Polizei wurden nahezu zeitgleich Scheiben der zum Teil weit voneinander entfernt liegenden Geschäftsstellen eingeschlagen und Behälter mit brennbarer Flüssigkeit ins Innere geworfen. An zwei Orten zündete der Brandsatz nicht. Es entstand leichter Sachschaden.

FAZ

Brandanschlag auf Bezirksregierung aufgeklärt

MÜNCHEN, 28. April (AP). Der Brandanschlag vom 14. April auf das Gebäude der Bezirksregierung Schwaben in Augsburg ist aufgeklärt. Das Bayerische Landeskriminalamt teilte am Dienstag mit, die Täter seien am Montag festgenommen worden. Es handle sich um einen 24 Jahre alten Arbeitslosen und eine 19 Jahre alte junge Frau. Beide seien dem linksextremistischen Umfeld zuzuordnen. Die Attentäter seien überführt und geständig, die Tat begangen zu haben. Bei dem Anschlag waren drei Molotowcocktails in das Gebäude geworfen worden. Sie verursachten rund 9000 Mark Sachschaden.

Kommunique zum Brandanschlag auf das Gebäude der Schwäbischen Regierung

in der nacht vom 13.4. auf 14.4. gegen ca. 2.00 haben wir das regierungsgebäude von schwaben mit drei brandsätzen angegriffen. wir haben uns zu diesem angriff entschlossen, weil wir der meinung sind, daß gerade bei uns im süddeutschen raum mehr action gegen die faschistenbande angesagt ist. besonders diejenigen, die sich hier "demokraten" und "sozialisten" nennen, gehen schon seit eh und je allen anderen bundesländern mit ihren faschistoiden und ungerechten "gesetzentwürfen" voran. allein schon die erweiterung ihrer ja so sinnigen "terrorgesetze", die einzig und allein darauf ausgerichtet sind, unsereinen zu diskriminieren, zu kriminalisieren und zu erfassen. nicht zuletzt dann das durchziehen ihrer dreckigen scheinverhandlungen um uns dingfest machen zu können.

bewußte desorientierung der bevölkerung, wenn nötig auch mit knallharten lügen, falschen darstellungen die ein schreckensbild entstehen lassen sollen, daß den gesamten antiimperialistischen widerstand, die guerilla und die einzeln operierenden autonomen gruppen in vollkommen falschem licht stehen lassen. natürlich nur zur unterstützung ihrer eigenen macht, der stärkung von unterdrückung und faschismus und den erhalt ihrer kapitalistischen schweinemoral. das die herrschenden dabei kräftig von den verschiedenen massenmedien unterstützt werden, ist ja nichtS neues mehr. sowas nennt man dann eine "freie presse" in einem tollen demokratischen staatssystem. wir sehen das folgendermaßen: einem solchen schweinesystem mit einer grundierung, die auf nichts anderem aufgebaut ist, als lüge und betrug, ungerechtigkeit und ständiger unterdrükkung muß widerstand geleistet werden. wir haben, wie auch die vergangenheit beweist, endlich einsehen müssen, daß der versuch mit den herrschenden zu reden vollkommen sinnlos war und ist. lange genug haben wir die völlig falsche sprache gesprochen. also laßt uns alle gemeinsam eine sprache sprechen, die einzige die dann auch verstanden wird: krieg den herrschenden! somit haben wir uns entschlossen, in die offensive zu gehen und zu kämpfen. denn von einem derartigen schweinesystem erdrückt, betrogen und belogen zu werden, bedeutet ohne widerstand zu leisten ein siechtum und kein leben mehr. in diesem sinne denn!

als gegendarstellung zu den artikeln der angepaßten staatspresse, würden wir gerne noch etwas sagen:
als erstes wäre da folgendes richtigzustellen: hier zuerst ein wörtlich wiedergegebenes zitat aus der augsburger allgemeinen (AZ): "die bundesanwaltschaft in karlsruhe zog die ermittlungen an sich, nachdem sich wenige stunden nach dem anschlag eine "kämpfende zelle der revolutionären zellen" in einem anruf bei der deutschen presseagentur zu der tat bekannt und die freilassung des wegen versuchten mordes an einem polizisten zu lebenslanger haft verurteilten, in bruchsal einsitzenden günter sonnenberg sowie anderer "politischer gefangener" gefordert hatten", zitat ende.

wir sind keine mitglieder der revolutionären zellen (RZ) und wollen auch nicht, daß den genossinnen und genossen der RZ da was in die schuhe geschoben werden soll. wir betonen ausdrücklich, daß es sich bei unserer gruppe um eine rein autonome gruppierung handelt, und außerdem halten wir uns sehr wohl in der lage, unsere gegenoffensive auch selbst in eigener verantwortung zu vertreten. über das thema der staatlichen hetzpropaganda möchten wir uns an dieser stelle nicht näher auslassen. wir denken auch, daß diese praktiken der schweine mittlerweile so ziemlich jede/r geschnallt haben dürfte.

richtigzustellen wäre da auch noch die behauptung der bullen, zitat: "der bei dem anschlag zerstörte personenwagen -ein blauer opel kadett mit augsburger kennzeichen- gehört nach angaben der polizei einem in der nähe wohnenden bürger, der nichts mit der regierung zu tun hat", zitat ende, ist falsch! da es sich bei dem gelände vor dem regierungsgebäude um ein völlig von der umgegend abgeschlossenem areal handelt, gilt auch hier eine besondere regelung: parkerlaubnis erhalten nur personen die auch bei der regierung beschäftigt oder angestellt sind. somit weisen wir die mehr oder weniger versteckte behauptung zurück, eigentum der bürger mutwillig und aus "niederen beweggründen" zu beschädigen, wie der kriminalist so schön zu labern weiß. aber derartige gegenpropaganda und hetze kennen wir ja noch aus der "guten alten zeit", nicht wahr?!
und überhaupt und sowieso war da noch:

FREIHEIT FÜR GÜNTER SONNENBERG
ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS DER RAF UND DEM WIDERSTAND
WEG MIT DER FASCHISTENREGIERUNG DER BRD
MENSCHENWÜRDIGE BEHANDLUNG ALLER WEITERKÄMPFENDEN GEFANGENEN

REVOLUTIONÄRES AUTONOMES KOMMANDO

Sicherheitskreise sehen Zusammenarbeit mit der Action Directe nur bei Mordanschlägen 1985 bewiesen – Deutsche Terroristen weitgehend isoliert – „Fanatischer Klüngel“

Kölner Stadt-Anzeiger 28. April 1987

Von der ersehnten „terroristischen Internationale“ ist die deutsche RAF weit entfernt

– Kaum Belege für Kooperation

■ Seit vor Jahren gleich eine ganze Reihe europäischer Terrorgruppen dem „gesamteuropäischen Kapitalismus und Imperialismus“ den Kampf ansagte, weben sich Legenden um eine schlagkräftige, höchst gefährliche „Internationale des Terrorismus“.

■ Die deutsche „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und die französische „Action Directe“ (AD) spielten bei diesem Bund anscheinend die Hauptrolle: Es fanden sich Querverbindungen zwischen Terror-Anschlägen und Morden in beiden Ländern.

■ Als im Februar führende AD-Köpfe in Frankreich gefaßt wurden, gab es Schlagzeilen über gemeinsame Pläne. Seither konnten die Behörden Materialfunde genauer sichten: Was bleibt von der Legende einer europäischen Terroristen-Gemeinschaft?

Von unserem Redakteur
Thomas Meyer

Bonn – Als Terroristen der berüchtigten deutschen Rote Armee Fraktion (RAF) am 7. August 1985 in einem Wald bei Wiesbaden den amerikanischen Soldaten Edward Pimental mit einem Genickschuß ermordeten, um sich mit seinem Dienstausweis Zugang für einen schweren Bombenanschlag auf dem Frankfurter US-Militärflughafen zu verschaffen, beobachteten Zeugen in der Umgebung der Mordtat einen verdächtigen Mann eindeutig südländischen Typs. Dies diente in der Folge immer wieder als Anhaltspunkt für „ausländische Beteiligung“ an dem Verbrechen, mit anderen Worten für die Annahme, daß die von den Terroristen selbst propagierte internationale Zusammenarbeit gefährlich schlagkräftige Formen angenommen habe.

Und als im Februar dieses Jahres die französischen Sicherheitskräfte auf einem Bauernhof bei Orléans nach wochenlanger Vorarbeit die vier „Köpfe“ der

Verdächtiges Aussehen

Action Directe dingfest machen konnten, stießen sie dabei auf einen Mann ebendieses Aussehens. War einer der Täter von Wiesbaden gefaßt und damit der Beweis für terroristische Internationalität erbracht?

Allein, bei näherer Untersuchung blieb von dem Verdacht nichts übrig, und die Querverbindung erwies sich ebenso als pure Legende wie zehn Jahre zuvor die immer wieder behauptete Beteiligung der RAF an der Entführung und Ermordung des italienischen Christdemokraten Aldo Moro.

Die beweisbaren Anfänge dieser „Internationale“ sind wesentlich weniger aussagekräftig und spektakulär. Im Juni 1984 wurden in einem belgischen Steinbruch 800 Kilogramm Sprengstoff gestohlen. Teile davon tauchten später bei gescheiterten Anschlägen in Paris und gegen die Nato-Schule im bayerischen Oberammergau wieder auf. Das sind bisher, zusammen mit einigen späteren Waffenfunden, die einzig sicheren Indizien für tatsächliche Unterstützung gegenseitiger Terrorakte.

Etwa seit 1984 häuften sich die schriftlichen Bekundungen terroristischer Gemeinsamkeit zwischen RAF und Action Directe, vor allem aus dem weiteren Umfeld der deutschen Terroristen. Daß Anschläge in beiden Ländern tatsächlich und eindeutig zumindest in der Planung aufeinander abgestimmt waren, zeigte sich bei dem blutigen Doppelschlag Anfang 1985. Am 25. Januar wurde in Paris der General Audran erschossen, knapp eine Woche später in der Bundesrepublik der Rüstungsmanager Ernst Zimmermann. Kurz vor den Morden hatten RAF und AD ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, Titel: „Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa.“

Als bisheriger Höhepunkt dieser Einheit gilt das Lancieren der Autobombe auf der amerikanischen Rhein-Main Air Base in Frankfurt, einen Tag nach der Ermordung Pimentals. Für den Anschlag, der zwei Todesopfer und elf Verletzte kostete, übernahmen RAF und AD gemeinsam die Verantwortung; er wurde damit zum ersten und bisher einzigen Mal ausdrücklich zur gemeinsamen Aktion deklariert.

Und auch knapp zwei Jahre später, nach der spektakulären Festnahme auf dem französischen Bauernhof, blieb in dieser Beziehung das große Aha-Erlebnis der Sicherheitsbehörden aus. Die ganze Zusammenarbeit kann in Wahrheit auch ein Bluff oder Etikettenschwindel sein, von beiden Seiten absichtsvoll genährt. Weder deutsche Mitwirkung bei französischen, noch französische Komplizenschaft bei deutschen Attentaten ist mit Anhaltspunkten belegt. Nach allen Erkenntnissen waren zum Beispiel die Morde an Audran oder jüngst am Renault-Chef allein das Werk der AD, ebenso wie die Mörder des Siemens-Managers Karl-Heinz Beckurts und Gerold von Braunmühls

Wenig Aussagekraft

ausschließlich aus der RAF kamen.

Was die Polizei auf dem französischen Bauernhof fand, war im Hinblick auf internationale Kooperation weit weniger aussagekräftig, als die Sensationsberichte glauben machen wollten. Unter den Bergen von Material waren drei Waffen aus einem Beutezug der RAF, ferner fast ihr gesamtes „ideologisches“ Werk, säuberlich ins Französische übersetzt, sowie Blanko-Formulare für Personalpapiere und Führerscheine, allerdings nicht nur aus der Bundesrepublik.

Nicht gefunden wurden: Irgendwelche direkten Mitteilungen, persönliche Briefe – was zwischen Spitzen-Terroristen auch nicht üblich ist –, Belege für Geldtransaktionen oder gar gemeinsame Aktionspläne. Der Entführungsplan für Willy Brandt aus seinem südfranzösischen Haus gehört, nach allen Beteuerungen deutscher Sicherheitsbehörden, ins Reich der Phantasie.

Trotz der fehlenden Beweise für enge Zusammenarbeit setzt man voraus, daß der Coup der französischen Polizei auch ein schwerer Schlag für das Streben der deutschen RAF nach dem Aufbau einer europäischen Guerilla-Front war. Denn außer gelegentlicher Zusammenarbeit mit den mittlerweile auch ziemlich bedeutungslosen belgischen CCC (Cellules Communistes Combattantes) stach allein das auch schon recht lockere „Bündnis" mit der AD aus der sonst weitgehend theoretischen Einheitsfront mit anderen europäischen Gruppen heraus.

RAF und AD sollten eindeutig das Kern-Bündnis bilden, ohne daß auch hier etwa an eine Fusion gedacht gewesen wäre. Aber nun ist die AD sinnbildlich enthauptet. Denn anders als die RAF mit einem „harten Kern" von immer noch etwa 20 Terroristen und etwa 200 Unterstützern im engeren Umfeld bestand zumindest der anti-imperialistische (und damit zur Kooperation neigende) Flügel der AD wohl aus kaum mehr Personen als den vier Verhafteten, und ein Umfeld gibt es so gut wie gar nicht. Kein Fachmann glaubt an baldige Regeneration.

Wie weit dieser Rückschlag aus dem Nachbarland die deutsche RAF in ihrer Aktionsfähigkeit behindert, ist bislang schwer zu sagen, wahrscheinlich aber weniger, als vielfach angenommen wurde. Ihre Anschläge haben sie zwar zeitweise abgestimmt, aber die Planung und Ausführung lag allein bei ihnen. Ihr Abtauchen nach den Taten dürfte durch die Verhaftung der französischen Gesinnungsfreunde gar nicht gefährdet sein. Im Unterschied zu früherer Annahme versteckt sich auch der harte Kern der RAF heute fast ausschließlich in der Bundesrepublik.

Unterschlupf im Inland

Insgesamt waren die praktischen Ziele des hochtrabenden gemeinsamen Kampfes gegen europäischen „Faschismus und Imperialismus" ohnedies begrenzt. Wohl hatte man sich gemeinsame Aktionen vorgenommen, aber nicht etwa eine terroristische internationale Elitetruppe mit gemeinsamem Oberkommando. Die „Internationalisierung" des Kampfes wirkte vor allem in der Bundesrepublik als „Motivations-Schub" für die Anhänger. Andererseits hat sich die RAF durch Rückschläge nie entmutigen lassen. Der Vergleich mit der Hydra geht ihr nicht ganz zu Unrecht nach.

Dabei ist die Frage auch, wie weit die deutschen Terroristen nach der einstweiligen Zerschlagung ihrer französischen Bruderschaft mit Echo in anderen Ländern rechnen kann. Das Feld ist stark begrenzt. Zusammenarbeit der RAF mit europäischen Freiheitskämpfern wie der spanischen ETA oder der irischen IRA hat es nie gegeben, zu unterschiedlich sind Ziele und Motive. Eine Splittergruppe der IRA, die INLA, die mit der französischen „Action Directe" in Waffengeschäfte verwickelt war, verübelte der RAF sogar, daß sie für den Anschlag auf den Industriellen Zimmermann mit der Kommando-Bezeichnung Patrick O'Hara den Namen eines „irischen Freiheitskämpfers" zu Mordzwecken mißbraucht habe.

Was bleibt an europäischen „Bruder-Organisationen" übrig? Beziehungen – meist sehr lokkerer Art, häufig auf die Sympathisanten-Felder beschränkt – gibt es einmal noch zur leninistisch-marxistisch orientierten spanischen „Grapo" (Revolutionario Antifacista Primero de Octobre), zur portugiesischen FP 25 (Forcas populares 25 de abril) und zu einer griechischen Gruppe, die vor allem gegen amerikanische Nato-Einrichtungen Anschläge verübt. Aber alle diese Gruppen haben nie auf das RAF-Angebot zu konkreter Zusammenarbeit reagiert.

Ein problematisches und sicherlich frustrierendes Kapitel ist für die RAF auch die Kooperation mit den Roten Brigaden in Italien. Für sie waren die deutschen Terroristen immer mehr ein fanatischer Klüngel-Haufen ohne ideologische Motivation, und wenn aus den einschlägigen italienischen Kreisen ein Rat an die RAF kam, dann der: Sie sollten zunächst doch einmal eine kämpfende kommunistische Partei zustandebringen, als Führungskraft im revolutionären Prozeß und mit Massen-Basis – alles Merkmale, die den Terroristen in der Bundesrepublik zu ihrem eigenen Kummer abgehen.

Auch sonst herrscht für die RAF in ihren internationalen Beziehungen weitgehend Ebbe. Zusammenarbeit etwa mit palästinensischen Gruppen ist seit 1982 nicht mehr offenkundig geworden. Für Verbindung nach Lateinamerika gibt es keine Erkenntnis, obwohl die RAF sich seit jeher gern als „verlängerter Arm der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt" zu rühmen verstand. Und was den berüchtigten „Carlos" betrifft, den terroristischen Söldner-Chef, der immer noch nicht aus dem Geschäft ist, so sind nie Zusammenhänge zwischen ihm und den Aktivitäten der RAF offenkundig geworden.

Nach alledem schätzen die Sicherheitsbehörden die internationale Gefährlichkeit der RAF nicht sonderlich hoch ein. Von der terroristischen „Internationale" ist man weit entfernt, und auch einzelne grenzübergreifende Aktionen, etwa international organisierte Geiselnahmen und Entführungen, erscheinen derzeit kaum möglich.

Die RAF bleibt im Kern auf sich selbst gestellt. Das macht sie nicht weniger gefährlich. Die deutschen Terroristen fühlen sich heute als berufsmäßige Revolutionäre, die kein Rückschlag, auch kein internationaler, davon abhalten kann, ihre Arbeit weiter zu machen. Diese Arbeit besteht aus erbarmungslosem Morden.

Köln, den 6.April 1987

PRESSEMITTEILUNG

Als Verteidigerin von Herrn Thomas Richter, der am 11.März 1987 in Duisburg unter dem Vorwurf festgenommen wurde, zusammen mit Herrn Hofmeier, Frau Perau und Herrn Thoene Mitglied in einer die RAF unterstützenden eigenständigen terroristischen Vereinigung zu sein, die möglicherweise Teil der RAF sei,gebe ich der Presse den aus der Anlage (Schreiben an den Ermittlungsrichter beim BGH - Herrn Dr. von Gerlach - vom 1.April 1987) ersichtlichen Vorfall bekannt.

Dieser Vorfall zeigt, wie die Exekutive grundsätzliche Rechte des Beschuldigten faktisch außer Kraft setzt. Gem.§ 148 StPO hat der Beschuldigte das Recht auf uneingeschränkten Verkehr mit seinem Verteidiger.
Das am 26.März 1987 erteilte Verbot,meinen Mandanten zu besuchen sowie die Tatsache, daß mein Mandant sich an diesem Tag bereits seit vier Tagen in vollkommener Isolation in einer Bunkerzelle der JVA Bochum befand, zeigt, daß hier praktisch die Kontaktsperre auf exekutivem Weg durchgesetzt worden ist.

Dieser Vorfall reiht sich lückenlos ein in die zahlreichen Pressemitteilungen über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen, die seit Jahren durch Isolation rigoros bestimmt werden.

Eine Stellungnahme des Ermittlungsrichters zu meinem Schreiben vom 1.April 1987 liegt zur Zeit noch nicht vor.

Krause
Rechtsanwältin

Anwaltsbüro Heike Krause · Simrockstraße 19 · 5000 Köln 30

Ermittlungsrichter
beim BGH
Herrn Dr. von Gerlach
Herrenstr. 45a
7500 Karlsruhe

Bei Schriftwechsel und Zahlung bitte angeben:

Richter

Köln, den 1.April 1987

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Herrn Thomas Richter
Az.: 1 BJs 136/86

hier: Verteidigerbesuch bei meinem Mandanten in der JVA Bochum am 26. März 1987

Sehr geehrter Herr Dr. von Gerlach,

nachstehend bringe ich Ihnen den folgenden Sachverhalt mit der Bitte um Stellungnahme zur Kenntnis:

Am 26.März 1987 traf ich gegen 9.15 Uhr an der Außenpforte der JVA Bochum ein.
Beamte der JVA forderten mich auf, hier zu warten, da etwas geklärt werden müsse. Auf meine Frage, was genau zu klären sei und warum ich nicht zu meinem Mandanten, Herrn Richter, vorgelassen werden könnte, gaben mir die Beamten an der Pforte zur Antwort, ich solle warten.
Nach etwa 15 Minuten erklärte einer der Beamten, ich könne nicht zu meinem Mandanten, da dieser sich in einem besonders gesicherten Haftraum befinden würde und in hohem Maße erregt sei.

Auf meinen Hinweis, dies sei kein Grund, mir den Verteidigerbesuch zu verweigern, wurde mir erwidert, diese Auskunft sei eine Anordnung.

Ich habe mich daraufhin telefonisch mit dem Leiter der JVA Bochum in Verbindung gesetzt. Mit wurde erklärt, der Leiter der JVA sei an diesem Tag nicht in der Anstalt. Auf meine Bitte hin wurde ich mit dem Inspektor für Sicherheit und Ordnung, Herrn Schäfer, telefonisch verbunden. Dieser erklärte mir, mein Mandant würde sich in einem erregten Zustand befinden und sei in einem besonders gesicherten Haftraum untergebracht.
Unter diesen Umständen sei es üblich, daß Verteidigerbesuche nicht zugelassen würden. Ich wies Herrn Schäfer auf die bestehende Gesetzesgrundlage für Verteidigerbesuche hin und erklärte, daß es nicht möglich sei, mir den Besuch bei meinem Mandanten zu versagen.

Herr Schäfer erklärte, er würde die Gesetze selber kennen und habe die Anweisung erhalten, daß mein Verteidigerbesuch nicht stattfinden könne.

Ich habe mich im Anschluß an das Gespräch mit Herrn Schäfer mit dem Justizvollzugsamt in Hamm telefonisch in Verbindung gesetzt. Von dort erklärte mir Herr Wagner fernmündlich, daß er an diesem Vormittag mit Herrn Schäfer gesprochen habe. Danach sei es so, daß mein Mandant in einem besonders gesicherten Haftraum untergebracht sei und aus diesem Grund ein Verteidigerbesuch nicht durchgeführt werden könne.

Gegen 1o.15 Uhr habe ich versucht, Sie telefonisch zu erreichen. Da Ihre Sekretärin, Frau Solan, mir erklärte, daß Sie ganztägig in einer Sitzung seien, bat ich Frau Solan, Sie in einer Sitzungspause von dem Vorfall zu unterrichten und Sie zu bitten, in der JVA Bochum den Vorfall zu klären.

Gegen Mittag erfuhr ich von Frau Solan, daß Sie über den Vorfall von ihr informiert worden sind aber keine Zeit hätten, mit der JVA Bochum in Verbindung zu treten.

Gegen 14.oo Uhr erreichte ich Herrn Dr. Kurt von der Bundesanwaltschaft und bat diesen, Verbindung zur JVA Bochum aufzunehmen.

Gegen 14.5o Uhr rief Herr Schäfer mich an und teilte mir mit, mein Mandant sei darauf hingewiesen worden, künftig die Anordnungen der JVA zu befolgen.Er dürfe mit mir das Verteidigergespräch an diesem Tag führen, wenn er versprechen würde, künftig nicht gewalttätig zu werden. Ich solle meinen Mandanten darauf hinweisen, daß er die Anordnungen der Anstalt zu befolgen habe.

Gegen 15.oo Uhr traf ich erneut in der JVA Bochum ein und konnte bis 15.45 Uhr mit Herrn Richter sprechen.

Mein Mandant erklärte mir, daß er am 22.März 1987 gegen 9.3o Uhr

Einzelhofgang gehabt habe. Kurz nach Beginn des Hofganges habe ihn ein Mitgefangener aus der Zelle zugerufen, ob er Einzelhofgang habe, weil er im Arrest sei. Mein Mandant hat geantwortet, er sei hier in Untersuchungshaft wegen § 129 a StGB. In dem Moment, wo mein Mandant diese Antwort gab, wurde er von zwei Beamten der JVA ergriffen, über den Hof geschleift unter der Bemerkung, der Hofgang sei jetzt abgebrochen. Mein Mandant fragte nach dem Grund für diesen plötzlichen Abbruch und erhielt von den Beamten keine weitere Erklärung. Die Beamten schleppetn ihn unter Anwendung von brutaler Gewalt in das Gebäude. Dort stießen sie ihn gegen ein Treppengeländer und führten ihn in den Bunker. Dort erschien wenig später ein Rollkommando von weiteren fünf Bediensteten , die sich in der offenen Tür der Bunkerzelle postierten. Mein Mandant wurde aufgefordert, sich zu entkleiden. Einer der Beamten drohte dabei mit einem Gummiknüppel.

Vom 22.März 1987 bis zum 26.März 1987 14.3o Uhr verbrachte mein Mandant in der Bunkerzelle. Er erhielt weder die Erlaubnis, Schuhe zu tragen, noch Schreibzeug ausgehändigt zu bekommen.

Herr Schäfer erkundigte sich desöfteren bei ihm, ob er allmählich wisse, weshalb er in dem Bunker sei. Auch am 26.März 1987 gegen 1o.oo Uhr erschien Herr Schäfer bei meinem Mandanten. Herr Schäfer hat an diesem Tag meinem Mandanten nicht ausgerichtet, daß seine Verteidigerin sich um einen Besuch bemüht habe.

Kurz nachdem mein Mandant in die Bunkerzelle verlegt worden war, bat er darum, daß seine Verteidigerin von diesem Vorfall unterrichtet wird.
Ich bin zu keinem Zeitpunkt von der Verlegung unterrichtet worden.

Seit dem 26.März 1987 etwa 14.5o Uhr befindet sich mein Mandant wieder in seinem Haftraum.

Ich bitte diesen Vorfall vollständig aufzuklären.
Ich bitte weiter um Mitteilung, ob Sie von der Verlegung unterricht worden sind oder ob Sie die Verlegung angeordnet haben.

Schließlich bitte ich darum, mit dem Leiter der JVA Bochum für die Zukunft sicherzustellen, daß derartige Vorfälle sich nicht wiederholen.
Es erübrigt sich, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß für die Verlegung in den Bunker sowie für die Versagung des Verteidigerbesuches k e i n e r l e i gesetzliche Grundlagen vorhanden sind noch waren.

Gleichzeitig setze ich Sie in diesem Zusammenhang davon in Kenntnis, daß mir ein Beamter der JVA Bochum am 2o.März 1987 erklärt hat, Sie als Ermittlungsrichter hätten angeordnet, das Anbahnungsgespräch mit meinem Mandanten müsse überwacht durchgeführt werden.

Diese Auskunft war nachweislich falsch und läßt offensichtlich Rückschlüsse auf die Gepflogenheiten in der JVA Bochum zu.

Hochachtungsvoll

Krause
Rechtsanwältin

abschrift

brief von thomas, gefangener aus dem antiimperialistischen widerstand

bochum, 26.3.87

...

ich schreib dir mal auf wie das mit dem bunker gelaufen ist.
sonntag 22.3.87 , 9.3o uhr - hofgang.
ich hab zuerst nur ein paar runden gedreht, -kein sport.
während ich hofgang mache,tauschen im obersten stock 2 gefangene mit hilfe eines besenstils und plastiktüte tabak aus und unterhalten sich angeregt. ich erwähne das nur, um die situation zu verdeutlichen, dann ,ca. 1o uhr macht ein anderer sozialer gefangener sein zellenfenster auf und fragt mich, wie lange ich denn arrest hätte.(hat bestimmt gedacht, weil ich alleine hofgang mache hätte ich arrest). ich sag, daß ich keinen arrest sondern u-haft habe wegen 129a,te-vereinigung. da kommen die schließer, sagen:" so, sie haben geredet. jetzt wird der hofgang abgebrochen, wir gehen wieder rein." ich sag:"wieso? was soll denn das, ich will weiter hofgang machen." die schließer:" weil ich das sage. sie haben geredet." ich will weiter meine runden gehen, da packen sie mich beide links und rechts am arm und wollen mich abführen. ich schüttel sie ab und will weiter laufen. da rastet ein schließer total aus, schleudert mich durch die gegend, sagt:"du gehst jetzt rein, du schwein!" ... . in den knast rein geht eine treppe rauf, ca. 1o stufen mit podest vor der eingangstür. die stufen rauf und um das podest rum ist ein stahlgeländer. der schließer schleudert mich die treppe rauf. oben stößt er mich mehrere male mit voller wucht gegen das stahlgeländer. immer mit sprüchen wie:" du drecksau!du schwein!"begleitet. der nimmt dann meinen kopf in den schwitzkasten und schleift mich in den knast rein. wenn ich nicht aufgepasst hätte, hätte der meinen kopf noch gegen die stahltüre gehauen. ich werde dann weiter geschleift und in ne bunkerzelle gestoßen. da kommen noch 5-6 schließer dazu.bauen sich vor mir auf. einer vorneweg mit gummiknüppel in der hand. (ich glaub der hatte unter der jacke am gürtel noch ne knarre gehabt,bin mir aber nicht sicher) schreit mich an:" so alles ausziehen", die haben mir dann andere anstaltsklamotten hingeworfen, die strümpfe konnte ich behalten, und sagten:" so jetzt können sie sich erstmal beruhigen." zelle zu. ich hatte an: unterhose und hemd, pullover, oberhose und strümpfe. die zelle ist circa 4,3om lang und 3,5o m breit. der boden und die wände sind gekachelt. die zelle hat ein fenster, das nicht zu öffnen ist. auf dem boden ist ein loch zum pissen und scheißen. die zelle ist 24 std. beleuchtet und hat zwei türen. auf dem boden liegt eine dünne schaumstoffmatratze und zwei wolldecken. kurze zeit später kommen drei leute und ein schließer an die türe. zwei mit weißen kitteln und einer

zivilkleidung. ein weißkittel sagt, er wäre arzt, fragt, ob ich irgendwelche verletzungen hätte. sagt:" ich muß mich ja um meine schäfchen kümmern. " beim rausgehen sagt der eine in zivil:" einen schönen tag noch." dann mittags geht die zellentür auf, der selbe schließer wie morgens kommt rein - immer noch mit gummiknüppel in der hand - und bringt mittagessen. ich frage, wie lange ich in der zelle bleiben soll. er:" keine ahnung, das entscheidet der anstaltsleiter." dann die nächsten tage immer der gleiche ablauf. morgens frühstück, dann kommt der arzt in zivil und ein weißkittel und zwei schließer - einer an der tür, einer wartet draußen. der arzt macht immer zynische bemerkungen:" na, wie gehts denn so, ist es nicht langweilig so alleine." beim rausgehen sagt er:" bis morgen einen schönen tag noch." dann kommt der für mich zuständige abteilungsleiter schäfer:" na, wie siehts aus." ich sag ihm, daß ich auf meine alte zelle will, und daß ich verlange, daß meine anwältin von der maßnahme informiert wird.. er sagt:" auch so!". und geht wieder. ich frage ihn, wie lange ich in der b-zelle bleiben soll, er sagt: "ich weiß noch nicht mal sehen." und dann abends noch einstullenpaket. und dann jeden tag das selbe szenario. ich hab mich die ganzen tage von sonntag 22.3., circa 10 uhr bis donnerstag 26.3, circa 14 uhr 40 nicht winmal waschen könne, klopapier hab ich erst auf nachfragen am zweiten tag bekommen. die b-zelle war direkt neben so einem heizungsgebläseraum. das war die ganze zeit dann so, daß ein ständiger tösender lärm herrschte. in der zelle waren so komische käfer, die kamen aus dem loch im boden gekrabbelt und silberfische,

so das wars. liebe grüße thomas

Haftbedingungen hart, Beweislage mager

Drei Duisburger seit acht Monaten bei strenger Isolation in U-Haft / Vorwurf: Anschlag auf Bundesgrenzschutzkaserne

TAZ 22.04.1987

Bochum (taz) — Einen „Fahndungserfolg im Kampf gegen die RAF" meldete die Bundesanwaltschaft (BAW) im vergangenen August. Drei Duisburger „illegale Militante" seien ins Netz gegangen, hieß es. Obgleich die Beweislage, die diesen Verdacht stützen soll, dünne ist, sitzen Bärbel Perau, Robert Hofmeier und Thomas Thoene seit rund acht Monaten in Untersuchungshaft. Ihnen wird vorgeworfen, am 11.8.'86 drei Sprengsätze an der Kaserne des Bundesgrenzschutzes in Swisttal-Heimerzheim gezündet zu haben. Noch im gleichen Monat wurden die drei Duisburger verhaftet. Zusammen mit einem weiteren, seit März diesen Jahres Inhaftierten sollen sie eine terroristische Vereinigung nach § 129 a StGB gebildet haben. Auf alle vier wird das Haftstatut für politische Gefangene angewendet. Das bedeutet unter anderem strenge Isolation, Besuche, auch der Anwälte, nur mit Trennscheibe. Für Bärbel Perau und Norbert Hofmeier, die zwei kleine Kinder haben, sind diese Haftbedingungen besonders unerträglich. Die Besuchssituation mit den Kindern, maximal zwei Stunden im Monat in einer fensterlosen Zelle unter Aufsicht eines Beamten des Landeskriminalamtes, ohne Spielzeug etc., führt zur Entfremdung zwischen Kindern und Eltern. Dieser Situation steht eine so magere Beweislage seitens der BAW gegenüber, daß Michael Gödde, der Anwalt von Hofmeier, die sofortige Freilassung der Beschuldigten fordert: vage Zeugenaussagen über ein Motorrad und einen VW-Bus, die am Tatort gesehen wurden. Fahrzeuge, wie sie nicht nur diese vier Leute besitzen. Dennoch ordnete die BAW erst kürzlich weitere Haftfortdauer an.

coka

angelika goder, gefangene aus der guerilla, hat seit jahren ein hüftleiden. im juni letzten jahres solte sie deshalb operiert werden. der op-termin war schon angesetzt, zu den "regulären sicherheitsmaßnahmen" für die op stellte der staatsschutzdie bedingung, daß 24 stunden ein bewacher/in im krankenzimmer anwesend sein soll. unter diesen bedingungen lehnte angelika die operation ab.

"es ist klar, worum es geht: die schweine wollen angelikas krankheit ausnutzen, um eine verschärfte ausforschung an ihr durchzuziehen. die anwesenheit der wachfrau im krankenzimmerbedeutet konkret, daß angelika beim aufwachen aus der narkose und danach der permanenten konfrontation mit der bewachung ausgesetzt ist. das heißt dauerstress. jede regungvon ihr nach der operation soll überwacht und ausgewertet werden. ...
angeilka hat draußen für ein selbstbestimmtes leben gekämpft, sie kämpft als gefangene unter traktbedingungen weiter für dieses ziel, für die zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand, für freien austausch / komunikation mit uns draußen. die krankheit ist für angelika konkrete bedingung in ihrem kampf um selbstbestimmung und kollektivität, eine beeinträchtigung ihrer lebens- und kampfbedingungen. sie will jetzt die operation, um wieder besser gehen zu können und um für sich eine situation zu verändern, in der sie durch die andauernden schmerzen beeinträchtigt wird."

am 26.3.87 findet im landgericht moabit, im sicherheitsbereich, raum 701 um 9. 00 uhr ein prozeß gegen angelika statt.
es geht um "widerstand gegen die staats ...", weil angelika als sie von der keankengymnastik kam, eine zusätzliche durchsuchung / kontrolle verweigert hat.
als reaktion auf die angefangene mobilisierung zu angelikas forderung wollen sie mit dem prozeß angelikas "gefährlichkeit" dokumentieren und so ihre begründung für die dauerüberwachung im krankenzimmer stützen. gleichzeitig soll die juristisch festgestellte "gefährlichkeit" zusätzliche kontrollen und zellenrazzien gegen die gefangenen (hier im trakt angelika, gabi und moni) legitimieren, wie sie in den letzten monaten schon verstärkt gelaufen sind.
die diskussion und die politische auseinandersetzung um angelikas forderung und die forderung nach zl der gefangenen aus der raf und dem widerstand wird parallel kriminalisiert. bei einer durchsuchung in einer kneipe wurde das plakat zu angelikas op nach 129 a beschlagnahmt und gegen einen buchladen ein 129 er verfahren wegen herstellung und vertreib des plakats eingeleitet (das inzwischen aber wieder eingestellt ist).
wir freuen uns auf den prozeß!
wir sehen ihn als möglichkeit, angelika nach den vielen diskussionen um ihre forderung zu sehen und mitzukriegen und ihr rüberzubringen, daß sich für uns an der auseinandersetzung mit ihrer situation wieder ein stück mehr nähe zu ihrem kampf und zum kampf aller politischen gefangenen entwickelt hat.

ganz zu anfang unserer auseinandersetzung mit der op und angelikas forderung haben wir noch hauptsächlich auf das geguckt, was die schweine da vorhaben: die krankheit auszunutzen, um von angelika unterwerfung unter ihre bedingungen zu verlangen. aber dann haben wir mehr und mehr begriffen, daß angelika ihre forderung aus der geschichte ihres kampfes, aus ihrer revolutionären identität heraus bestimmt, daß es ihr darum geht, sich auch an diesem punkt, dem umgang mit iherer krankheit als lebens- und kampfbedingung, selbstbestimmten handlungsraum zu erkämpfen, ihren willen und ihre identität auch dann durchzusetzen, wo die schweine versuchen, ihr ein stück davon abzubrechen.

angelikas forderung ist teil des kampfes, den die gefangenen in den brd-knästen seit 17 jahren gegen das isolations- und vernichtungskonzept des staates führen, für selbstbestimmung, für die weiterentwicklung des revolutionären prozesses.
die gefangenen kämpfen für ihre zusammenlegung, sie wolen das kollektiv. sie wollen es für die komunikation und auseinandersetzung miteinander, für die behauptung und weiterentwicklung ihrer revolutionären identität und vorstellungen. gleichzeitig ist es entwurf der neuen gesellschaft: es ist unter den extremen bedingungen des knastes die verwirklichung der struktur, in der es möglich ist, selbstbestimmte, bewußte beziehungen zu entwickeln, die vorstellung von einem anderen leben.
da kommt es zusammen mit dem, was wir selber in unserer eigenen geschichte des widerstands in allen unseren kämpfen erfahren:
das bedürfnis und die notwendigkeit, im kampf gegen die pläne und projekte der schweine , gegen den ganzen dreck von isolation, entfremdung und gehirnwäsche, kollektive strukturen zu entwickeln und daraus die stärke zu ziehen, an jedem punkt unsere identität, unsere vorstellungen von revolutionärer moral, von dem wie wir es anders haben und leben wollen, durchzusetzen.
wir wollen an konkreten zielen revolutionäre perspektive entwickeln. wir wollen wegkomen vom reagieren, vom aneinanderreihen von kurzfristigen mobilisierungen, die vielen spontanen ansätze und die unberechenbare kraft der revolte zu der bewußten entscheidung bringen, uns selber ernst zu nehmen mit unseren zielen, vorstelungen und möglichkeiten und den gesamten revolutionären prozeß verantwortlich mitzuformen. d.h. - gerade auch im hinblick auf das, was hier in berlin für dieses jahr alles ansteht - an jeder initiative, jedem punkt zu bestimmen, wie weit wir daran einen schritt für uns selbst und in der gesamten entwicklung zur revolution weiterkomen.
der kampf der gefangenen ist uns darin orientierung und immer wieder antrieb, weil sie das für ihre situation in dem ziel zusammenlegung konkretisiert haben und seit jahren dafür kämpfen.

Staatsschutzprozess gegen militanten Widerstand

Zum Verfahren gegen Isabel, Horst u.a. in Hannover

Am 29.4. beginnt der Prozeß gegen Isabel, Horst und Ralf vor der Großen Strafkammer des Landgerichtes in Hannover wegen § 311 (Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion) u.a., z.B. Waffengesetz und Kriegswaffenkontrollgesetz; konkret wegen zwei Anschlägen auf die Messe-AG und das Haus des Niedersächsischen Einzelhandelverbandes sowie eines angeblich geplanten Anschlags auf das Niedersächsische Wirtschaftsministerium.

Im Zentrum der Anklage steht der Anschlag gegen die Messe-AG am 2.Juni 1985, bei dem Jürgen-durch technischen Fehler- tödlich verletzt wurde.
Zwei Tage später zogen BKA und BAW die Ermittlungstätigkeiten

wegen Verdacht einer Straftat nach §129a an sich.
Aufgrund persönlicher Beziehungen zu Jürgen wurde sofort nach Isabel gefahndet. Nun suchten die Ermittlungsbehörden nach einer dritten Person, die für das Konstrukt einer terroristischen Vereinigung notwendig ist. Diese fanden sie in Horst, der mit Jürgen zusammen wohnte. Isabel und Horst wurden in U-Haft gesperrt.
Im Zuge der 129a- Ermittlung wurde die Hannover- Szene durch eine Vielzahl von Hausdurchsuchungen und Zeugenvorladungen von der BAW aufgemischt. Den Ermittlungsbehörden ging es darum, Strukturen der autonomen Szene zu durchleuchten, Angst und Verunsicherung zu stiften.
Relativ spät entschloß sich eine Gruppe von Vorgeladenen, sich diesem Spiel zu entziehen und sich nicht zum Zeugen der Anklage machen zu lassen, indem sie sich entschlossen, prinzipiell keine Aussagen gegenüber der Staatsanwaltschaft zu machen. Dies drohte Beugehaft an, letztlich wurden Strafbefehle von 200,- bis 300 DM erlassen.

Horst wurde nach vier Monaten, Isabel nach neun Monaten U-Haft rausgelassen. Nach Isabels Entlassung wurde der §129a, der das gesamte Ermittlungsverfahren mit all seinen Folgen legitimierte und offensichtlich seine Funktion erfüllt hatte, aus dem Anklagekatalog gestrichen. Das ganze Verfahren wurde vom Oberlandesgericht dem Landesgericht zugeschoben: die BAW mußte damit das Verfahren abgeben. Zuständig ist seither der örtliche Staatsanwalt Borchers, mit dem sich die Linke hier in Hannover schon seit 2 Jahrzehnten herumzuschlagen hat.
Diese vordergründige "Entschärfung" der politischen Brisanz der Anklageschrift läßt die Frage offen, was und wer hier warum angeklagt wird, welchen Erfolg sich der Staatsschutz von der erhofften Verurteilung verspricht!

Durch die U-Haft und den öffentlichen Rummel um die sogenannten "Wirtschaftswunderkinder" ist das Gericht quasi vorprogrammiert zu verurteilen, um die Verfolgungsmaßnahmen zu legitimieren.
Die Funktion einer Verurteilung wird sich nahtlos einreihen in das abgestufte Maßnahmekonzept des imperialistischen Staates BRD, mit denen er die revolutionäre Linke von der Tagesordnung wegwischen will.

Prozesse gegen Genossen aus den Ansätzen und Versuchen revolutionärer Organisierung und autonomer Bewegung müssen wir als Angriffe auf uns alle sehen. Horst und Isabel sind unmittelbar vom Knast betroffen, d.h. gemeint sind sie nicht als Personen, sondern ihre Inhalte. Der Justizapparat ist durchaus in der Lage, ein differenziertes Programm des Aus-dem-Verkehr-Ziehens zu handhaben. Diese Methoden reichen von Vernichtungsstrategien durch Folter und Ermordung in Hochsicherheitstrakten (also physischer und psychischer Vernichtung) bis hin zu "Verhandlungsangeboten". Die 'Beschuldigten" sollen ihre Identität abschwören, sollen sich von revolutionären Inhalten und Kampfformen distanzieren oder zumindest auf der Ebene der Klassenjustiz mitspielen und ein "Geständnis" ablegen und erhalten dann den Bonus "mildes Urteil".
Die Drucksituation von Gerichtsverfahren und der Drohung Knast wird ausgenutzt, um ihre Ziele (Integration, Spaltung oder Vernichtung der Widerstandsbewegung) durchzusetzen.
Dadurch versuchen sie den Widerstand als korrumpierbar, als schwach, spaltbar und marode darzustellen.
Der Schuldbegriff, mit dem die Klassenjustiz uns kriminalisiert, dient nur der Verschleierung der Ursachen, auf die sich Herrschaft und (imperialistische) Unterdrückung begründet.
Nur unsere solidarische Unterstützung der Betroffenen kann dies unterlaufen und verhindern.

Bei dem Anschlag auf das Verwaltungsgebäude der Messe-AG ist ein Genosse gestorben. Wir werden nicht zulassen dürfen, daß er -posthum- auf die "Anklagebank" gezerrt wird. Wir hatten immense Schwierigkeiten, mit dem Tod von Jürgen umzugehen, waren kaum zu mehr als bürgerlicher Trauer in der Lage.
Des weiteren sind im Verfahren gravierende Fehler und Schwächen der Linken deutlich geworden. Es wurde u.a. leichtfertig mit der

Verantwortlichkeit füreinander im politischen Handeln umgegangen. Mit diesen Widersprüchen werden wir uns auch im anstehenden Prozeß auseinandersetzen müssen,- Fehler und Schwächen in der Organisierung der revolutionären Linken.
Was wir lernen müssen, wenn wir an der Perspektive eines kontinuierlichen revolutionären Prozesses arbeiten ist, uns und denen, die wir erreichen wollen, Inhalte, Form und Ziele unseres Kampfes genau zu vermitteln.
Im Gerichtssaal wird hauptsächlich der Anschlag gegen die Messe-AG verhandelt werden. In Hannover liefen z.B. Kämpfe gegen einzelne Veranstaltungen und Projekte auf dem Messegelände (IDEE, Schlesiertreffen), aber nicht gegen die Messe-AG als sichtbarer Ausdruck BRD-imperialistischer Politik. Selbst bei der Kampagne gegen die politische Funktion des "Partnerlandes Türkei" auf der Hannover- Messe 1985 wurde nicht die Messe an sich als größte Industriemesse der Welt in ihrer immensen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung thematisiert, obwohl sie ein Knotenpunkt der Entwicklung der kapitalistischen Technologie ist.

Zu den zeugenvorladungen gegen 4 genoss-inn-en aus dem revolutionären widerstand

In Duisburg haben sich in den letzten 2 1/2 Jahren viele Sachen getan, die die Perspektive von einer Gesellschaft, in der Menschen frei miteinander leben können näher gebracht haben. Die Erkenntnis, daß dieses Leben nur im und durch den Kampf gegen dieses menschenverachtende System möglich ist.
Es liefen Veranstaltungen zum Hungerstreik der politischen Gefangenen 84/85 und zur Freilassung von Günther Sonnenberg im Herbst `85. Briefkontakt zu Sieglinde Hoffmann, Gefangene aus der RAF, wurde aufgebaut. Der FAP-Landtagswahlkampf wurde den Faschisten unmöglich gemacht. Im Frühjahr 86 wurde das Haus vom Arbeitgeberverband und die BHF-Bank wegen Rebmanns Besuch in DU entglast. Nach dem Libyen-Angriff der US-Imperialisten wurde eine Opel-Niederlassung mit Mollis angegriffen. Nach Brokdorf bzw. Kleve wurde eine RWE-Beratungsstelle auf seine Hitzebeständigkeit überprüft (Mollis). Ne starke autonome Antifa-Demo + Infoladeneröffnung im Juni 86, kleinere Veranstaltungen zB. zum Libyen-Angriff und zum kurdischen Befreiungskampf.
Etwa eine Woche nach der Verhaftung von Thomas R., dem vierten pol. Gefangenen aus Duisburg(11.3.87) haben drei Leute aus Duisburg und eine Frau aus Oberhausen Vorladungen zum Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof nach Karlsruhe gekriegt. Dieselben 4 Leute haben im Herbst 86 kurz nach den ersten 3 Verhaftungen von Thomas T., Bärbel und Norbert bereits Vorladungen vom LKA-Baden-Würtemberg zum duisburger Bullenhauptpräsidium erhalten. Ermittlungsgegenstand ist ein 129 a-Verfahren gegen Unbekannt, was sich auf einen Brandanschlag gegen eine Bank in Stuttgart der im April 86 lief bezieht. Dieser Anschlag stand im Zusammenhang mit dem Mord an Erna Sielke an der WAA, Wakkersdorf. Aufhänger für die Vorladungen ist ein Urlaubsbrief, den die 4 an Thomas T. geschrieben haben sollen, der bei der Hausdurchsuchung und seiner darauffolgenden Festnahme beschlagnahmt wurde.

Diese Vorladungen reihen sich ein in die Staatsschutzangriffe gegen den Widerstand in Duisburg.

- 13./14.8.86 die Verhaftung von Norbert, Thomas T. und Bärbel
- Ende August86 gewaltsame Entfernung (Knüppel,CS-Gas) eines Transparentes, was Genoss-inn-en an ihre Hauswand befestigt hatten, worauf die Freilassung von den dreien gefordert wurde
- Hausdurchsuchung bei Leuten, die das s'Blättle in den Knast geschickt haben
- Prozeß gegen Michael wegen Körperverletzung, Widerstand und Landfriedensbruch wegen der Libyen-Demo in Bonn - 9 Monate auf 3 1/2 Jahre Bewährung
- 11.3.87 Verhaftung von Thomas R., den sie in die Konstruktion der "terrorist. Vereinigung von N.,B.,T." einreihen; ihm und noch anderen, die noch offen sind, wollen die Pigs den Anschlag auf das Fraunhofer Institut unterjubeln
- gleichzeitig zu der Verhaftung von Th.R. wurden 2 Leute aus dem weiteren Umfeld der duisburger Scene festgenommen und nach Karlsruhe zum BGH zum Verhör gebracht.Die beiden standen unter dem Druck des Tatvorwurfs, die Anschläge in Leverkusen und Oberhausen begangen zu haben. Mit diesen Festnahmen reagierten sie unmittelbar auf diese militanten Angriffe gegen die Volkszählung. Zum anderen dient diese Maßnahme der Aushorchung der Duisburger Scene.
- Th.R. sitzt seit dem in Haft, die beiden anderen sind nach 40 Std. rausgekommen (es gab eine Alibi), die Ermittlungen laufen weiter
- permanente Observation durch die Bullen und verstärkte Bullenpräsens im Stadtteil
- Hausdurchsuchung am 23.4.87 bei

der ehemaligen Freundin von Thomas T.

Soweit zu dem was draußen läuft. Im Knast läuft die Gewalt für jeden individuell nach Maß.
- 24-Punkte-Programm gegen alle, was totale Iso bedeutet
- Druck auf Norbert und Bärbel wegen ihren 2 Kids ua. mit dem Vormundschaftsgericht, was sie aber nicht durchgezogen haben/konnten
- LKA-Terror gegen Thomas T.
- Zerschlagen von anfangenden Kontakten zu sozialen Gefangenen
- ständiger Hofgangabbruch gegen Bärbel
- politische Auseinandersetzung(Bedingung für Weiterkommen, Kämpfen, Überleben) werden im großen Rahmen zensiert
- bisher 3 Besuchsverbote
- Besuche bei den Gefangenen werden teilweise nur noch zugelassen, wenn mensch sich vorher den Fragen der LKA-Bullen unterwirft d.h. Kontaktsperre hintenherum

Es geht den Herrschenden um die Zerschlagung von Widerstand in Duisburg mit einer kleinen Scene (ähnlich wie in Detmold). Das steht im Zusammenhang mit staatlichen Angriffen gegen die gesamte Breite von Widerstand in der BRD als Reaktion auf die Entwicklung der Kämpfe gerade in der letzten Zeit. Eine wichtige Entwicklung ist es, wegzukommen von den "Ein-Punkt-Bewegungen", einzelne Schweinereien des Systems nicht mehr isoliert zu bekämpfen, sondern in den Zusammenhang des imperialistischen Systems zu stellen und als Ganzes anzugreifen. In allen Teilen des Widerstandes entwickeln sich militante Angriffe zum integralen Bestandteil des politischen Kampfes. Das drückt den Willen und die Möglichkeit aus, hier revolutionäre Gegenmacht zu organisieren. Wichtig dafür ist die Auseinandersetzung und das Aufeinanderzubewegen innerhalb des Widerstandes dafür die offene Diskussion, um mehr voneinander mitzukriegen und Gemeinsamkeiten klarzumachen. Daß der Widerstand sich näher kommt und somit die Isolation der Kämpfe voneinander aufbricht, wird daran deutlich, daß sie sich aufeinander beziehen, ineinanderübergreifen, gemeinsame Perspaktiven entwickeln.

Genau gegen diesen Entwicklungsprozeß schlägt dieses System, das auf Vereinzelung, Konkurrenz und Leistungsdenken aufbaut zurück. Veranstaltungen werden kriminalisiert, verboten, zerschlagen, wie zuletzt die Palästina-Veranstaltung in München(mit 129a) und die BUKO. Besetzte Häuser werden geräumt(Köln, Göttingen,Bochum), Infoläden durchsucht und geräumt, Zeitungen kriminalisiert und beschlagnahmt (Freiraum, Radikal, s'Blättle ua.).

Der Staatsschutzterror gegen die Duisburger Scene zielt auch gegen diese Entwicklung in der Stadt: Diskussion beim Kongress in Frankfurt, Infoladeneröffnung, Diskussionsveranstaltungen... Mit der Eschhausschließung nehmen sie einen Treffpunkt weg, klauen ein Stück unserer Subkultur und große Räume für Veranstaltungen und Treffen. Leuten,die Erklärungen lesen, wird die Ausführung vorgeworfen wie bei Bärbel, Norbert und T.T., denen sie jetzt ua. versuchen den BGS-Anschlag anzuhängen, weil sie die Erkl. bei ihnen gefunden haben sollen.

Die Verhaftungen der Genossen/-in in Duisburg sind Vergeltungsschläge, stellvertretend für den gesamten Widerstand. Sie nehmen sich Geiseln aus dem legalen Widerstand, weil sie die Kämpfenden Einheiten und Zellen und die Guerilla nicht kriegen können. Indem sie jeden Ansatz von entschlossenem, kompromißlosem Widerstand als "terroristisch" verfolgen, wollen sie diesen isolieren. Sie verdrehen die Inhalte und drohen den Kämpfenden mit hohen Haftstrafen (ua. Erhöhung des Strafmaßes bei §129a) und wollen andere dadurch abschrecken, sich mit den Kämpfen auseinanderzusetzen und zu solidarisieren. Die Staatsschutzangriffe haben damit auch eine präventive Funktion: gegen die Möglichkeit, daß sich die unzufriedenen, ausgegliederten Bevölkerungsschichten, wo die Loyalität und Identifizierung mit dem Staat wegbricht, an den entschlossenen, revolutionären Kämpfen mobilisieren und gegen die Herrschenden für ihre Interessen kämpfen. Ein weiteres Ziel der duisburger Verhaftungen ist es, die pol. Gefangenen zu isolieren. Die Besuche bei Sieglinde H., Gef. aus der RAF, werden in den Haftbefehlen erwähnt. Besuche bei Gefangenen aus der RAF sollen kriminalisiert und damit den Gefangenen die politische Auseinandersetzung entzogen werden.

Insgesamt wollen sie mit ihren Angriffen die staatliche Übermacht demonstrieren, uns spalten,isolieren, einschüchtern und uns die Hoffnung auf Veränderung nehmen. Mit den Vorladungen wollen sie uns unter der Androhung der Beugehaft dazu zwingen, mit dem Staatsapparat zusammenzuarbeiten und uns den "Spielregeln" der Klassenjustiz zu fügen. Das heißt, wir sollen ihnen die Beweise liefern, mit denen sie unsere Genoss-inn-en in die Knäste sperren und Informationen über die Strukturen im Widerstand. Damit kommen sie nicht mehr durch! Unsere Erfahrungen, Disk., Kämpfe, gerade auch in der gemeinsamen Auseinandersetzung um die Vorladungen vermitteln uns Vertrauen und Stärke, die wir der Vereinzelungs- und Einschüchterungstaktik der Herrschenden entgegensetzen.

ES WIRD KEINE ZUSAMMENARBEIT GEBEN,
WIR MACHEN KEINE AUSSAGEN VOR DEM BGH!

Anfangs haben wir wegen Unklarheiten einzelner über taktisches Verhalten geredet(Teilaussagen,§55) und haben dabei festgestellt, daß es innerhalb der Regeln der Justiz keine Möglichkeit gibt, Aussagen zu machen, die sie nicht gegen uns und den Widerstand drehen können. Für uns war es wichtig, aus dem defensiven Verhalten rauszukommen, indem wir unsere Entscheidung nicht mehr an der Repression festmachen(Beugehaft, Ordnungsgeld..), sondern an unserm politischen Ziel. Wir wollen den eigenen Kampf zum Ausgangspunkt nehmen und uns klarmachen, daß es um die revolutionäre Entwicklung geht, die die Imps immer versuchen werden zu vernichten. Es geht immer um die ganze Konfrontation zwischen dem Kampf um Befreiung und Imperialismus/Patriarchat. Da wollen wir für uns einen klaren Trennungsstrich ziehen und uns auf die Seite der um Befreiung kämpfenden Menschen stellen. Das heißt, wir lassen uns auf keinen Handel ein. Wir wollen uns nichts erkaufen, sondern uns im Kampf gegen die Angriffe auf den Widerstand durchsetzen. Nichts erkaufen bedeutet für uns, Schritt für Schritt zu lernen,keine Kompromisse mit dem Staat einzugehen um scheinbar besser wegzukommen. Zu gut kennen wir aus eigenenr Erfahrung das beschissene Gefühl, das wir hatten, wenn wir uns zB. bei früheren Prozessen oder in der Auseinandersetzung mit Bullen und LKA auf ihre Bedingungen eingelassen haben.
So sind 2 von uns zu der Entscheidung gekommen, nicht zum Termin nach Karlsruhe zu fahren. Dorthinzufahren wäre für die beiden schon ein defensives Verhältnis, aus dem heraus mensch vorm BGH erscheint - das Gefühl sich schon ein stückweit eingelassen zu haben, aus dem heraus es schwerer fällt, für sich die Initiative wieder zurückzugewinnen. Die andere hat es für sich so bestimmt, zusammen mit Genoss-inn-en nach Karlsruhe zu fahren, weil sie die Entscheidung der anderen nicht auf ihr eigenes Bewußtsein übertragen kann - es wäre aktionistisch, nechts wohinter ne klare politische Bestimmung steht. Somit Fassade nach außen und nicht die eigene Kraft. Diese Positionen sind gegenseitig akzeptiert und sind im kollektiven Prozeß gemeinsam entwickelt worden. Uns gings nicht um eine Einheit, die nur Fassade ist, welche die Pigs leicht zum Einsturz bringen können. Uns gings darum, dem Einschüchterungsversuch des BGH kollektiv entgegenzutreten.
Wir erfahren immer stärker, daß es wichtig ist, sich offen und solidarisch auseinanderzusetzen, d.h. die Situation gemeinsam zu begreifen und einzuschätzen ohne sich an den politischen Unterschieden und Einschätzungen zu zerfleischen, unterschiedliche Entwicklungen zu bewerten und die Angst vor der Repression zu verdrängen.
Kollektivität ist für uns notwendige Bedingung für den Kampf gegen das System - auf jedem Terrain. Somit auch für die gefangenen Genoss-inn-en in den NATO-KZs. Wir kämpfen mit ihnen gemeinsam gegen Isolationsfolter und Gehirnwäsche für die Durchsetzung der Zusammenlegung in große, selbstbestimmte Gruppen. Kollektivität ist die Zielvorstellung einer befreiten Gesellschaft: Gegen ein"Leben", das an den Profita und Machtinteressen des Kapitals und nicht an den menschlichen Bedürfnissen orientiert ist. Gegen Lohnarbeit,Fremdbestimmung, Kriege, Unterdrückung und Vernichtung von Menschen und Völkern, Rassismus, Sexismus, Isolation, Stumpfsinn. Ziel, d.h. für eine klassenlose,HEERschaftsfreie Gesellschaft, Kollektivität,Selbstbestimmung, Menschlichkeit, Solidarität untereinander, Kreativität, Liebe, Zuneigung.
Die Kollektive der Kämpfenden nehmen ein Stück vom anderen Leben, von der Revolutionären Perspektive vorweg im Kampf gegen das System. Sie sind die Keimzelle der neuen Gesellschaft.
Bruch mit dem System heißt nicht nur die Stützen und Machtzentralen des Imperialismus anzugreifen, sondern auch die verinnerlichten Strukturen und Verhaltensweisen, die dieses System ausmachen zu bekämpfen: Sicherheitsdenken(Beruf, Ausbildung, Rente, Versicherung..), Besitz- und Leistungsdenken, woraus Konkurrenzverhalten und Egoismus (zB. alleine weiterkommen, ohne andere am eigenen Lernprozeß zu beteiligen)entstehen, Gewalt gegen vermeintlich Schwächere, was sich zB. in Ignoranz und patriarchalen Machtverhältnissen ausdrückt
Wir denken, daß das hier noch nicht was Fertiges ist, weil viel von dem, was in der Diskussion unter uns aufgetaucht ist noch fehlt, weil es nicht ausdiskutiert ist, es noch zuviel Fragen und Unklarheiten gibt. ZB. wie wir unseren Kampf und die Angriffe auf den Widerstand hier im inernationalen Zusammenhang einordnen (Befreiungskämpfe, Counterstrategie, Umstrukturierungsprozeß...) und wie wir den Kampf gegen Patriarchat bestimmen. Uns gings jetzt darum, unsere Entscheidung, keine Aussagen zu machen und bei 2en nicht hinzufahren, nachvollziehbar zu machen und die Stärke, die wir dabei entwickelt haben,zu vermitteln. Wir wollen, daß die Vorladungen als Angriff auf den ganzen Widerstand verstanden werden. Über Vorladungen schafft sich der Staat Zugriff auf jeden im Widerstand. Und dagegen müssen wir uns offensiv durchsetzen.
Wir haben von anderen gelernt, die von Vorladungen betroffen waren und sich offensiv dagegengestellt haben (Hannover, Detmold) und wollen, daß andere an unserem Verhalten diskutieren.

Den Kampf gegen die Volkszählung als Kampf gegen die imperialistische Herrschaft führen !

Der BRD-staatsapparat versucht im mai 87 den 2.anlauf der volkszählung, nachdem der erste versuch 83 am druck der massenbewegung gescheitert ist. Sie machen diesen vorstoß

- weil sie eine computergerechte datengrundlage für die gesellschaftliche umstrukturierung brauchen
- weil sie hier gegenüber jeder und jedem einzelnen den anspruch des staates durchsetzen wollen, alle lebensbereiche auszuforschen, um sie den interessen von staat, kapital und militär zugänglich zu machen - weil sie klarstellen wollen, daß sie keine unkontrollierte und selbstbestimmte räume zulassen und jede verweigerung mit repression bekämpft wird

Die volkszählung steht im zusammenhang des gesamtgesellschaftlichen umstrukturierungsprozesses der metropolengesellschaft zu einem gebilde, daß sie zynisch "informations- und kommunikationsgesellschaft" nennen. Die imperialistische bourgeoisie will westeuropa als strategisches high-tech-wehrdorf, in dem sie alle gesellschaftlichen bereiche unter computergestützter kontrolle haben. Sie brauchen hier dieses gesicherte zentrum, um dem druck der kämpfe gegen das imperialistische system in aller welt und der sich verschärfenden ökonomischen krise (verschuldung, grenzen des weltmarkts) standhalten zu können.

Ihre strategie ist, durch massive forschungsprogramme wie sdi und eureka einen technologischen sprung zur sicherung ihrer herrschaft und profite zu vollziehen und gleichzeitig eine neue struktur des militärischen, ökonomischen und politischen apparats aufzubauen. Zusätzlich verstärken und vereinheitlichen sie den aufstandsbekämpfungsapparat und die militärmaschine, weil sie alle widersprüche, die sie mit ihren projekten aufreißen, damit im keim ersicken wollen.

Einige konkrete schritte dieser umstrukturierung sind:

- neugestaltung des produktionsbereiches, vorangetrieben von den großen elektronikkonzernen: high-tech-fabriken, roboterisierung, bildschirm(heim)arbeitsplätze, personalinfomationsysteme.
  Verbleibende arbeitsintensive produktionsbereiche werden ausgelagert in weltmarktfabriken in der 3.welt oder in zulieferklitschen, die hochspezialisiert und völlig abhängig von den konzernen sind und in denen unter den miesesten entgarantierten und aufgesplitterten bedingungen gearbeitet wird.
- der aufbau eines völlig neuen, weltumspannenden digitalen telephon- und computernetzes (ISDN), für das die bundespost den weltweiten technischen standard durchgesetzt hat. Sie schaffen sich damit nicht nur in den zentren die von der militär- und kapitalstrategie geforderte infrastruktur, sondern zwingen gleichzeitig die länder der 3.welt, ebenfalls ihre telephonnetze zu digitalisieren, was für die elektronikmonopole milliardenprofite und für die unterdrückten länder eine massive verschärfung der technologischen und ökonomischen abhängigkeit bedeutet.
- forcierung von weltraumprogrammen (hermes,euro-shuttle, ariane 5) und der aufbau einer europäischen weltraumbehörde mit dem ziel, westeuropa zur "3. weltraummacht" zu machen. Sie brauchen die weltraumtechnik für waffensysteme, fernmeldesateliten und high-tech produktion, die nur im schwerelosen weltraum möglich ist.
- für ihre ziele und großprojekte reicht das kapital und die technologische potenz der konzerne nicht mehr aus: der militärisch-industrielle-komplex, die großen autorüstungs- und elektronikkonzerne ballen sich zusammen. Sie bündeln und koordinieren ihre forschungsaktivitäten, gründen konsortien für großprojekte und gemeinsame tochterunternehmen (joint ventures) für strategische produktionsbereiche oder ballen sich zu ganz neuen konzernen zusammen, wie z.b. die gründung von "alcatel nv" wo mehrere westeuropäische und us-konzerne zum zweitgrößten telekommunikationsmulti der welt zusammengeschweißt wurden.
- die verzahnung der forschungsagenturen von hochschulen, kapital und militär, um die forschung zu effekivieren und die hochschulen vollständig den interessen von kapital und militär. Um diese politik zu vertuschen und durchzusetzen, werden die staatlichen gelder für hochschulen immer stärker zusammengestrichen, so daß schließlich konzerne und militär mit ihren "drittmitteln" als retter des bildungswesens erscheinen.
- abbau von schwerindustrie, insbesondere kohle, stahl und werften bis auf einige hochtechnisierte restbestände. Als folge dieser politik werden in den nächsten jahren z.b. im ruhrgebiet zehtausende von arbeitsplätzen abgebaut und die gesamte wirtschaftliche und soziale struktur umgestülpt.
- auf dem land werden unrentabel gewordene landwirtschaftliche betriebe ersetzt durch hochcomputerisierte agrarfabriken, in denen gentechnologisch erzeugte "nachwachsende rohstoffe" für die chemische industrie angebaut werden. Die eingesparten gelder für die subvention der nahrungsmittelüberproduktion soll nach den plänen der eg-strategen für die erweiterte eg-hochtechnologieforschung ausgegeben werden.
- hochtechnisierter aufstandsbekämpfungsapparat, direkter zugriff von bullen und geheimdiensten auf datenbanken (z.b.zevis), quergeschaltete innenministerien zur

"terrorbekämpfung", maschinenlesbarer personalausweis, mobiler datenfunk für streifenbullen...

- technologische aufrüstung der bundeswehr, gemeinsame westeuropäische rüstungsprojekte neues militärisches informationssystem, kampfroboter,..
- "neue medien", kabel- und satelitenfernsehen, BTX als "volksdatendienst" - für die manipulative steuerung und kontrolle des informationsflusses, für die verdummung und ruhigstellung der menschen in der einöde, dem elend und der vereinsamung in der metropolengesellschaft.
- volkszählungen und andere datenerhebungen (in der BRD z.b. über das gesundheits- und ernährungssicherstellungsgesetz) für die sozialtechnokratische kriegs- und krisenplanung. Damit sie mit dem computer errechnen können, wo und in welchem umfang sie knäste, bullen, sozialarbeiter und spielhallen brauchen; um all ihre differezierten maßnahmen zur spaltung der gesellschaft und optimierung der ausbeutung voher in einem "computersimulationsmodell" durchspielen zu können.

Gleichzeitig mit dem aufbau ihrer projekte zerstören sie die sozialen und ökonomischen strukturen der gesellschaft, erzeugen massenhaftes elend (wie z.b. über die aktuellen massenentlassungen im ruhrgebiet), um ihre vision der high-tech-gesellschaft als einzigen hoffnungsschimmer erscheinen zu lassen.

Doch ihre rechnung geht nicht auf!

Überall in westeuropa entwickeln sich kämpfe gegen die projekte dieses umstrukturierungsprogramms, so z.b. die starken kämpfe der schüler und studenten in frankreich und spanien gegen die umgestaltung den hochschulsektors oder die kämpfe der drucker in england gegen die automatisierung des zeitungssektors.

Wir begreifen den kampf gegen die volkszählung hier in genau diesem zusammenhang. Es mobilisiert uns und stärkt uns in unserem kampf, wenn wir die zusammenhänge erkennen und sehen, wie auch an anderen punkten und in anderen ländern menschen ihren kampf gegen die selbe strategie stellen, die wir hier bekämpfen !

Die auseinandersetzung um die volkszählung ist von ihrem charakter her von vornherein eine konfrontation zwischen staat und gesellschaft. Was die brisanz der boykottbewegung von 83 ausgemacht hat, war nicht das, was grüne und andere reformisten daraus machen wollten - eine bewegung für mehr datenschutz und für den liberalen staat. Sie war vielmehr ausdruck des massenhaften mißtrauens gegen den staat und seine projekte, ausdruck davon, wie brüchig die verbindung zwischen staat und gesellschaft bereits ist, auch wenn der widerstand an diesem punkt noch kleinbürgerlich, individualistisch und diffus geblieben ist.

Proletarisches klassenbewußtsein ist nicht etwas vorgegebenes, statisches, sondern entsteht in der konfrontation, im kampf gegen staat und kapital. Der kampf gegen die volkszählung hat eine besondere bedeutung, weil die volkszählung das tiefe eindringen des kapitals in das leben der menschen hier in der metropole markiert, - und weil sie jede und jeden einzelnen vor die entscheidung stellt, den eigenen lebensbereich für die pläne des staates offenzulegen oder aber sich zu verweigern und sich damit objektiv auf die seite des widerstands zu stellen.

Der erfolg der boykottbewegung von 83 konnte von den herrschenden nur mühsam durch das bundesverfassungsgerichts-urteil und die vorgeschobene reformistisch-kleinbürgerliche linie vertuscht werden. Während sie bei allen widerstandsbewegungen - gegen akw's, mittelstreckenraketen, starbahn-west, im häuserkampf ihre harte haltung aufrechterhalten haben und keinen millimeter zurückgewichen sind, - hier wurden sie zum taktischen rückzug gezwungen weil ihre einzige alternative die niederlage und der zusammenbruch des projekts gewesen wäre. Ihr problem ist, daß sie dem widerstand damit raum gegeben haben; daß daran der mythos von der unbezwingbarkeit des systems und der sinnlosigkeit von widerstand - der wichtigsten ideologischen säule ihrer herrschaft - ins wanken geraten ist. Deshalb waren sie gezwungen, die volkszählung abgesehen von einigen geringfügingen zugeständnissen an reformisten und datenschützer genau so wieder aufzufahren, wie sie 83 gescheitert ist - mit gesteigertem propaganda- und verdummungsaufwand, mit karateausbildung für die zähler und 10000 mark bußgelddrohung.
So ist es zuerklären, daß sie am tag nach den ersten militanten angriffen gegen die volkszählung in leverkusen und oberhausen willkürlich zwei menschen aus dem widerstand festnehmen und der öffentlichkeit als täter präsentieren - als blanke und hohle demonstration ihrer übermacht und als drohung gegen den militanten widerstand.
Der 2. versuch der volkszählung fällt in eine situation, in der ihre umstrukturierungsprojekte an verschiedenen punkten auf breiten und radikalen widerstand stoßen, - und in der sich der revolutionäre widerstand sich entscheidend nach vorn entwickelt hat. Was ihre größte angst ist, ist unsere perspektive: daß die kämpfe sich verbinden, aufeinander beziehen und teil einer umfassenden revolutionären strategie werden!

Die offensive der westeuropäischen revolutionären front seit dem letzten frühjahr richtet sich gegen die ökonomische, militärische und politische formierung westeuropas im imperialistischem gesamtsystem, in deren zusammenhang die umstrukturierung hier läuft. Wichtige angriffe dieser offensive waren die liquidierung des umstrukturierungsstrategen bei renault, georges besse, und der (fehlgeschlagene) angriff auf den für industrielle umstrukturierung zuständigen manager beim französischen arbeitgeberverband, guy brana, durch action directe und der angriff der raf auf den siemens-forschungschef beckurts. Dazu kamen die zahlreichen angriffe von militanten gruppen in der BRD auf strategische forschungszentren, rüstungs- und elektronikkonzerne und repressionsagenturen, wie z.b. das fraunhofer-laserforschungsinstitut in aachen, ibm-forschungszentrum, rüstungs-

konzern dornier, verfassungsschutz, bgs, elektronikkonzern westinghouse...
Hier in wuppertal hat im letzten august eine militante gruppe zwei lkw's zerstört, die für das verkabelungs- und digitalisierungsprojekt der bundespost (ISDN) eingesetzt wurden. Sie haben zu der bestimmung des angriffs geschrieben:

"wir begreifen den angriff als teil des kampfes gegen die strategischen projekte, mit dem ziel, sie zu blockieren und zu zerschlagen, bevor sie ihre faschistische wirkung voll entfalten können. (...)
Wo sie zum großen schlag gegen die metropolengesellschaft ausholen, mit isdn, volksverhör, computerperso und gestapo-gesetzen zum faschisierungsschub ansetzen, wird ihre schwäche offen, wenn sich der bröckelnde konsens mit der revolutionären initiative verbindet. Das ist der prozess, in dem ihr vorstoß sich gegen sie dreht und die revolutionäre front den durchbruch gegen ihre projekte schaffen kann.

Die ablehnung der menschen gegen ihre faschistische vision der "informationsgesellschaft", die sich konkretisiert in widerstand gegen die volkszählung computerperso, gestapo gesetzen, in der massenhaften verweigerung der verkabelung; (...)

der entschlossene und militante widerstand gegen atomprojekte als angriff gegen staat und atomindustrie;

und die tendenz zur vereinheitlichung der revolutionären kräfte zur front im praktischen prozess der strategiebildung, - das ist der boden, auf dem sich die kämpfe jetzt enwickeln können. Hier liegt im keim die möglichkeit der produktiven wechselwirkung zwischen massenbewegung, revolutionärem widerstand und guerilla, der prozess der entwicklung proletarischer gegenmacht."

Unser ziel ist, unseren eigenen kampf für ein kollektives und selbstbestimmtes leben gegen ihre projekte zu setzen, die auf isolation und vernichtung zielen, die den menschen in allen lebensbereichen zur ware und zum objekt der maschinerie machen.
Wenn sie sagen:"kommunikations- und informationsgesellschaft", dann meinen sie die "kommunikation" der maschinen, der kommando- und leitzentralen der militärs und konzerne.

Wir wollen die kommunikation der menschen miteinander und füreinander. Deshalb kämpfen wir gemeinsam mit unseren gefangenen genossen gegen die isolationsfolter und permanente ausforschung, für ihre zusammenlegung in große gruppen. Deshalb sind wir solidarisch mit dem kampf der bewohner von besetzten häusern und der hafenstr. in hamburg um kollektiven lebensraum. Deshalb kämpfen wir tag für tag für die entwicklung von kollektiven strukturen für den widerstand, gegen unsere eigenen macker-, besitz- und leistungsstrukturen. Nur so können wir die kraft und entschlossenheit erreichen, gemeinsam mit revolutionären und befreiungsbewegungen in aller welt das imperialistische system von aubeutung und vernichtung zu zerschlagen und gleichzeitig im prozess unserer eigenen befreiung mit dem aufbau der kommunistischen gesellschaft zu beginnen!

Einen gruß an alle revolutionären gefangenen, ganz besonders an Nathalie, Joelle, Jean-Marc und Georges, genossen aus action directe die vor ein paar wochen in frankreich gefangengenommen worden sind, und an Thomas, einem genossen aus dem antiimperialistischen widerstand in duisburg, der letzte woche unter dem fadenscheinigen vorwand der ihm vorgeworfenen mitgliedschaft in einer "terroristischen vereinigung" festgenommen worden ist!

KAMPF DER VOLKSZÄHLUNG -KAMPF DEM FASCHISTSCHEN PROJEKT DER "INFORMATIONSGESELLSCHAFT" !

FÜR DEN AUFBAU DER REVOLUTIONÄREN FRONT IN WESTEUROPA!

FÜR DIE ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND UND DIE FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG !

LW 23.3.87

Rom zu dem Mord an General Giorgieri

Das Verbrechen trägt den Stempel des internationalen Terrorismus / Verbindungen zu AD und RAF vermutet

Rom (dpa). – Der Mord an dem Luftwaffengeneral Licio Giorgieri am Freitag abend in Rom ist nach Überzeugung des italienischen Innenministers Oscar Luigi Scalfaro im Ausland geplant worden. Die linksterroristischen Roten Brigaden hätten im Auftrag der französischen „Action directe" (AD) und der deutschen Rote Armee Fraktion (RAF) gehandelt, erklärte der Minister nach Beratungen mit den Ermittlern Samstag abend in Rom: „Alles läßt darauf schließen, daß das Attentat auf General Giorgieri außerhalb Italiens beschlossen wurde. Das Verbrechen trägt den Stempel des europäischen Terrorismus."

Der Minister stützte sich bei dieser Mutmaßung vor allem auf die Tatsache, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich in den letzten Monaten mehrere Anschläge auf Männer verübt wurden, die an führender Stelle zwischen Militär und Rüstungsindustrie arbeiteten. Giorgieri, der Freitag abend auf offener Straße in Rom von zwei jungen Männern erschossen wurde, hatte eine wichtige Funktion in der Waffenbeschaffung der italienischen Luftwaffe. Darüber hinaus war Giorgieri verantwortlich für die militärische Zusammenarbeit auf internationalem Gebiet.

Scalfaro äußerte auch den Verdacht, daß die beiden jungen Männer, die von einem fahrenden Motorrad aus auf den General in seinem Dienstwagen schossen, keine eigentlichen Terroristen, sondern von den Roten Brigaden angeheuerte „Berufskiller" seien. Der Minister verteidigte sich gegen Vorwürfe, die italienischen Geheimdienste hätten in der Wachsamkeit gegenüber dem Terrorismus nachgelassen.

Auch der italienische Verteidigungsminister Giovanni Spadolini sprach von internationalen Verbindungen.

Spadolini, der sich direkt von einer Kabinettssitzung an den Tatort begeben hatte, erklärte, die Tat erinnere an die Ermordung des französischen Generals Audran, der im Januar 1985 von einem Kommando der französischen Terrororganisation „Action directe" bei Paris erschossen worden war.

Das Motorrad, das die Mörder benutzten, war nach den bis Sonntag vorliegenden Informationen das einzige Indiz, das zu ihrer Identifizierung führen könnte. Die „Gilera", die bald nach den Schüssen in der Nähe des Tatortes gefunden wurde, war nicht gestohlen. Die Maschine war vor einigen Monaten regulär gekauft und bezahlt worden. Dem Käufer war es jedoch gelungen, dem Vorbesitzer seinen Namen zu verschweigen.

Etwa eine Stunde nach dem Verbrechen ging ein anonymer Anruf in der Mailänder Redaktion der italienischen Zeitung „La Repubblica" ein, in dem sich eine Frau im Namen der „Vereinigung der kämpfenden Kommunisten" zu dem Anschlag bekannte. Sie erklärte, der General sei hingerichtet worden als „oberster Verantwortlicher für die Produktion von Waffen und Waffensystemen für die Luftwaffe und den Weltraum".

Die „Vereinigung der kämpfenden Kommunisten", eine Abspaltung der italienischen „Roten Brigaden", war im Februar letzten Jahres beim Anschlag auf Antonio da Empoli, Wirtschaftsberater des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi, in Erscheinung getreten. Damals wurde eine der Terroristinnen beim Schußwechel mit der Polizei getötet.

Spektakuläre Anschläge auf Militärs

Der tödliche Anschlag auf den italienischen General Licio Giorgieri war der bisher letzte einer spektakulären Reihe von Attentaten auf hohe Militärs in Westeuropa.

Am 31. Januar 1985 war der französische General René Audran vor seinem Haus in La Celle-Saint-Cloud bei Paris von Angehörigen der terroristischen Action directe erschossen worden.

Am 15. September 1981 wurde der Oberbefehlshaber der US-Landstreitkräfte in Europa, General Frederick Kroesen, bei einem RAF-Attentat durch Glassplitter leicht verletzt. Sein gepanzertes Auto war am Stadtrand von Heidelberg von einer Panzerabwehrrakete getroffen und erheblich beschädigt worden.

Am 25. Juni 1979 war der amerikanische NATO-Oberbefehlshaber, General Alexander Haig, in Belgien einem Anschlag entgangen: In der Nähe von Obourg explodierte ein ferngezündeter Sprengsatz nur Sekundenbruchteile, nachdem Haigs schwere Limousine die Mine überfahren hatte. Auch zu diesem Anschlag bekannte sich die RAF.

Zu den spektakulärsten Anschlägen auf Militärs gehört auch der Bombenanschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle" am 5. April 1986, der zwei US-Soldaten und eine Türkin das Leben kostete.

Am 11. Mai 1972 war bei einem RAF-Bombenanschlag auf das Hauptquartier des 5. amerikanischen Korps in Frankfurt ein US-Oberst getötet worden.

Ein Bombenanschlag auf das US-Hauptquartier in Heidelberg am 24. Mai 1972 hatte drei US-Soldaten das Leben gekostet.

Euroterrorismus jetzt in Rom

Schwächung und Spaltung der NATO als Nahziel

von Victor Willi (Rom)

Innenminister L.O. Scalfaro und die politischen Beobachter hegen keinen Zweifel mehr: Die Ermordung des italienischen Generals der Flugwaffe Licio Giorgieri erfolgte nach dem Ritual der Mafia – Überfall auf einer schlechtbeleuchteten Straße, Schüsse ins Wageninnere und Gnadenschuß zur Sicherstellung der Liquidierung –, stand aber im Dienste des international organisierten Terrorismus.

Der Hauptverantwortliche für die Anschaffung von hochqualifizierten Waffen für die italienische Armee hatte eine ähnliche Stellung inne wie der am 25. Januar 1985 erschossene französische General René Audran durch die französische Terroristengruppe „Action directe". Der seit 1984 – mit der Ermordung des Amerikaners Charles Hunt – in Gang gesetzte Euroterrorismus hat nichts oder nur indirekt etwas mit dem national engagierten italienischen Terrorismus der 70er Jahre zu tun.

Die Ermordung eines hohen Exponenten des Verteidigungsministeriums in Rom bedeutet für viele Italiener ein jähes Erwachen. Noch vor 5 Wochen, nach dem Überfall auf einen Postwagen in Rom durch ein Attentatskommando, meinten viele, es handle sich um das Überbleibsel eines längst überwundenen Terrorismus. Als Jean-Marc Rouillan, Chef der Action Directe, am 21. Februar erklärte, Italien sei die nächste Zielscheibe des internationalen Terrorismus, glaubten ihm nur wenige Italiener. Mit der Liqui-

dierung des italienischen Generals wird ihr Wunschdenken grausam korrigiert.

Verlorene Söhne der KPI mit neuer Zielsetzung

Die sich zur Ermordung des italienischen Generals bekennende Unione Comunisti Combettenti (Vereinigung Kämpfender Kommunisten) ließ gleich nach dem Attentat die öffentliche Meinung wissen: „Wir haben den Hauptverantwortlichen für die Konstruktion von Waffen und den Krieg im Weltraum hingerichtet." Die offensichtliche Zielsetzung aller sich seit 1984 regelmäßig bemerkbarmachenden Terroristengruppen ist die Spaltung und Schwächung der westlichen Verteidigung. Die Vereinigung Kämpfender Kommunisten trägt einen ähnlichen Namen wie die sogenannte Partei des Kämpfenden Kommunismus, die sich zum Überfall auf den Postwagen auf Rom vom 14. Februar bekannte. Beide Gruppen wollen sich – schon dem Namen nach – von der KPI unterscheiden. Die kommunistische Partei Italiens distanziert sich seit mindestens 14 Jahren resolut von der gewaltsamen Politik und bekennt sich mehr oder minder offen zu einem historischen Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien. In den Augen vieler Vertreter der 68er Generation bedeutete diese Politik Enrico Berlinguers einen Verrat an den revolutionären Anliegen des Proletariates. Sie sagten sich von der KPI los. Die Heißsporne und Fanatiker bildeten um Renato Curcio die Roten Brigaden.

Mochten vor 10 Jahren noch viele dieser Abtrünnigen der KPI geglaubt haben, wenigstens in Italien ließe sich das Volk für einen allgemeinen Aufstand gewinnen, so haben sich die meisten Mitglieder der alten Einheiten der Roten Brigaden im Laufe ihrer Gefangenschaft von dieser Zielsetzung distanziert und betrachten sie jetzt als bloße Utopie. Viele haben mit den Behörden zusammengearbeitet und dadurch maßgeblich zur Beseitigung des national orientierten, auf Umsturz bedachten Terrorismus beigetragen. So verbleibt den Uneinsichtigen vorderhand nur das Ziel einer Schwächung der atlantischen Bündnisgemeinschaft.

Ausnützen der Regierungskrise

Nach einigen politischen Beobachtern geht es der Vereinigung Kämpfender Kommunisten noch um zwei andere Ziele. Sie möchten – erstens – mit erfolgreichen Attentaten den terroristischen Geist im Lande wachhalten und den wankelmütigen Rotbrigadisten im Gewahrsam des Staates neuen Mut einflößen. Zweitens gelte es das Machtvakuum der gegenwärtigen auswegslosen Regierungskrise auszunützen. Nach dem liberalen Abgeordneten Salvatore Valitutti „gilt es sich zu fragen, ob der Terrorakt vom schwarzen Freitag nicht auch im Lichte der nicht mehr vorhandenen Fünfer-Koalition gesehen werden muß".



Monsieur Régis Schleicher
158 446 Z D5 D 406
7 avenue des Peupliers
91705 Sainte-Geneviève-des-Bois

Monsieur Claude Halfen
733 205 210 C
1 avenue de la Division Leclerc
94262 Fresnes Cédex

Monsieur Vincenzo Spano
731 407 Troisième Division 85
1 avenue de la Division Leclerc
94262 Fresnes Cédex

Madame Dominique Poirré
269 66M (C 112) F
avenue du Train de Loos
BP 26
59374 Loos Cédex

Madame Joëlle Aubron
N° 18 - 807 D 11 R
M.A.F.
9 rue des Peupliers
91705 Sainte-Geneviève-des-Bois

Monsieur Georges Cipriani
160 028 D 2
9 avenue des Peupliers
91705 Sainte-Geneviève-des-Bois

Madame Hellyette Bess
F 751060 PRL H.C.
1 avenue de la Division Leclerc
94262 Fresnes Cédex

Monsieur Nicolas Halfen
229 388 K 1/215
42 rue de la Santé
75674 Paris Cédex 14

Monsieur Jean Asselmeyer
222 597 DA 235
12 rue de la Santé
75674 Paris Cédex 14

Mademoiselle Nathalie Ménigon
n° 18-8080 D 11 R Cellule 11
M.A.F.
9 rue des Peupliers
91705 Sainte-Geneviève-des-Bois

Monsieur Jean-Marc Rouillan
767 158 1/95
1 avenue de la Division Leclerc
94262 Fresnes Cédex

ein weiterer schritt wurde in der internationalen zusammenarbeit der polizei getan: frankreich hat am freitagabend zwei italienische staatsbürger, paolo neri und luisa alouisini nach italien ausgewiesen. die beiden wurden wegen "terroristischen aktivitäten" verdächtigt. beim abstieg des flugzeugs in turin wurden beide von der polizei wegen "anregung zum bürgerkrieg" verhaftet. sie sind seit gestern in dem spezialgefängnis von sollicciano bei florenz inhaftiert. es ist das erste mal dass italiener opfer einer "baskischen" prozedur sind. die beiden wurden am letzten montag mit sieben anderen ihrer landsleute von der kriminalpolizei von versailles festgenommen. nach der untersuchungshaft wurden alle wieder freigelassen, da keine last gegen sie vorlag.

aber im innenministerium wollte man das nicht annehmen. zwei ausweisungsbefehle wurden nach der prozedur der "dringenden notwendigkeit" erlassen, mit dem motiv dass sie einer "organisierten und bewaffneten gruppe angehörten, die terroristische aktionen ausführt."

später haben sich gian-battista ferraglio, oliviero carera, guglielmo mazzochi, maurizio peli und davio toba zur polizeipräfektur begeben um ihre "verwaltungslage zu regeln". man hat ihnen erklärt dass sie sich von jetzt an in untersuchungshaft befinden würden, und dass sie jetzt anstatt einer aufenthaltsgenehmigung einen ausweisungsantrag nach der prozedur der "dringenden notwendigkeit" hätten.

libération 30/03/1987

die bedingungen unter denen die verhaftungen stattgefunden haben, zeigen dass die ausweisungsentscheidung auf keiner konkreten grundlage beruht: es handelt sich um eine politische entscheidung, die in der eile genommen wurde, während sich zur gleichen zeit einige italienische staatsanwälte in paris aufhalten und wo der italienische innenminister, scalfaro, seine ankunft bekanntgab.

ausschuss gefängnis unterdrückung 26/03/1987

Weitere Festnahmen in Barcelona

Italien beantragt Auslieferung mutmaßlicher Rotbrigadisten aus Spanien

Barcelona (AP) SDZ 28.4.87

In der spanischen Stadt Barcelona sind zwei weitere mutmaßliche Mitglieder der italienischen Terrororganisation Rote Brigaden festgenommen worden. Der Fahndungserfolg der Polizei steht im Zusammenhang mit den Ermittlungen, die nach der Ermordung des italienischen Generals Licio Giorgeri im März aufgenommen wurden. Schon am Vortag waren in Barcelona drei Personen, darunter der mutmaßliche Rotbrigadist Giuseppe Pallini, festgenommen worden. Am Sonntag beantragten die italienischen Behörden die Auslieferung Pallinis, der unter dem Verdacht steht, an der Ermordung Giorgeris beteiligt gewesen zu sein.

Die in der Nacht zum Montag Festgenommenen sind nach Angaben der spanischen Polizei der 43jährige Ricardo d'Este und dessen Freundin, die 28jährige Ladra Trevisano. Die Polizei erklärte, d'Este sei vermutlich einer der Gründer der Roten Brigaden. Er sei im Juni 1985 aus einem Gefängnis in Rom ausgebrochen, in dem er eine neunjährige Freiheitsstrafe wegen illegalen Waffenbesitzes und Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung verbüßte.

Der italienische Untersuchungsrichter Domenica Sica, der die Ermittlungen im Mordfall Giorgieri leitet, erließ Haftbefehl gegen Pallini. Mit dem 34jährigen Pallini nahm die Polizei am Samstag dessen Lebensgefährtin, die Spanierin Maria del Carmen Gonzalez, und den Italiener Silvano Nardulli in Gewahrsam. Zu dem Mord an General Giorgeri hatte sich eine Splittergruppe der Roten Brigaden, die „Union der kämpfenden Kommunisten", bekannt.

Sicherheitskreise sprachen von einem der „größten Schläge aller Zeiten gegen die Roten Brigaden". Die Beamten stießen auf zwei Wohnungen, die offenbar als Unterschlupf für die

mutmaßlichen Terroristen dienten, fanden dort aber keine Waffen. Die spanische Polizei geht davon aus, daß Beziehungen zwischen den Rotbrigadisten und der spanischen Terrororganisation ETA bestanden.

Italienischen Presseberichten zufolge gelang es drei weiteren mutmaßlichen italienischen Terroristen, sich am Samstag der Festnahme zu entziehen. Bei den Festnahmen von Barcelona hätten die spanische und die italienische Polizei zusammengearbeitet, hieß es. In den vergangenen zwei Wochen waren in Italien im Zuge der Ermittlungen im Mordfall Giorgeri bereits sechs Personen festgenommen worden. Nach einem Bericht des italienischen Staatsfernsehens hatten zwei der in Barcelona Gefaßten dort vor kurzem ein Pizza-Restaurant eröffnet, das sich zu einem Treffpunkt für Linksradikale entwickelt haben soll.

FAZ 28.04.1987

Ein neues „Zentrum des „Euro-Terrorismus" in Barcelona

Die Sicherheitskräfte vermuten, daß Barcelona ein Zentrum der Zusammenarbeit der Roten Brigaden, der baskischen Untergrundorganisation Eta, der französischen Organisation „Action Directe", der deutschen Roten Armee Fraktion und einer mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Verbindung stehenden Gruppe ist. Nach der Entdeckung mehrerer Luxuswohnungen, die den mutmaßlichen Terroristen als „Stützpunkt" gedient hätten, ist nach Darstellung der italienischen Zeitung „Corriere della Sera" offensichtlich geworden, daß in Barcelona ein Zentrum des „Euro-Terrorismus" entstanden sei. Man könne es nur mit dem vor einem Jahr in Paris enttarnten Spracheninstitut „Hyperion" vergleichen, schrieb die Zeitung. Die spanische Polizei hatte im April eine getarnte Druckerei sowie eine Pizzeria entdeckt, die möglicherweise als terroristische Treffpunkte dienten.

Der Fahndungserfolg der spanischen Polizei steht im Zusammenhang mit den Ermittlungen, die nach der Ermordung des italienischen Generals Giorgeri im März aufgenommen wurden. Die italienischen Behörden beantragten die Auslieferung des am Samstag gefaßten Giuseppe Pallini, der unter dem Verdacht steht, an der Ermordung Giorgeris beteiligt gewesen zu sein. Zu dem Mord an General Giorgeri hatte sich eine Splittergruppe der Roten Brigaden – die sogenannte Union der kämpfenden Kommunisten – bekannt. Die am Sonntag Festgenommenen sind nach Angaben der spanischen Polizei der 43 Jahre alte Ricardo d'Este und dessen Freundin, die 28 Jahre alte Ladra Trevisano. Die Polizei sagte, d'Este sei vermutlich einer der Gründer der Roten Brigaden. Er sei im Juni 1985 aus einem Gefängnis in Rom ausgebrochen, in dem er eine neunjährige Freiheitsstrafe wegen illegalen Waffenbesitzes und Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung verbüßte.

NZ 24.4

Teilerfolg der Terrorismusabwehr in Paris

Zwei Marokkaner unter Anklage

Der französischen DST-Spionageabwehr scheint ein neuer Teilerfolg in der Abwehr des Nahostterrorismus gelungen zu sein. Nach der vor einem Monat erfolgten Verhaftung von acht Angehörigen eines proiranischen Terroristennetzes schritt sie am vergangenen Wochenende zur Festnahme von fünf Marokkanern; drei von ihnen wurden wieder freigelassen, während zwei seither in Untersuchungshaft sitzen. Bei den Angeklagten handelt es sich um *Abdel Hamid Badaoui* und *Omar Agnaou.* Sie standen in Kontakt mit dem Tunesier *Fouad Ali Salah,* der als Chef der letzten Monat ausgeschalteten proiranischen Terroristengruppe bezeichnet wird. Diese setzte sich aus sechs Tunesiern sowie dem Libanesen Mohammed Mouhajer und einer Algerierin zusammen. Die beiden letztgenannten Angeklagten besitzen die französische Staatsbürgerschaft.

Anders als *Fouad Ali Salah* und *Mohammed Mouhajer* erwiesen sich die sechs in Untersuchungshaft sitzenden Tunesier als überaus *gesprächig.* Offenbar im Austausch gegen das Versprechen einer milden Strafzumessung gemäss den neuen Gesetzesbestimmungen für «reuige» Terroristen verhalfen sie der DST auf die *Spur* der nun angeklagten beiden Marokkaner. Diese sollen ihrerseits mittlerweile ausgesagt haben, dass Salah bei ihnen im März und September vergangenen Jahres *Säcke* und *Koffer* deponierte, die er dann jeweils kurz vor den Bombenattentaten des letzten Jahres in Paris zusammen mit einem noch immer flüchtigen Komplizen abholte, dessen Vorname Bassam lautet und dessen Signalement der Polizei bekannt ist. Auf die Verhaftung der beiden Marokkaner folgten am Mittwoch und Donnerstag die Festnahmen von einem Algerier sowie fünf Libanesen, von denen einer die senegalesische Staatsbürgerschaft besitzt. Gegen diese sechs Festgenommenen, die sich vorderhand noch in Gewahrsam der DST befinden, ist am Freitag noch kein Haftbefehl erlassen worden.

Der zum französischen Fahndungserfolg führende erste Hinweis war nach der Verhaftung der Brüder *Hamadei* aus der Bundesrepublik Deutschland erfolgt. Wie bei diesen wurde bei den Tunesiern der *Flüssigsprengstoff Methylnitrat* gefunden. Zusätzlich gaben sie auch an, vorübergehend den *Plasticsprengstoff Penthrit* gelagert zu haben, welcher bei den letztjährigen Bombenattentaten in Paris verwendet worden war. Ein materieller Nachweis der Verantwortlichkeit dieser Gruppe für die Anschlagswelle letzten Jahres scheint indes noch immer nicht erbracht. Immer auffälliger wirkt die Heranziehung von in Frankreich ansässigen maghrebinischen Einwanderern als Unterstützungsnetz durch Nahostterroristen. Darüber hinaus ergeben sich auch zunehmend Querverbindungen zwischen der libanesischen FARL-Terroristengruppe von *Georges Ibrahim Abdallah,* der in Frankreich nun eine lebenslängliche Gefängnisstrafe absitzt, und proiranischen Hizballah-Aktivisten sowie Agenten iranischer Regimefaktionen.

Zwei unvereinbare Linien
innerhalb der europäischen revolutionären Bewegung

Es wäre absurd zu meinen, das Problem, das sich gegenwärtig der europäischen revolutionären Bewegung stellt, die Existenz zweier divergierender Linien sei lediglich ein Problem für oder gegen die Partei; als würde man sich einer "Mode" anschließen, der Rekonstruktion der Kommunistischen Partei, der Partei der Arbeiterklasse. Das jedoch scheint die "antiimperialistische" Strömung darunter zu verstehen, so argwöhnisch, wie sie in Bezug auf alles sind, was nach Arbeiterklasse und kommunistischer Bewegung riecht.

Aber im Grunde handelt es sich um die Existenz von unvereinbaren Divergenzen (in der Einschätzung des Charakters der Revolution in Europa, des proletarischen Internationalismus, der politischen Organisierung der Massen, der Rolle und den Zielen des bewaffneten Guerillakampfes, der Strategie und Taktik, etc. In diesem Artikel wollen wir diese Unterschiede unter dem Gesichtspunkt des Marxismus untersuchen; das heißt, eingehend die ökonomischen Wurzeln und die Klassenherkunft der Politik untersuchen, die die "Antiimperialisten" machen, ihre grundlegenden Ideen und Konzepte, und letztlich die Beziehung ihres politischen Projekts, ihrer Taktik und ihrer Strategie mit den jüngsten historischen Tatsachen, die sich in Europa ereignet haben, besonders in ihrer Verbindung mit der kommunistischen Arbeiterbewegung.

Diese Untersuchung wird es uns ermöglichen zu beweisen, daß die "Antiimperialisten" kein kommunistisches Programm haben, daß ihre ganze Taktik sich um die "antiimperialistische" Aktivität dreht, anti-USA, anti-NATO, und daß ihre Ziele und ideologische Positionen zum großen Teil korrespondieren mit den Klassenpositionen wichtiger Teile des Kleinbürgertums, die sich durch das Vordringen der Monopole und Multis ruiniert und enteignet von ihren alten Klassenvorrechten sehen, was ihre Verzweiflung und Radikalität erklärt. In jeder Hinsicht handelt es sich um einen Linksopportunismus, der seine Kraft aus der ständigen Repression zieht, die diese Sektoren aufgrund der Ausbreitung des Staatsmonopolismus bis in alle Ecken der Gesellschaft hinein bis zu ihrer Proletarisierung erleiden. So ist zu verstehen, daß ihre Aufrufe zur antiimperialistischen "Einheit" keine andere Grundlage haben als den blinden Kampf gegen die NATO und die Monopole: militaristischer Kampf, dessen einziges Ziel ist, die Militärapparate des Imperialismus anzugreifen.
Ihre fortgesetzten propagandistischen Aktionen enthüllen uns überdies, daß sie mit ihrem vergeblichen Vorsatz nur darauf aus sind, "den Drachen zu töten", die eigenen Kräfte zu vergeuden und die Aufmerksamkeit der Revolutionäre und der Massen von den wirklichen Problemen abzulenken, die sich der Bewegung heute stellen.

An diesem Punkt muß daran erinnert werden, daß die Guerialla-Bewegung, die Anfang der 70er Jahre in Europa aufgekommen ist, es schon vor einiger Zeit erreicht hat, mit dem falschen bürgerlich-reformistischen Frieden zu brechen. Sie hat es erreicht, die Aufmerksamkeit der Massen auf die revolutionäre Perspektive zu lenken. Aber einige Gruppen, die verblendet sind durch die Resultate der Guerilla-Aktivität, bedenken nicht, daß das wichtigste Ziel, das man in dieser ersten Phase des bewaffneten Kampfes in Europa verfolgt hat, schon erreicht ist. Sie bedenken nicht, daß es genau deshalb jetzt darum geht, die anderen revolutionären Aufgaben anzupacken, die historisch vernachlässigt wurden, und daß die Guerilla-Aktivität sich in den Rahmen der breiten politischen, militärischen und organisatorischen Bewegung einfügen muß, die sich nach allen Seiten ausdehnt. Sie bestrafen sich selbst damit, sich auf diese Weise unwiderrufbar von der revolutionären kommunistischen Bewegung in Europa zu trennen.

Es ist unverzichtbar aufzuzeigen, daß - wie die Ereignisse es bewiesen haben - in dem Zeitraum der 70er Jahre jene Form des bewaffneten Kampfes notwendig war, weil sie weitgehend die einzige Möglichkeit war, revolutionäre Politik in den imperialistischen Metropolen zu machen. Aber die Entwicklungen sind schon so weit vorangeschritten, daß man, wenn man so weiter machen würde wie früher, man nicht nur eine theoretische Dummheit begeht, sondern man ungerechtfertigter Weise auf einer einseitigen und kontraproduktiven Praxis für die revolutionären Bewegung in Europa insistiert.

Heute ist die Wiedervereinigung aller reolutionären kommunistischen Kräfte unter der gleichen Fahne des Marxismus-Leninismus nicht mehr aufzuschieben; ihre

Zwei unvereinbare Linien innerhalb der europäischen revolutionären Bewegung

Anstregung geht dahin, ein proletarisches Programm für die sozialistische Revolution auszuarbeiten und eine tragfähige und ideologisch festgefügte leninistische Partei aufzubauen. Ausgehend von der umfassenden politischen und militärischen Vorstellung, die man mit der Partei erreichen kann, ausgehend von den proletarischen Klassenpositionen und angesichts der Nah- und Fernziele, die die sozialistische Revolution dem Proletariat vorzeichnet: So müssen alle politischen und militärischen Aufgaben entworfen werden. Die wichtigsten Aufgaben heißen heute, die kommunistische Partei zu stärken und ein Minimalprogramm der sozialistischen Revolution in jedem Land auszuarbeiten.
Dazu gehört ebenso die Organisierung und Erziehung der Arbeiter in den Ideen des Kommunismus, die Demaskierung der bürgerlichen Politik und ihrer reformistischen und revisionistischen Allianzen, etc.. Die Formierung einer kleinen Armee von proletarischen Kämpfern, die es lernen, den langandauernden Volkskrieg zu führen, die modernen Techniken der Kriegsführung zu beherrschen, etc., unter den in Europa herrschenden Bedingungen. Sie führen die militärischen Angriffe immer unter der Führung und Orientierung der proletarischen Politik durch, und mit dem Blick auf den Volksaufstand und die Bewaffnung des Volkes.

Unter Berücksichtigung der existentierenden Kräfteverhältnisse muß die Führung der Guerilla in der Anfangsphase skrupelhaft genau die Ziele auswählen, die die Ansammlung von revolutionären Kräften auf der Seite des Proletariats ermöglichen, indem sie die Durchsetzung der politischen Ziele erleichtern, auf die die organisierten Kräfte hinarbeiten. Dieses und kein anderes ist das militärische Programm der sozialitischen proletarischen Revolution in Europa.

Bis vor kurzem konnte man es aufgrund politischer und historischer Bedingungen noch zulassen, daß sich revolutionäre Aktivität vor allem auf den militärischen Kampf konzentrierte. Aber heute ist es schon dringend notwendig, die oben beschriebenen Ziele in Angriff zu nehmen. Je länger es dauert, diese politischen und militärischen Aufgaben des revolutionären Kampfes in Europa zu begreifen und anzupacken, um so schwieriger und steiniger wird der Weg zur sozialistischen Revolution sein.

Sich als Kommunist zu bezeichnen, heißt nicht, es auch zu sein

Eine Sache ist es, für den Kommunismus zu sein, wie das alle Organisationen sein wollen, und eine ganz andere Sache ist es, in jedem Moment den Klassenkampf zu verteidigen, gegenüber jedem konkreten Problem die Positionen des Kommunismus zu vertreten. Eine Sache ist es, großspurige, populäre sozialistische Erklärungen abzugeben und von Befreiung zu reden, und eine ganz andere Sache ist es, sich darum zu bemühen, in Theorie und Praxis die universellen historischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus und die Erfahrungen des Proletariats und der Völker der ganzen Welt in ihrem Kampf für die nationale Befreiung anzuwenden, den Sozialismus und den Kommunismus zu erreichen. Eine Sache ist es, sich antiimperialistisch zu nennen, und eine andere Sache ist es, sich als Feind dieser Prinzipien und der kommunistischen Aufgaben zu entpuppen.

Jeder halbwegs ernsthafte und bewußte Arbeiter begreift leicht, daß man in einem bestimmten Moment kein revolutionäres Programm und auch kein militärisches Programm der Proletarier hat. Das ist eine Aufgabe, die viel Zeit braucht. Viele Kampferfahrungen und verschiedene kommunistische Traditionen müssen zusammengefaßt werden etc.. Aber dieser gleiche Arbeiter wird es als schweren Fehler bezeichen, wenn man immer wieder aufs Neue die Ausarbeitung des kommunistischen Programms von sich weist und verweigert. Diejenigen, die eine solche Haltung einnehmen, beweisen, daß ihre hochtönenden sozial-befreienden Erklärungen und Manifeste lediglich ein Wortschwall sind, mit dem sie nur ihre irrigen politischen Positionen mit revolutionärer Phraseologie verbrämen wollen. Angesichts der politischen Bedingungen in der Welt können sich die Opportunisten nur so präsentieren, als wären sie Kommunisten.

Für jeden, der die Doppelbödigkeit dieser Haltung analysiert, ist der Unterschied zwischen den Worten und den Taten sehr schockierend. Für diejenigen, die vorgeben, für die sozialistische Revolution zu sein, während sie in Wirklichkeit noch nicht einmal hören wollen, daß vom Proletariat, der modernen Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder geredet wird, wäre es besser, klar und offen zu sagen, daß sie nur das Ziel haben, sich mit den imperialistischen Institutionen rumzuschlagen, aber daß es nicht ihre Sache ist, die Arbeiter-

klasse und die Volksmassen in ihrem Land zu organisieren, um mit ihnen zusammen auf dem Weg der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats voranzukommen. Es ist klar, daß die revolutionäre kommunistische Bewegung erstarkt. Die Opportunisten sehen sich immer mehr in ihrem Spiel entlarvt, und die wirklichen Kommunisten und die bewußten Menschen beginnen, ihnen die Schulter zu zeigen, weil sie merken, daß man auf diesem Weg nirgendwo hinkommt.

Die politische Position von Gruppen wie der RAF, ihre militaristische Taktik, ihre Interpretation des Kräfteverhältnisses zwischen den sozialen Klassen, ihre antileninistischen Erklärungen (gegen die Partei etc.), ihre ideologischen Positionen (die innerimperialistischen Widersprüche zu negieren) und viele andere Einschätzungen machen deutlich, daß sie zwischen den Klassen stehen, machen ihren kleinbürgerlichen Klassencharakter klar. Es ist offensichtlich, daß eine enge Verbindung zwischen diesen politischen, ideologischen und organisatorischen Positionen und der Geschichte und den Ideen des Klassensektors, den sie in ihrem Land repräsentieren, besteht. Genauso ist die wachsende Isolierung zu konstatieren, die diese Tendenz wegen ihres Herausblasens von Positionen und ihrer Entwicklung zu mehr und mehr antileninistischen und antiproletarischen Positionen hat. Es gibt genügend Beispiele für unsere Behauptung. Da gibt es ihre klare Entwicklung zu strikt militaristischen Positionen mit der Schaffung dieses "deutsch-französischen" Hirngespinsts der westeuropäischen "antiimperialistischen Guerilla";
die Verweigerung der brüderlichen und offenen ideologischen Auseinandersetzung mit andere revolutionären Organisationen;
ihre Manie, jede ernsthafte Analyse über jede für die Bewegung wichtige Angelegenheit in eine Demonstration von Omnipotenz der NATO zu verwandeln;
die Erklärung - ohne rot zu werden -, daß jede Verurteilung eines Revolutionäres oder jede Verurteilung zum Tode auf machiavellistische Weise von der höchsten Kommandostelle der NATO geplant ist...

Wir negieren im übrigen nicht die gewaltige Vorstellungskraft dieser "antiimperialistischen" Genossen, aber wir stellen gleichzeitig fest, daß es sich um eine sehr kurzsichtige, preußische Vorstellungskraft handelt, wenig gewöhnt an die dialektische Analyse aller Faktoren, die in den sozialen und politischen Phänomenen eine Rolle spielen. Obwohl das dialektische Genie Hegel in diesem Land geboren wurde.

Wenn diese Gruppen jetzt wütend auf die "Linke" schießen und sich über die Aufgaben lustig machen, die die Kommunisten in Europa in Angriff nehmen, und wenn sie ihren Antiimperialismus mit noch kühneren und spektakuläreren Aktionen akzentuieren, so versuchen sie doch in Wirklichkeit nur, ihre natürliche Unvereinbarkeit mit den proletarischen Positionen zu verbergen. Sie ziehen einen dichten Schleier über die kleinbürgerlichen Motivationen und anarchistischen Tendenzen, die ihren Aktionen eigen sind. Gleichzeitig versuchen sie, die geringe oder nicht vorhandene politische revolutionäre Effektivität, die sie mit ihren militaristischen Aktivitäten erreichen, dadurch zu erhöhen, daß sie heute die angebliche militärische Bedeutung des imperialistischen Angriffsziels maßlos übertreiben. Das sind nicht die Aufgaben, Genossen Antiimperialisten, die jetzt für das revolutionäre europäische Proletariat anstehen. Wenn ihr wirklich die sozialistische Revolution in eurem Land machen wollte, führt der Weg, den ihr gehen müßt, heute in eine andere Richtung als in die, in die ihr uns führen wollt.

Deshalb muß betont werden, daß die Konzeptionen der RAF vom Leninismus weit entfernt sind; und daß der Kampf gegen jede Art von Opportunismus stets eine Konstante der leninistischen Partei gewesen ist.
Wir müssen uns deshalb fragen, welche Umstände den Opportunismus der "antiimperialistischen Strömung" möglich gemacht haben. Wir glauben, es sind ohne Zweifel die folgenden: Zum einen die offensichtliche Desorientierung der Arbeiterklasse in Bezug auf die revolutionären Prinzipien. Die Gründe für diese Desorientierung müssen vor allem in den revisionistischen Theorien gesucht werden die im Zusammenhang mit dem XX.Kongress der KPDSU entstanden sind. Man muß außerdem berücksichtigen, daß dies in einer Perioden relativen sozialen Friedens in der Phase des ökonomischen Aufschwungs des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg geschieht.

Der andere Punkte ist das Fehlen von wirklichen kommunistischen Parteien, die sich der neuen Situation entgegenstellen könnten. Das hat dazu geführt, daß

zahlreiche revolutionäre Gruppen entstanden sind, die zu einem guten Teil die revolutionären Traditionen des Marxismus-Leninismus nicht kennen. Diese Gruppen haben die Konfrontation mit dem Staat mit der wirksamsten Methode geführt, die ihnen am Anfang zur Verfügung stand: der bewaffnete Kampf. Aber es fehlt ein gefestigter leninistischer Geist, genauso wie die Absicht, eine Partei zu schaffen, die die Arbeiterklasse organisieren, erziehen und führen kann. Sie verfallen deshalb früher oder später in opportunistische, bürgerliche Positionen: Die ideologischen Konzeptionen, die sie verteidigen, sind Proudhon oder Bakunin näher als dem Marxismus. In Wirklichkeit sind sie eine Mischung aus beiden.

Ein politischer Prozeß, der sich heute in Europa abspielt, ist für alle Kommunisten und Revolutionäre von Bedeutung: das wachsende Zusammenwirken der Kommunisten mit den fortschrittlichsten Sektoren und Elementen des Proletariats. Wir müssen mit unserer Arbeit dazu beitragen, daß dieser fast spontane Prozeß sich bewußt vollzieht und auf organisierte und gelenkte Art und Weise geschieht. Die objektiven Bedingungen, um diese Aufgabe zu erfüllen, sind bereits gegeben: Große Teile der Arbeiterklasse, die kämpferischsten und fortschrittlichsten, suchen eine proletarische und kommunistische Organisation für ihre Führung.

Gleichzeitig führt die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsdepression, die Kürzung der bürgerlichen Sozialprogramme, die Arbeitslosigkeit und die Verelendung großer Teile des Volkes, die ständige Entlassung großer Massen von Arbeitern durch die monopolistischen Pläne der Umstrukturierung etc. dazu, daß tausende und abertausende von Arbeitern anfangen, aufzuwachen und für den Sozialismus zu kämpfen. Sie sind sich ihrer historischen Verantwortung bewußt und identifizieren sich mit ihrer Klasse. Sie sind zu höchsten Opfern bereit, um die Sache des Proletariats vorwärts zu treiben. Die reformistischen Fallen und Vorurteile, die von der "Wohlstands-" oder "Nachindustriellen" Gesellschaft ausgebeutet wurden, liegen bereits hinter uns. Das sind alte ideologische Reliquien des Monopolismus der Nachkriegszeit.

Unser internationalistischer Beitrag

Aufgrund des zuvor Gesagten und angesichts derjenigen, die die Praxis des proletarischen Internationalismus gegenwärtig darin sehen, kleine supranationale militärische Organisationen zu schaffen (bedeutungslose Nachahmung der NATO), verteidigen wir die immer noch gültige Konzeption: Der proletarische Internationalismus heißt für Kommunisten die Pflicht, die Revolution im eigenen Land zu machen und entsprechend ihrer Kräfte dazu beizutragen, daß sie überall triumphiert. Dazu beitragen heißt fundamental heute in Europa:
1. aktiv an der ideologischen Diskussion teilnehmen, in der Debatte über die Prinzipien, die Strategie und Taktik und die unmittelbaren Aufgaben der Kommunisten, die gerade allerorts anstehen.
In dem Maße, wie uns das unsere materiellen Bedingungen ermöglichen, beteiligen wir uns schon seit längerer Zeit an dieser Diskussion, indem wir unsere Erfahrungen beitragen, unsere grundlegenden Positionen verteidigen und brüderlich die Positionen der anderen kritisieren. So haben wir auch in der kleinen Debatte interveniert, die es zum Internationalismus gegeben hat, welche Aufgaben unserer Meinung nach unaufschiebbar sind für die Kommunisten (wie die Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei und die Denunzierung und Demaskierung jeder Art von Opportunismus), wie die Rolle und die Gestaltung der Partei zum gegenwärtigen Zeitpunkt sein muß, über die Rolle und Funktion des bewaffneten Kampfes, der Guerilla, welchen Charakter heute die innerimperialistischen Widersprüche haben etc.. Wir haben verschiedene Artikel dazu geschrieben.
2. moralisch und materielle den ideologischen und politischen Kampf unterstützen, den unsere Genossen in anderen Ländern führen. Wir glauben, daß die beste Form der moralischen Unterstützung die direkte und offene Kritik ist, die die Schwächen der anderen und ihre Ursache aufzeigen, uns die gerechte Verteidigung der kommunistischen Positionen zu eigen zu machen, ihren Kampf gegen opportunistische und militaristische Positionen zu unterstützen etc..

Angesichts der Situation, in der die revolutionäre Bewegung in Europa sich befindet, ist es uns auferlegt, mit aller Klarheit und Entschiedenheit die grundlegenden Unterschiede aufzuzeigen, die zwischen den zwei Linien bestehen, die sich endgültig herausgeschält haben. Dieser unverzichtbaren ideologischen Aufgabe auszuweichen, würde bedeuten, der revolutionären Bewegung enormen Scha-

den zuzufügen.

Deshalb heißt das Ziel: Gehen wir entschlossen den Weg, den uns die proletarische Partei, die Organisation der Arbeiterklasse und der langandauernde Volkskrieg weisen; kritisieren wir unermüdlich die kleinbürgerliche militaristische Tendenz der "Antiimperialisten"; kämpfen wir unerbittlich gegen den pan-europäischen Nationalismus; kämpfen wir ohne Aufschub für die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats in Europa, indem wir Schritt für Schritt die Brüderlichkeit aller Proletarier des Kontinents verstärken, dadurch, daß wir uns - in erster Linie - auf unsere eigenen Kräfte verlassen, auf die immensen Kräfte aller Arbeiter, die den Kapitalismus in jedem Land bekämpfen.

Ohne Zweifel finden wir zwischen diesen zwei Haupttendenzen, in die sich die revolutionäre Bewegung in Europa verzweigt, auch einige Gruppen, die unschlüssig schwanken. Ohne Zweifel kann kein Kommunist, der wenigstens minimal dem Kampf seines Volkes verpflichtet ist, übersehen, daß angesichts der signifikanten Entwicklung hin zur Radikalisierung, die die Kämpfe und Streiks der Arbeiter allerorts nehmen (die sich gegen die Projekte der dekadenten Krisenlösung richten), die revolutionäre kommunistische Tendenz große Rückhalt und Unterstützung erhält. Deshalb ist ihre Verstärkung, Verwurzelung und Entwicklung vorauszusehen.

In der BRD gibt es schon eine beginnende kommunistische Strömung, die die Kritik an der "antiimperialistischen" Strategie angefangen hat. Obwohl in Italien die Bewegung in zahlreiche Sektoren aufgespalten ist, entwickelt sich immer klarer eine kommunistische Strömung. Die Roten Brigaden für die kämpfende kommunistische Partei, die beachtliche Fortschritte machen und sich Bahn brechen gegenüber den reformistischen und "guerilleristischen" Varianten. Unter den Franzosen - wenn wir Action Directe beiseite lassen, die mit den Budgets der RAF einen Pinienkern spaltet - sind die Dinge weiter zurück. Man könnte sagen, daß einigen französischen Gruppen, die entsprechende praktische Aktivität fehlt, obwohl sie in bestimmten theoretischen Fragen weit fortgeschritten sind. Das ist ein Fehler, der ein enormes Hindernis darstellt, wenn wir uns die Aufgaben vor Augen halten, die auf die Kommunisten warten. Obwohl die Belgier noch jung sind in ihren Aktivitäten, haben sie nicht aufgehört, einen frischen Wagemut in den Kampf einzubringen, indem sie die Theorie mit der revolutionären Praxis zu verbinden versuchen und mit Entschlossenheit die anstehenden Probleme angehen. Und sie lassen sich nicht von den Sirenengesängen der "Antiimperialisten" ködern. Sie haben sich den Aufbau der kommunistischen Partei von den Positionen des Proletariats zum Ziel gesetzt. Unsere Position ist genügend bekannt.

Man versteht den Wutanfall der "Antiimperialisten", wenn die proletarischen Positionen und das kommunistische Programm der Arbeiterklasse verteidigt werden, weil dadurch offenbar wird, daß sie selbst kein proletarisches Programm haben. Ihr Geschnatter über "Internationalismus" ist nichts weiter als ein chauvinistischer Pan-Europäismus, ohne daß ein anderes Ziel zum Vorschein käme als ein atomfreies Europa, ein grünes Europa und eines ohne die NATO. Ein utopisches und nicht zu verwirklichendes Ziel, das das Ideal und die kleinbürgerliche Illusion einer Welt ohne Kriege repräsentiert (was nur in einer völlig sozialistischen Welt möglich ist).

Diese Tendenz der Bewegung, die wir gerade untersuchen, ist deshalb in ihren Zielen reaktionär, da sie sich dem fortschrittlichen Lauf der Geschichte, den historischen Zielen des Proletariats entgegenstellt; und das ist so, trotz ihrer kriegstüchtigen und kämpferischen Entschlossenheit, antiimperialistisch, anti-NATO, anti-multinationale Konzerne und anti-alles mögliche.

Eine Karikatur des Marxismus

Die Komponenten der antiimperialistischen Strömung nennen sich gewöhnlicherweise marxistisch. Aber nichts ist weiter weg von der Wirklichkeit. Ihr Marxismus ist eine wahrhafte Karikatur der fundamentalen Ideen von Marx, Engels und Lenin, eine grobe Deformation des historischen und dialektischen Marxismus.
Charakteristisch für die Marxisten ist immer gewesen, daß sie sich immer auf eine ökonomische und soziale Klassenanalyse bezogen haben, um dementsprechend

das proletarische Programm und die kommunistische Strategie auszuarbeiten. Um diese Aufgaben zu verwirklichen, unterscheiden sie die sog. objektiven Bedingungen (jene, mit denen das Proletariat und seine kommunistische Avantgarde konfrontiert sind) von den subjektiven Bedingungen (woran das Proletariat entscheiden kann, welches seine Taktik und seine Strategie sein muß etc.). Was einem bei den Dokumenten der RAF als erstes ins Auge springt, ist das Fehlen einer Analyse dieser Art. Im Rahmen der Analyse, an die uns die RAF gewöhnt hat, wollen wir das Irrige ihrer Konzepte von der Proletarisierung und dem internationalen Proletariat hervorheben. Der erste Einblick in diese Konzepte zeigt uns schon ihre Haltlosigkeit und Schwäche. Mehr noch: Die RAF bringt einen extremen Subjektivismus zum Ausdruck und erklärt immer mehr in ihren veröffentlichten Dokumenten, daß die sozialen Klassen sich nicht mehr "durch die Position, die sie im Produktionsprozeß einnehmen," definieren können. Für Marx und Engels dagegen, und auch für Lenin, war in den Analysen der Klassen und des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft jene Klassendefinition immer eine unangreifbare Festung des Marxismus, des Materialismus. Und bei vielen Gelegenheiten haben sie darauf hingewiesen, daß, wenn man sich davon entfernt, dies in den Sumpf des Idealismus, des Opportunismus und des Chauvinismus führt.

Hinter der Terminologie, die durch die RAF benutzt wird, wie z.B. die "militante Proletarisierung", die Entfremdung und Verbürgerlichung der Arbeiter, die Basisprozesse, etc., verbirgt sich ein Angriff auf den Marxismus, von dem sie nichts wissen wollen. So schreiben sie, daß "die Klasse" -so abstrakt benannt- diejenigen sind, die "den destruktiven Charakter des Systems begriffen haben", und daß "von diesem Fundament der Proletarisierung aus die Personen, die in den Basisprozessen, im widerstand, etc., präsent sind, aus allen Schichten des Volkes kommen."

Unzweifelhaft haben die ungestüme Ausbreitung und der Vormarsch der Monopole und Truste in allen Wirtschaftsbereichen der kapitalistischen Gesellschaft und die Unterdrückung und Beschneidung der Interessen des Kleinbürgertums eine große allgemeine Unzufriedenheit hervorgerufen. Doch es kann sicher nicht zugebilligt werden, daß diese Sektoren, die sich abrupt durch ihre spezielle Situation radikalisiert haben, die Interessen des Proletariats repräsentieren, genausowenig wie dessen Ziele, noch seine Klassenpositionen. Das Ziel der Kommunisten besteht angesichts der besonderen Situation, in der sich diese Schichten im Proletarisierungsprozess befinden, darin, sie zu einem proletarischen Programm hinzuziehen; ihnen begreifbar zu machen, daß es keinen anderen Weg als die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus gibt. Kritisiert werden müssen ihre Verzweifelung und ihr Opportunismus, ihr Mangel an längerfristigen Vorstellungen und die Beschränktheit ihres Blickwinkels - etc.
Aber das ist nicht die Haltung, die die Genossen der RAF angesichts dieses Phänomens einnehmen. Vielleicht weil sie ebenfalls von dort herkommen und es noch nicht geschafft haben, sich wirklich ganz von den kleinbürgerlichen Vorurteilen zu befreien und sich die kommunistische Ideologie zu eigen zu machen. Ganz im Gegenteil: Um noch tiefer in den Sumpf der idealistischen Konfusion zu fallen, bringen sie ein besonderes Schmuckstück "marxistischer" Analyse hervor: den Widerspruch Staat - Gesellschaft als den Hauptwiderspruch in den Metropolen.

Niemals hat der Marxismus von einem Widerspruch zwischen Staat und Geslischaft gesprochen - einfach weil der Marxismus immer von einer Klassenanalyse ausgegangen ist, vom Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Wenn er vom Staat gesprochen hat, dann immer als von dem, der er ist: Ein Repressionsapparat einer Klasse über eine andere, ein in seiner Essenz repressiver Militärapparat, organisiert und gerichtet gegen die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat. Der Staat ist das bedeutendste Instrument, daß die Bourgeoisie hat, als Instrument des Klassenkampfs von oben gegen das Proletariat. Das ist das Wesen des Staates. Von daher muß das Proletariat seine ganzen Anstrengungen darauf richten, den Staat der Bourgeoisie zu stürzen, um ihn durch einen anderen zu ersetzen, den proletarischen Staat, die Diktatur des Proletariats.
Den Staat gegen "die Gesellschaft" stellen, wie das die "Anti-Imperialisten" machen, würde bedeuten, den Staat außerhalb der Gesellschaft zu stellen als eine Art höhere Einheit, die über ihr steht. Das heißt, den Klassencharakter des Staates zu negieren. Das bedeutet gleichzeitig, ihn für ei ne bösartige und überflüssige Einheit zu halten. Das Ziel der Revolutionäre wäre dann, jede Spur von Staat zu tilgen, so wie es seinerzeit Bakunin vorschlug. Zusammen mit

ihrer anti-staatlichen Voreingenommenheit und dem Fehlen eines kommunistischen Programms schlagen uns die "Anti-Imperialisten" (im Einklang mit diesem Widerspruch Staat-Gesellschaft) eine Interklassen-Allianz vor, um den Staat zu bekämpfen, der in ihren Augen der einzige Verursacher allen Übels ist, die die "Gesellschaft" erleidet.

Obwohl sie in einem ihrer Dokumente sagen, daß ihre revolutionäre Politik in den Metropolen "nichts mit einer Welt-Konzeption" zu tun hat, zeigen wir auf, daß das falsch ist. Ihre weltweite Analyse (Konzeption) ist die des Kleinbürgers, der von den Multis erdrückt wird, der in seiner Verzweifelung seine ganzen wütenden Angriffe gegen den imperialistischen Staat richtet, besonders gegen seine Militärapparate und seine Allianzen. Diese Angriffe haben keine andere Perspektive als den gleichen Kampf, den sie hervorrufen, sie erinnern an die Arbeiter, die die Maschinen zerstörten, damit dadurch die Ausbeutung des Proletariats zu Ende ginge: Das waren vor allem alte, ruinierte Sektoren des Handwerks und des Kleinhandels, die sich aus ihren Werkstätten und kleinen Geschäften durch die große Mechanisierung vertrieben sahen.
Der Kampf der Opportunisten unterscheidet sich radikal vom Kampf der Kommunisten, von ihrem anti-imperialistischen Kampf, von ihrer Organisation der Arbeiter, vom Aufbau der proletarischen Partei, von der Vorbereitung der organisierten Arbeiterkräfte im Geist und im Kampf des verlängerten Volkskrieges.

Die politische Konzeption des "Anti-Imperialisten" besitzt zwei ausgeprägte theoretische Schnittlinien, zwei zentrale Punkte, die klar ihre Vision revolutionärer Politik definieren. Ihre Idee von der "militanten Proletarisierung" und ihre Interpretation der Entfremdung und Verbürgerlichung, die die Arbeiter in den Metropolen Europas erleiden.
Für sie ist das Proletariat nicht ein objektives Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, sondern ein Bewußtseinsakt. Deshalb vertreten sie, daß das Subjektivedas Wesentliche und "das entscheidende für den Kampf in den imperialistischen Zentren" ist. Die imperialistischen Zentren -so fahren sie fortschaffen "überhaupt keine revolutionäre Bedingung (ausgehend von den objektiven Widersprüchen und den existierenden Bedingungen), sondern nur Zerstörung und Verelendung".
In einem unserer vorhergehenden Artikel haben wir gesehen, daß es bestimmter revolutionärer Bedingungen bedarf, damit die Revolution triumphiert. Dieses sind in erster Linie objektive Bedingungen. Wir fügen hinzu (entsprechend der Analyse Lenins zu dieser Frage), daß die objektiven revolutionären Bedingungen nicht genügt haben, um ein Regime oder eine Regierung zu stürzen, weil die nicht fallen, wenn man sie nicht stößt. Deshalb ist eine reife und disziplinierte proletarische Partei unverzichtbar und eng verbunden mit der revolutionären Massenbewegung. Aber davon reden die "Anti-Imperialisten" nicht. Für sie existiert das Proletariat objektiv nicht, sondern einzig durch einen Akt des Bewußtseins; mittels der Aneignung der Positionen des internationalen Proletariats; so würden die Individuen dazu kommen, Proletarier zu sein. Für den Leninismus hingegen besteht die einzige Art und Weise, die "Klasse an sich" in "Klasse für sich" zu verwandeln in der Arbeiterpartei. Die "Klasse an sich" ist die Arbeiterklasse, so wie sie im Prozess der kapitalistischen Produktion existiert: auseinandergerissen, uneinig, und ohne Bewußtsein über ihre Situation. Lediglich durch die proletarische Partei ist es zu erreichen, die Arbeiterklasse zu organisieren und zu vereinigen, damit sie politisch als unabhängige Kraft in die Klassenkämpfe ihres Landes interveniert - in dem Bewußtsein ihrer historischen Rolle und den Zielen des Sozialismus und Kommunismus: Das ist die "Klasse für sich".
Im Gegensatz dazu ersetzen die "Anti-Imperialisten" die marxistische Analyse der ökonomischen und politischen Bedingungen des Landes durch ein subjektivistisches Verhältnis von Haß und Wut. Das ist an-sich sehr wichtig für den Kampf gegen die Bourgeoisie, aber in jeder Hinsicht unzureichend. Auf dieser Grundlage -der Grundlage des Hasses und der Wut- sagen sie, "jetzt entwickelt sich die revolutionäre Front im Zentrum." Nicht auf den Schultern des Proletariats, wie Marx und alle Marxisten versicherten, sind wir aufgerufen, die kapitalistische Gesellschaft zu stürzen, die Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft zu sein! Der subjektive Ansatz der RAF in Bezug auf die Klasse und den Klasse nkampf wird durch den Trugschluß der Entfremdung und Verbürgerlichung der europäischen Arbeiterklasse vervollständigt. Der Neo-"Marxist" H. Marcuse sagt, daß die Arbeiterklasse in der modernen kapitalistischen Gesellschaft unterwürfig allen Interessen der Bourgeoisie dient, und daß sie, weil sie objektiv an der Ausbeutung anderer Völker teilnimmt, sich in ihrer privile-

gierten Position sehr wohl fühlt. Etwas ähnliches sagt die RAF.
Im Gegensatz dazu bezeichnet Marx mit dem Begriff der Entfremdung den Produktionspro zess im Kapitalismus selbst. die Beeinträchtigung, die der Arbeiter als Produzent erleidet, weil er von den produkten, die er produziert, enteignet wird. Das ist es, was den Arbeiter als Klasse wirklich interessiert, weshalb er auf seine Fahnen die Losung "ENTEIGNUNG DER ENTEIGNER" schreibt. Und dieser Widerspruch, der in jeder kapitalistischen Produktionseinheit steckt ist auch das Samenkorn, aus dem des proletarische Bewußtsein erwächst, die mächtige kämpferische Kraft des Proletariats. Das ist was anderes als das, was die RAF verteidigt. Deshalb wundert es uns auch nicht, daß ihnen mit diesem subjektivistischen und proudhonistischen Gepäck nicht in den kopf geht, daß es einen anderen revolutionären Weg gibt, einen proletarischen, einen kommunistischen Weg. Sie sind so sehr von ihrer kleinbürgerlichen anti-imperialistischen Ideologie gepackt, daß alles, was nicht Kugeln auf die Dächer der NATO schießt, für sie keinen Sinn macht. So weit geht ihre Blindheit, daß sie mit Naivität und ohne rot zu werden vertreten, daß die militärische Struktur des NATO-Oberbefehls über alle Angelegenheiten der Welt entscheidet. Sie glauben felsenfest, daß die Internationalisierung des Kapitals (ein Prozeß, der mit dem Handels-Kapitalismus begonnen hat und dann durch die Monopole beschleunigt wurde) zuvor von den 'Lehnstühlen' des Kapitals beschlossen wird; als ob die eigene kapitalistische Entwicklung , die Gesetze des Gewinns, die ungleiche Entwicklung und die Konkurrenz -alles objektive Faktoren, wie Marx bewiesen hat- überhaupt keinen Einfluß hätten.
Vielleicht stellen sie sich deshalb mit Hingabe gegen jeden neuen Plan der NATOund des IWF, das konterrevolutionäre Sancta Santorum, statt für die Schaffung eines politischen proletarischen und kommunistischen Programms zu arbeiten und dafür Propaganda zu machen.

Man versteht so ihre Aversion gegen jede kommunistische Aktivität, ihr Angriff gegen das kommunistische Programm der Revolutionäre in Europa, ihre Verachtung der Arbeiter und der Rolle und historischen Verantwortlichkeit des Proletariats aber, wie das dem Kleinbürgertum immer passiert, bleiben ihm gegenüber dem festen und entschlossenen Vorankommen des Proletariats nur noch zwei optionen: Sich entweder mit Leib und Seele mit dem Proletariat zu vereinigen, mit der Diktatur des Proletariats und dem Sozialismus, oder leichte Beute zu werden für den Imperialismus, von dem sie sagen, daß sie ihn mit aller Kraft bekämpfen. Christian Klar sagt, daß das Proletariat "diejenigen verkörpern, die den Imperialismus bekämpfen". Aber auf welchen Kampf bezieht er sich; Ohne jeden Zweifel auf den Kampf der "anti-imperialistischen Guerilla". Die Arbeiter, die in ihrer Fabrik kämpfen, um ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, und die sich den Plänen der kapitalistischen Überausbeutung entgegenstellen, sind in ihren Augen keine Proletarier und lohnen keinerlei Interesse. Es sei denn, die Streiks in den Unternehmen verlassen das institutionalisierte und gering zu schätzende"Terrain der einfachen Opposition". Aber worin besteht die Arbeit der Kommunisten, wenn nicht darin, sich mit den fortschrittlichsten Arbeitern zu vereinen, sie zu organisieren und die realen KOnflikte in den Betrieben auszunutzen, um sie an der Waffe des Marxismus auszubilden und auf dem Weg der Revolution voranzubringen ?
Der Opportunismus der RAF versucht eine Ausbeutung der Arbeiterkämpfe, wenn sie aus den etablierten Gleisen rauskommen (was gegenwärtig durchaus häufig ist, wen wir die tiefe kapitalistische Krise in Betracht ziehen), um sie in eine weitere Waffe im Kampf gegen die Nato zu verwandeln. Kommunisten machen etwas ganz anderes. Sie versuchen jede Fabrik in eine Festung der proletarischen Partei zu verwandeln und den Kampf gegen die Nato in eine weitere



Front des Kampfes gegen den Kapitalismus und für die Diktatur des Proletariats.

Die Aufgabe der Revolutionäre im ökonomischen Kampf der Arbeiter ist seit langem von Lenin klargestellt worden :" Der ökonomische Kampf ist ein unvermeidbarer Konklikt im Kapitalismus und er ist eine unverzichtbare Waffe, damit die Arbeiter ihre Lebensbedingungen verbessern können. Gleichzeitig ist er eine sehr nützliche Waffe des Kommunismus, um die Kampffähigkeit der Arbeiter, ihr revolutionäres Bewußtsein zu stärken, um das proletarische Programm zu verbreiten. Es geht nicht um die Politisierung der Arbeiterstreiks, wie manche denken, die schon genügend politisiert sind, und sie in "revolutionären Kampf um die Macht" zu verwandeln, "Bollwerk der Guerilla", etc.. Wer den ökonomischen Kampf mit dem politischen Kampf vermischt, begünstigt die Konfusion und die Pläne der Bourgeoisie und des Reform ismus. Die proletarische Partei muß ihre Aktivitäten auf die großen Betriebe des Landes konzentrieren, aber nicht um Gewerkschaften zu konstituieren, sondern um die Arbeiter nach den Prinzipien des Kommunsimus zu organisieren, des Programms der sozialistischen Revolution und nach der proletarischen Strategie und Taktik. Sie muß mit aller Kraft die Revisionisten bekämpfen, die Umstrukturierungspläne der Monopole denunzieren, im Kampf Arbeiterorganisationen schaffen, die un abhängig von der Bourgeoisie und den Reformisten sind.

Wenn die Geschichte etwas bewiesen hat, und sie hat es oft bewiesen, dann das, daß die Revolution dort siegt, wo die Revolutionäre sich auf die eigenen Kräfte verlassen haben, auf die Kräfte ihres Proletariats und ihres Volkes, indem sie den revolutionären Kampf in ihrem Land entwickeln. Das erfordert, daß an der Verstärkung der revolutionären Arbeiterbewegung gearbeitet wird, und daß deshalb alle Aufgaben angepackt werden, die hier aufgeführt wurden.

Die übrigen revolutionären, sozialistischen und fortschrittlichen Länder der Welt haben immer das Land unterstützt, das seine Revolution macht, ohne die Vorraussetzung sich auf seine Kräfte zu beziehen, ist nichts zu machen. Und sich auf die eigenen Kräfte stützen, heißt in Europa, sich auf die mächtige Kampffähigkeit des Proletariats zu beziehen, die wichtigste und führende Kraft der Revolution. Die Arbeiterklasse ist diejenige Klasse, die mit Entschlossenheit und Hingabe gegen die kapitalistische Gesellschaft kämpft. Die einzige, die sie stürzen kann und die den Sozialismus aufbauen kann. Etwas anderes zu denken heißt, sich vom Abc des Marxismus zu trennen.

Kommunistische Partei oder nationale Befreiungsbewegung ?

Auf die Frage nach den Übereinstimmungen innerhalb der europäischen revolutionären Bewegung, zwischen der anti-imperialistischen und der kommunistischen Tendenz, würden wir sagen, es gibt sehr wenige. Allgemein könnten wir sagen, daß die einzigen Übereinstimmungen der Kampf gegen den Imperialismus und der bewaffnete Kampf sind. Das ist sehr wenig, wenn wir uns klarmachen, was die jeweilige Strömung unter Kampf und unter Imperialismus versteht, und wie sie jeweils den bewaffneten Kampf, seine Ziele und Verbindungen mit dem revolutionären politischen Kampf des Proletariats bestimmen. Der Kampf der anti-imperialistischen Strömung kozentriert sich in erster Linie auf die Vorbereitung und Ausübung von bewaffneten Aktionen gegen die Institutionen der atlantischen Allianz, die Nato. Ihre Aktionen im Rahmen dessen, was sie " Strategie gegen ihre Strategie " nennen, und die supra-nationale "Einheit" der revolutionären Guerilla-Organisationen sind eine grobe Verdrehung des Internationalismus. Aber um welche Strategie kann es sich denn handeln, wenn man im Schlepptau der imperialistischen Strategie läuft ? Sicherlich um gar keine.

Die bewaffneten Aktionen der RAF, Aktion Direkte und anderer ähnlicher Gruppen, die kein proletarisches politisches Programm für den Kampf für den Sozialismus haben, sind durch ihren Radikalismus, Spontaneismus und Opportunismus gekennzeichnet; sie haben kein anderes Ziel als das Militärische, was angesichts der gegenwärtigen Situation mehr eine Bremse darstellt als ihre Weiterentwicklung oder einen Impuls; es handelt sich um eine modernisierte, radikalisierte Version der alten revisionistischen

Thesen Bernsteins " die Bewegung ist alles".
Das ist um so deutlicher, je mehr man die desorientierende und anachronistische Rolle versteht, typisch für die kleinbürgerlichen, anarchistischen Positionen und ihres politischen Credos - zusammengefaßt in der Aktion und der Bombe gegen die Nato.
Wir müssen für alle klarstellen, daß der Ursprung dieses schlimmen Anti-imperialismus in der Enge seiner politischen Vorstellung wurzelt und in der Armut ideologischer und organisatorischer Gesichtspunkte, die schlecht von den Erfahrungen anderer Völker kopiert wurden, und uns am Ziel orientieren, den ideologischen Kampf und den Kampf um die Prinzipien gegen diese opportunistische Strömung zu unterstützen.
Wir sollten uns daran erinnern, daß das alte Territorium Deutschlands der Ort des Zusammenstoßens zweier antagonistischer Lager ist; des Sozialismus und des Kapitalismus. In der BRD kann man besser, als an jedem anderen Ort die Rolle sehen, die in der heutigen Welt die militärischen Organisationen der anti-kommunistischen Allianz spielen. Es ist deshalb leicht zu verstehen, daß die revolutionäre Bewegung dort mehr auf die Form der militärischen imperialistischen Allianz insistiert hat, als auf ihren Klasseninhalt. Mehr auf die äußere Macht des Imperialismus, als auf die Aufgaben der Organisierung, Aufklärung und des Bemühens sich an die Spitze der Arbeiterklasse zu stellen, um nicht nur mit den Allianzen des Imperialismus fertig zu werden, sondern was wichtiger ist, mit den Klassen und der Produktionsweise, die sie ermöglichen.

Es spricht wenig für die RAF, wenn sie nach 15 Jahren bewaffneten Kampfes gegen den Imperialismus noch nicht die Grundzüge ihrer anti-imperialistischen Strategie skizziert hat. Die übrigen revolutionären Bewegungen Europas haben schon wichtige und entscheidende Schritte nach vorne gemacht in der politischen, organisatorischen und ideologischen Gestaltung ihrer Organisationen auf dem Weg zum Kommunismus, während die RAF weiterhin in den alten Vorstellungen eingeschlossen bleibt, die sie zum Entstehen gebracht haben: die Unterstützung der nationalen Befeiungsbewegungen der Kolonien und die direkte Konfrontation mit dem Imperialismus, ohne sich an Klassenkonzeptionen zu halten.
Ihr alter und geliebter Vorschlag einer westeuropäischen Front hat eine durchschlagende Zurückweisung erfahren seitens der kommunistischen Strömung. Ihnen ist allein die "Vereinigung" mit Aktion Direkte gelungen, einer Gruppe ohne die Geschichte der RAF, obgleich mit den gleichen politischen Vorstellungen anarchistischer Tendenz. Diese westeuropäische Front ist außerdem, die schlechteste Parodie der Fronten der nationalen Befreiungsbewegungen der Kolonien und Halbkolonien, die es auf europäischem Boden geben kann. Die Deutschen neigen sehr dazu, diese Bewegungen als politische Modelle von universe ller Gültigkeit anzusehen, obwohl der so einschneidende Unterschied zwischen Europa und den Ländern der 3. Welt unmittelbar ins Auge springt; sie haben immer angestrebt sich in solch eine Bewegung zu verwandeln.
Diese vereinfachende und eindimensionale Analyse, die häufig von den verschiedenen revisionistischen Strömungen vertreten wurde - besonders von den jruchovistas - wurde von Mao Tse Tung hart kritisiert, " weil sie dazu tendiert, alle Widersprüche, die es auf der Welt gibt, subjektiv durch einen einzigen zu ersetzen.
Mit solch einem speziellen Schema ist auf dem revolutionären Terrain in Westeuropa sehr wenig zu machen. Besonders dann, wenn man sich das schlechteste zum Vorbild nimmt; daß heißt, wenn wir uns an den Äußerlichkeiten festhalten und unfähig sind, den politischen und militärischen Inhalt zu begreifen, den diese Bewegungen in sich tragen. es steht fest, daß die Völker und Nationen der 3. Welt den Proletariern Europas sehr wertvolle Lehren zur Verfügung gestellt haben. Aber ihre Formeln einfach nur abpausen und nachmachen ist eher kennzeichnend für Dummköpfe, als für Revolutionäre.

Wir können uns eine unfassendere Vorstellung von ihrem Opportunismus und radikalen Spontanismus machen, wenn wir uns aufmerksamer mit der Interpretation auseinandersetzen, die sie von ihrem Vorschlag der "Einheit" geben. In Wirklichkeit schlagen sie überhaupt keinen überzeugenden Grund vor, der es rechtfertigen und erlauben würde, diese ihre "Einheit" zu begreifen, es sei den "die Schaffung von neuen Bedingungen für den Kampf im eigenen Land". Aber als Marxisten müssen wir uns fragen : neue Bedingungen aufgrund welcher Prinzipien ? Ohne Zweifel kommen unsere Genossen von der RAF sehr schwach daher, was Prinzipien anbelangt; deshalb ist ihre Antwort auf diese Frage eher Praktischer Art, man beabsichtigt,

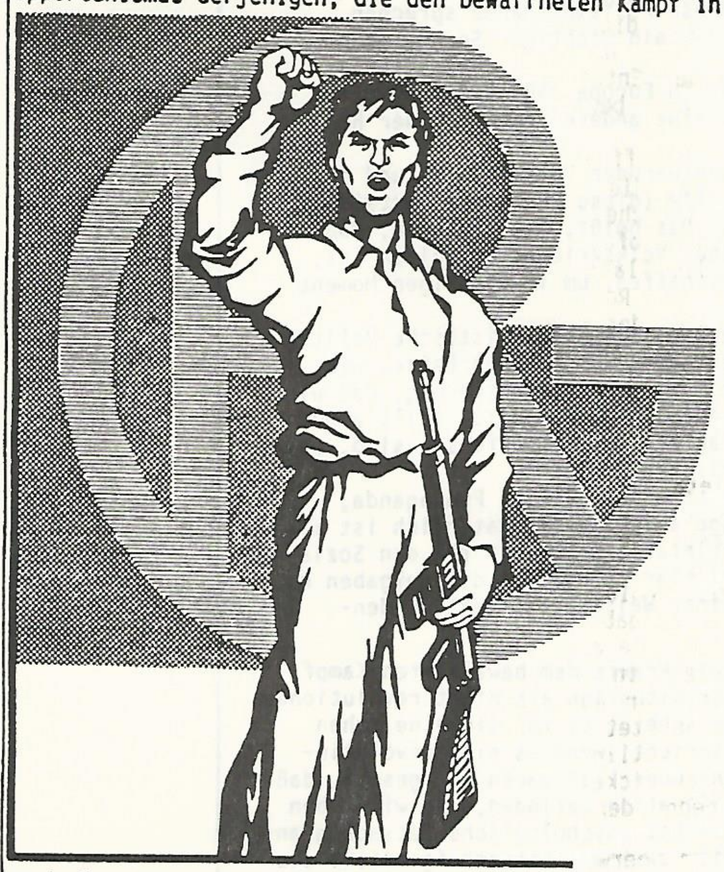
"die Reaktion im Kampf zu antizipieren". Diese Meinung wiederholen sie in ihren neuesten Dokumenten hartnäckig, was uns jedenfalls an ihre Interpretation der revolutionären Politik als "Strategie gegen ihre Strategie" erinnert.
Sie sind so sehr besessen davon, ihren "anti-imperialistischen" Kampf in den Kontext der Weltrevolution zu stellen, die weltweite "antiimperialistische Front" etc., daß sie die Entstehung und Entwicklung der neuen revolutionären Bewegung in Europa auf externe Gründe zurückführen, anstatt auf interne Ursachen : sie versichern, daß die Niederlage, die der Imperialismus in Vietnam erlitten hat (- sicher ein sehr wichtiger Faktor für seine Schwächung -) Hauptursache der ökonomischen und politischen Krise des Imperialismus gewesen sei. Wenn wir uns jedoch an die Dialektik halten, (ein Wort mit merkwürdigem Klang für die RAF, wie wir weiter oben gesehen haben), erkennen wir, daß die Hauptursachen für die gegenwärtige tiefe Wirtschaftskrise des Kapitalismus, eine Krise der Überproduktion ist, und der Restrukturierung des Kapitals, dies ist dem Kapitalismus immanent. Die Krise gehorcht einem neuen Entwicklungsgrad des Widerspruchs zwischen den Produktivkräften und den ererbten Produktionsverhältnissen aus der Nachkriegszeit.
Die Genossen der anti-imperialistischen Strömung müssen die Lektion lernen, die wir in "der revolutionäre Kampf verschärft die inner-imperialistischen Widersprüche" vertreten haben. Da machen wir klar, daß der beste Anti-imperialismus und proletarischer Internationalismus derjenige ist, der sich dem Kampf gegenseine imperialistische Bourgeoisie verpflichtet, weil dadurch, daß man die eigene Bourgeoisie bekämpft und sie stürzt, man dem Imperialismus eine Niederlage bereitet und er auf allen Ebenen zurückgeschlagen wird.
Klar ist, wie sie sagen, daß die Konfrontation immer zwischen Imperialismus und "Befreiung" verläuft, nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus, nicht zwischen nationaler imperialistischer Bourgeoisie und dem revolutionären nationalen Proletariat, das dafür kämpft die Diktatur des Proletariats durchzusetzten; seinen Staat.
Ihre so ersehnte Befeiung hat einen "interklassizistischen" Charakter, was sehr viel eher den revolutionären politischen Konzeptionen anderer Gefilde entsprechen würde, wo zusammen mit einem schwachen Proletariat eine Bauernschaft existiert, die die Hauptkraft der Bevölkerung ausmachen, und eine kleine und mittlere Bourgeoisie.
In Europa hingegen machen die Bauern im allgemeinen weniger als 10% aus, während daas Proletariat die immense Mehrheit der Bevölkerung ist, wir haben keine nationale Bourgeoisie, die die Revolution fordert, unter anderem weil die poche der bürgerlich-demokratischen Revolution in Europa schon lange Zeit vorbei ist.
Kein Zweifel, die Anti-Imperialisten werden deshalb nicht von ihren Vorstellungen ablassen. Sie sehen die Radikalisierung bedeutender Sektoren des Kleinbügertums, die ihre alte Rolle der "Intelligenzia" (Techniker, Lehrer, Journalisten, Stutdenten, etc.), entwertet sehen durch die großen monopolistischen Trusts, (die ohne Mitleid die alten liberalen Berufe opfern, die mehr oder weniger freien Berufe, die von der Gesellschaft der liber alen Bourgeoisie geerbt wurden).
Sie versuchen, die Interessen dieser Sektoren in der politischen Szene zu repräsentieren. Man begreift so die mutigen Angriffe auf die großen Industrie- und Militärunternehmen der Schlüsselsektoren des Imperialismus und auf die modernsten und repräsentativsten Institutionen der imperialistischen Bourgeoisie.

Trotz allem ist es in Europa das revolutionäre Proletariat, das auf die Bourgeoisie zielt, das sie stürzen will,etc.. Sein Programm ist ein Klassenprogramm, vertritt die Strategie des langandauernden Volkskrieges, der im Volksaufstand mündet, um die Diktatur des Proletariats durchzusetzen. Das Kleinbürgertum hingegen richtet seine Anstrengungen gegen die Militärapparate der imperialistischen Allianz, gegen die Nato, etc., und in seiner Strategie taucht weder die Diktatur des Proletariats, noch die These vom langandauernden Volkskrieg auf, noch stützen sie sich auf die Basis der Arbeiterklasse.
Die kommunisten jedes Landes hingegen helfen bewußt dem Proletariat ihres Landes im Kampf gegen ihre Bourgeoisie, den bürgerlichen Opportunismus zu demaskieren gegen ihre Ausbeutungs- und Unterdrückungspläne. Sie organisieren die Arbeiterklasse unabhängig von der Bourgeoisie, und von den

korrumpierten und integrierten Gewerkschaften, um die Klassenkollaboration der reformistischen und revisionistischen Partein zu denunzieren und gegen sie zu kämpfen, etc.. Davon ausgehend müssen sich die Kommunisten bemühen, eine mächtige marxistisch-leninistische Partei zu schaffen, mit dem Ziel, das Proletariat in seinem Kampf gegen die monopolistische Oligarchie, gegen die Finanzoligarchie und die Großgrundbesitzer und ihren Staat zu führen. Ohne diese proletarische Partei ist die Revolution der grandiosesten Niederlage ausgeliefert. Ohne diese Partei werden alle Versuche nutzlos, den bewaffneten Kampf für den Kommunismus zu organisieren.

In einem von der RAF radikal verschiedenen Sinn artikulieren sich die Roten Brigaden für den Aufbau der kämpfenden kommunistischen Partei etc.. in ihren letzten Dokumenten, wo sie sich auf die Notwendigkeit " der proletarischen und revolutionären Alternative zur Krise der Bourgeoisie und dem imperialistischen Krieg" beziehen. Die Roten Brigaden sagen in ihrem Text: "strategische Achse für die Konstruktion der Partei", daß sie früher aufgrund ihrer "relativen Unerfahrenheit und politischen Jugend", ihren damaligen Charakter,als kämpfende revolutionäre Kraft nicht weiterentwickeln konnten. Es ist kein Zufall, daß die Widersprüche in den Brigaden sich in dem Moment verschärften, wo " sie die ganze Gültigkeit und Tiefe ihrer Erfahrung beweisen, die sie in den Jahren des Kampfes aufgebaut haben". In diesem Moment war die Grnze der Entwicklung erreicht, die durch die bis dahin konzipierte Strategie des bewaffneten Kampfes ermöglicht wurde.
Wir haben am Anfang dieses Textes gesagt, daß der bewaffnete Kampf, so wie er konzipiert und bis vor kurzem durchgeführt wurde, die Aufgabe reichlich erfüllt hat, die ihm durch historische und politische Bedingungen, der ersten Phase des revolutionären und proletarischen Kampfes bestimmt war.
Die Demaskierung der bürgerlichen Demokratien, des Klassencharakters der monopolistischen und chauvinistischen Bourgeoisie, der Rolle der reformistischen und revisionistischen Parteien, als Lakeien der Monopole.
Außerdem eine praktische Tatsache von großer Bedeutung auf dem politischen Terrain zu beweisen; das man den monopolistischen Staat, den Imperialismus bekämpfen und besiegen kann. Wenn jetzt diese Ziele erreicht sind, ist es logisch, daß ohne Verzögerung die Aufgaben angepackt werden müssen, die zu einer marxistisch-leninistischen Partei führen, fest verankert in den Prinzipien und verwurzelt im revolutionären Proletariat. Ohne Zweifel ist der bewaffnete Kampf weiterhin die Lanzenspitze der Widerstandsbewegung, die vom Proletariat angeführt wird und von der Partei geleitet.
Diese Grenze, von der wir schon oft gesprochen haben, kann man nur zerbrechen, (wie das schon einige revolutionäre und proletarische Organisationen machen), indem man sich bemüht, alle Aufgaben ideologischer, politischer und organisatorischer Art durchzuführen, die auf die Konstruktion und Ausbreitung aller Sektoren des Proletariats in den Fabriken, den Schichten, den Stadtvierteln, etc. abzielen. Weil nur ausgehend von der breiten Perspektive, die die kommunistische Partei bietet, kann die Guerillaaktivität und die Organisierung der fortschrittlichen proletarischen Massen simultan und sich ergänzend entwickelt werden, ... die bereit zum entschlossenen und mutigen Kampf gegen den kapitalistischen Staat der Monopole sind.
In die ökonomische Spontaneität zu fallen, kann nur überwunden werden, wie in einem Dokument der BR für die PCC versichert wird, "wenn die Prinzipien des Marxismus und alle historische Erfahrung des internationalen Proletariats sicher festgehalten werden". Schließlich bestehen für die Roten Brigaden, im Gegensatz zu dem, was die RAF aufrechterhält, die Hauptaufgaben für die europäischen Revolutionäre im Aufbau der Kämpfenden kommunistischen Partei, denn: "das ist die Forderung, die die Massenmobilisierungen ausdrücken, die Forderung, für die möglichen Transformationen zu kämpfen, die die Situation braucht; auf dem politischen revolutionären Terrain zu kämpfen für die Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Gunsten des Proletariats, die proletarische revolutionäre Offensive aufzubauen, ausgehend von der Einheit und Autonomie, die die Massen gegen die Umstrukturierung und gegen den imperialistischen Krieg zum Ausdruck bringen."
"die revolutionäre Alternative konkretisieren und verstärken, zu der die proletarischen Mobilisierungen objektiv tendieren, und was zum Teil den Kommunisten und revolutionären Avantgarden subjektiv auferlegt, die Reihen fester um die Hauptaufgaben der aktuellen Situation zu schließen. Das

ausgehend von einer politisch-militärischen Praxis gegen die antiproletarische und reaktionäre politik der sozialen Befriedung, gegen die militäristische Poltik des westlichen Imperialismus."
Die Roten Brigaden fühen voller Mut, trotz der Hindernisse und der Schläge unter die Gürtellinie der Opportunisten und Abenteurer, eine wertvolle Selbstkritik durch, in der sie die politische revolutionäre Arbeit auf theoretischer und praktischer Ebene neu bestimmen, unter dem Licht der Erfahrungen von 15 Jahren bewaffnetem Kampf für den Kommunismus. Mit ihrer Kritik stellen sie die leninistischen Organisationsprinzipien, den demokratischen Zentralismus, gegen den kleinbürgerlichen, individualistischen Egoismus. Sie schützen die proletarischen Interessen und Prinzipien der Klasse, gegenüber den monopolistischen Interessen, die zur Zeit die Aufgabe und Auslieferung des Kampfes verfechten. Die Regierungen der Monopole sind jetzt daran interessiert, diese abschwörerische Haltung zu schüren angesichts der mächtigen revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse, die überall in dieser Situation der akuten Krise des Imperialismus anwächst. Einer Krise, die die politischen und ökonomischen Fundamente der kapitalistischen Länder erschüttert.
Die Rote Brigaden stellen den proletarischen Kampf dagegen, der darauf ausgerichtet ist, die politische Macht zu ergreifen, gegen den Opportunismus derjenigen, die den bewaffneten Kampf in der gleichen Weise



rechtfertigen, wie der bürgerliche Soziologe die Explosion gewalttätiger Radikalität aufgrund der Mängel der kapitalistischen Gesellschaft erklärt und nicht aufgrund ihrer wirtschaftlich-historischen Wurzeln. Kleinbürgerliche Soziologen, die jetzt begeistert das Wohlwollen des imperialistischen Staates suchen.
Wie wir sehen, favorisiert die Kritik der Roten Brigaden, die sie an "guerilleristischen" Konzeptionen haben, die Absicherung der kommunistischen Position und die Klärung der Strategie der Kommunisten.
Über diesen letzten Punkt haben wir unsere Meinung bereits in unserem Artikel "Partei und Guerilla" erklärt, den wir gerne allen geben, die an einer detaillierteren Diskussion über die Strategie der Kommunisten in Europa interessiert sind.
Deshalb müssen zwei fundamentale Schlußfolgerungen aus unserer Kritik gezogen werden:
1.) es gibt zwei unterschiedliche Arten, revolutionäre Politik in Europa durch den bewaffneten Kampf zu machen: eine kommunistische, die sich auf die Ergebnisse stützt, die es bis jetzt im Kampf gegeben hat, und die die These vom langandauernden Volkskrieg vertritt, der notwendigerweise in den Volksaufstand mündet;
die andere Richtung, die anarchistisch, kleinbürgerlich und opportunistisch ist,

der eine revolutionäre Strategie fehlt und die kein anderes politisches Ziel hat, als den militärischen Institutionen des Imperialismus Schläge zu versetzen;
2.) daß auch aus den Erfahrungen, die bis jetzt von der revolutionären Bewegung in Europa gemacht wurden, in erster Linie jetzt die Schaffung der kommunistischen Partei, der Organisation der kämpfenden Arbeiter herausragt. Diese Position wird von der kommunistischen Strömung vertreten, die das militärische vom politischen abhängig macht. Die "anti-imperialistische" Strömung hingegen beachtet diese Aufgaben der Kommunisten nicht, führt die Entfremdung und Verbürgerlichung der Arbeiter an und läßt sich auf ein interklassistisches Terrain ein, das nach außen hin sehr bombastisch wirkt, wie die "west-europäische Guerilla", aber ohne jeden proletarischen Inhalt und ohne jede Perspektive ist.

Eine unverzichtbare Aufklärung

Unsere Aufmerksamkeit wird besonders auf die Haltung gelenkt, die in Italien als "zweite Position" eingenommen wird, die als eine Strömung aus den Roten Brigaden hervorgegangen ist, und die heute von dieser Organisation getrennt ist.
Wegen der Verwirrungen, die das Vertreten der unterschiedlichen Positionen in die Reihen der revolutionären Bewegung tragen kann, wollen wir kurz auf die Konsequenzen eingehen, welche unserer Meinung nach gegen diese Positionsnahme sprechen.
Das ist notwendig gerade zu diesem Zeitpunkt, in dem ein wichtiger Sprung nach vorne gemacht wird.
Ebenso wie die Mehrheit der revolutionären Gruppen in Europa läßt diese Position zu, daß eine Etappe bereits zuende ist, und jetzt eine andere innerhalb der Bewegung beginnt.
Aber trotzdem sind für sie die Konzepte des langandauernden Volkskrieges und des bewaffneten Kampfes für den Kommunismus veraltet. Sie (diese Position) verteidigt dagegen eine klassische Konzeption des Aufstandes. Das heißt, sie negieren, daß es gegenwärtig ohne die Entwicklung des langandauernden Volkskrieges unmöglich ist, alle notwendigen Bedingungen für den Aufstand zu schaffen, um im richtigen Moment das bürgerliche Regime stürzen zu können.
Wie sie sagen, ist der bewaffnete Kampf weiterhin die Form, kommunistische Politik zu machen. Aber ihre Indefinition (ihre Undefiniertheit) der Art und Weise, wie Politik mittels des bewaffneten Kampfes zu machen ist, macht es notwendig, daß wir das aus dem Rest ihrer Erklärung erraten müssen. Auf den ersten Blick fällt einem auf, daß ihre Positionen des bewaffneten Kampfes ausschließlich defensiv sind, sowohl auf dem politischen wie auch auf dem militärischen Terrain.
Bezüglich der kommunistischen Partei, ihrer Aktivitäten und Ziele, Propaganda, Organisierung etc. kann man einige ihrer Vorschläge akzeptieren. Natürlich ist klar, daß die Tatsache, daß man für die Diktatur des Proletariats ist und für den Sozialismus, für die politische Machtübernahme, nicht viel klar macht über die Aufgaben der Kommunisten, wenn diese strategischen Ziele in keiner Weise präzisiert werden-ohne die geringste Konfusion oder Unsicherheit.

Die passive Rolle, die sie in der Theorie und in der Praxis dem bewaffneten Kampf zuordnen, korrespondiert mit ihrer Einschätzung der Situation als nicht revolutionär. Scheinbar ist dies ihre große Entdeckung. Außerdem scheint es für sie eine schon ausgemachte Tatsache zu sein, daß der Aufstand losbricht, wenn es eine revolutionäre Situation gibt. In unserem Artikel "Partei und Guerilla" haben wir gesagt, daß wir uns in der Entwicklung in eine revolutionäre Situation befinden, und wir haben dafür zahlreiche wirtschaftliche, politische und selbst psychologische Tatsachen angeführt, die wir hier nicht wiederholen wollen. Die "zweite Position" ignoriert die Tatsache, daß einzig durch die Entwicklung des Langandauernden Volkskrieges auf lange Sicht die Entfesselung des Aufstandes hervorgerufen werden kann, daß der langandauernde Volkskrieg, die politische Widerstandsbewegung der breiten Massen und die Guerilla der aktive Faktor und das auslösende Moment sind, wenn bereits die politischen und ökonomischen Bedingungen geschaffen wurden und wir direkt mit der extremen Verschärfung der sozialen Widersprüche und der objektiven Bedingungen konfrontiert sind.
Deshalb ist es von vitaler Bedeutung von jetzt ab (und entsprechend wie es die Situation der revolutionären Kräfte in jedem Land erlaubt) die Aufgaben in Angriff zu nehmen, die dazu führen, die Guerilla in jeder Hinsicht zu stärken;
nicht "den bewaffneten Kampf" als "Unterstützung" der kommunistischen Politik, sondern die Guerilla mit ihrer eigenen Wesenseinheit im militärischen, organisatorischen, und mit ihren Zielen. Natürlich werden diese immer in ihren grundlegenden Linien orientiert und geführt sein durch die Partei der Arbeiterklasse. Aufgrund ihrer Äußerungen über die Rolle des bewaffneten Kampfes kann die Position, die von ihnen vertreten wird, nur als beschämend qualifiziert werden, weil sie diese wichtige

Methode des modernen revolutionären Kampfes nicht so bewerten, wie es sein müßte. Weil sich gänzlich gegen den bewaffneten Kampf zu stellen bedeuten würde, mit rasender Geschwindigkeit auf das Terrain des opportunistischen Revisionismus abzugleiten, schreiben sie ihm weiterhin eine Bedeutung zu; nur tun sie das, weil es ihnen von den Ereignissen auferlegt wird, und nicht weil sie eine marxistisch-leninistische Bewertung der Situation der am meisten entwickelten kapitalistischen Länder machen, und ohne die entsprechende Verantwortung auf sich zu nehmen, die das in sich trägt. Diese Bewertung kann nur darin bestehen, daß in den Ländern des modernen kapitalistischen Staatsmonopolismus keine Bedingungen bestehen, um eine Politik durchzuführen, die auf friedliche Weise revolutionäre Kräfte ansammelt, die 'im kalten' die politischen und militärischen revolutionären Kräfte, der Partei und der politischen Organisationen der Arbeiter und der Guerilla ansammelt.
Es handelt sich um eine historische Charakteristik des Imperialismus. Eine Charakteristik, die strategisch von den revolutionären Kommunisten in Betracht gezogen werden muß. Es handelt sich in keinem Augenblick um ein taktisches Problem, um eine Möglichkeit oder Zufälligkeit, sondern um eine fundamentale Grundlinie der Zeit, in der wir leben.
Wenn wir außerdem in betracht ziehen, daß die Entwicklung der revolutionären Situation in jeder Hinsicht und Perspektive progressiv ist, auferlegt und diese Tatsache noch dazu wichtige Bezüge zur militärischen Aktivität und zur politischen Aktivität.
Die Zukunft der revolutionären kommunistischen Bewegung läuft darüber, daß sie es lernt, in der richtigen Bestimmung die militärische Aktivität der Guerilla und die politische Aktivität der Partei miteinander zu verbinden.
Nur auf diese Weise kann längerfristig garantiert werden, daß, wenn die politische Widerstandsbewegung der breiten Massen genügend gereift ist, ebenso wie das Proletariat, die Guerilla und die Partei, und wenn die objektiven notwendigen Bedingungen erreicht sind,
sowohl das militärische als auch das politische Programm der proletarischen Revolution, das Zusammenfließen des Volksheeres und der Aufstand für die Zerschlagung des bürgerlichen Regimes gesichert werden können.
Sich von diesen grundlegenden Linien zu trennen bedeutet heute, sich vom Kommunismus zu trennen.

Anmerkungen:
1. BR-PCC: "Strategische Resolution Nr. 2o, März 1985".

Kommune CARLOS MARX, politische Gefangene der PCE (r) und der GRAPO
Gefängnis von Soria

Achse Paris — Bonn gegen Terrorismus

Zimmermann unterzeichnet in Frankreich Abkommen über Kooperation auch bei Schwerkriminalität

VON HORST ZIMMERMANN

Paris. Der gestrige 8. April hat Aussichten, einmal ein historisches Datum für den internationalen Kampf gegen Terror und Schwerkriminalität zu werden. Vor einem Besuch in der Interpol-Zentrale bei Paris unterzeichneten Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und sein französischer Amtskollege Charles Pasqua in Paris die erste Vereinbarung, die die Zusammenarbeit der Polizeibehörden von zwei Staaten in Paragraphen vorschreibt. Bisher basierte die Zusammenarbeit nur auf Absprachen.

Ermöglicht wurde die Vereinbarung durch die Erkenntnis der wachsenden gemeinsamen Bedrohung durch Terrorgruppen, die über die deutsch-französische Grenze hinweg kooperieren. Erst kürzlich hatten sich bei der Festnahme von vier führenden Mitgliedern der französischen „Action Directe" bei Orleans neue Hinweise auf die Zusammenarbeit von deutscher RAF und „Action Directe" ergeben. Für den Bereich der Terrorbekämpfung sieht die Vereinbarung jetzt vor:

- Ab sofort können in Frankreich deutsche Terror-Fahndungsplakate ausgehängt werden. Französische Plakate werden in der Bundesrepublik ausgehängt.
- Beide Seiten tauschen Spezialisten der Terrorbekämpfung als Verbindungsbeamte aus. Sie sollen für schnelle Information nach Anschlägen und Polizeiaktionen sorgen und die Polizei des anderen Landes beraten.
- Daten, die für die Terrorbekämpfung wichtig sind, werden ab sofort unverzüglich ausgetauscht.

Zur Förderung der Zusammenarbeit gegen sonstige Schwerkriminalität tauschen die Bundesrepublik und Frankreich ständige Verbindungsbeamte aus. In Staaten, in denen beide Länder Verbindungsbeamte unterhalten, unterstützen sich diese gegenseitig. In Ländern, in denen nur die Bundesrepublik Verbindungsbeamte unterhält, dürfen sie auch für die französische Polizei tätig werden.

Für den Kampf gegen international organisierte Gangsterbanden ist der vorgesehene Austausch von Sachfahndungsdateien, etwa über gestohlene Kraftfahrzeuge, wichtig. BKA und französische Polizei sollen die Voraussetzungen für einen Datenverbund ihrer Computer klären.

Bei den regelmäßigen Treffen zwischen deutschen und französischen Sicherheitsbeamten soll vordringlich die Frage der „grenzüberschreitenden Observation" geklärt werden. Wenn deutsche Beamte einen Angehörigen einer Terrorgruppe oder einer Gangsterbande beschatten, müssen sie an der Grenze haltmachen und die Kollegen jenseits des Schlagbaums um weitere Beobachtungen bitten. Bis diese Prozedur in die Wege geleitet ist, sind die „Zielpersonen" oft schon über alle Berge.

Zimmermann meinte in Paris, die Vereinbarung solle „Motor für eine wirksamere Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten gegen Terror und Schwerkriminalität" sein. Italien hat bereits sein Interesse an einer ähnlichen Vereinbarung bekundet. Die seit 1975 arbeitende „Trevi-Gruppe", ein Zusammenschluß der Experten der EG-Länder für Terrorismus, Extremismus, Radikalismus und Gewaltkriminalität, kann gemeinsames Vorgehen nur einstimmig beschließen und ist deshalb entsprechend schwerfällig.

Bonner Rundschau 9.4.87

SDZ 30.4.87

EG koordiniert Terrorbekämpfung enger

Justiz- und Innenminister einigen sich auch auf einheitliche Grenzkontrollen

Brüssel (AP)

Die Justiz- und Innenminister der zwölf EG-Länder haben sich auf einer Konferenz in Brüssel auf neue Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus geeinigt, vorwiegend durch einen besseren Austausch von Informationen. Erstmals einigten sie sich außerdem auf einheitliche Kontrollen von Einwanderern und eine einheitliche Asylpolitik. Die Ergebnisse der Konferenz wurden vom belgischen Justizminister Jean Gol und vom belgischen Innenminister Joseph Michel bekanntgegeben, die gemeinsam den Vorsitz führten.

Die Minister einigten sich darauf, daß der Informationsaustausch über unerwünschte Ausländer aus Drittländern, auf den sie sich vor zwei Jahren geeinigt hatten, sofort beginnen könne. Außerdem wollen sie von jetzt ab Informationen über den Diebstahl und das Auffinden von Waffen und Explosivstoffen austauschen, die terroristischen Zwecken dienen könnten. Durch ihr geschütztes Informationssystem wollen sie außerdem gemeinsam terroristische Drohungen abschätzen.

Eine konkrete Entscheidung über die Einwanderung wurde in Brüssel nicht getroffen. Die Minister einigten sich nur darauf, wie ihre gemeinsame Politik aussehen sollte. So sollen in Zukunft bei der Erteilung von Visa an Ausländer aus Drittländern in allen zwölf Ländern der Gemeinschaft die gleichen Dokumente verlangt werden. Mit der Beseitigung der Grenzen zwischen den EG-Ländern im Jahr 1992 sei dann eine verstärkte Kontrolle der Grenzen nach außen notwendig. Die Kontrollen an den Grenzen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern sollen so lange wie notwendig aufrechterhalten werden.

Auch bei der Asylpolitik soll ein Ziel der künftigen Arbeit sein, in allen EG-Staaten Asylanträge aus Drittländern einheitlich zu bearbeiten. Das heißt zum Beispiel, wenn ein Antrag in einem Land abgelehnt wird, soll die Entscheidung für die gesamte Gemeinschaft gelten. Außerdem soll die „Rückreise" von abgelehnten Asylbewerbern mit „gewissen materiellen Hilfen erleichtert" werden.

Die Sitzungen werden auch zu bilateralen Gesprächen mit Ministern aus Drittländern genutzt. US-Justizminister Edwin Meese forderte im Rahmen des Treffens eine intensivere Zusammenarbeit aller vom Terrorismus betroffenen Länder: „Es darf nirgends in der zivilisierten Welt einen Zufluchtsort für diese Verbrecher geben."

Meese war wie sein kanadischer Kollege James Kelleher und der österreichische Innenminister Karl Blecha zu dem Treffen der sogenannten TREVI-Gruppe nach Brüssel gekommen. Die TREVI-Gruppe – sie ist keine europäische Institution – wurde vor zwölf Jahren gegründet und trifft sich zur Zeit zweimal pro Jahr, um unter anderem über die Probleme des Terrorismus und des weitweiten Drogenhandels zu beraten.

Trevi: het Europa der inlichtingen

BRUSSEL.- De TREVI-groep werd in '75 opgericht. Sindsdien heeft deze Europese overlegstruktuur, gericht op de bestrijding van de terreur en de georganiseerde internationale misdadigheid aan belang gewonnen. Wat eerst veeleer leek op een ambtelijk ritueel is momenteel in de operationele fase getreden. De Morgen 29.04.87

DAT kwam tot uiting in september '86, toen de TREVI-ministers beslisten tot een nauwere samenwerking op het vlak van informatie-uitwisseling tussen politie- en veiligheidsdiensten. Wat dit in de praktijk betekent werd ondermeer duidelijk bij de jongste perikelen rond de Nederlandse 'Knipselkrant'.

De feiten op zich zijn vrij banaal op het eerste gezicht. Begin april van dit jaar werd een bejaard Nederlands koppel opgepakt in Brasschaat door het Antwerpse gerecht. Pieter-Corneel Steinvoort (62) en Hildegonda Emous (64) waren in het bezit van zogenaamd CCC-propagandamateriaal.

Enige dagen later werd opeens huiszoeking verricht in de lokalen van de Nederlandse 'Knipselkrant' en in de woning van de redakteur van het blad, de 27-jarige Paul Moussault. Een groot deel van het archief, dokumentatie over CCC, adressenlijsten, en dergelijke meer, werden in beslag genomen op vraag van de Antwerpse onderzoeksrechter. Het leek erop dat de 'Knipselkrant' in verband werd gebracht met het CCC-propagandamateriaal in Brasschaat.

Op het eerste gezicht lijkt het onderzoek toevallig op gang gebracht, naar aanleiding van een routine verkeerskontrole in de Antwerpse randgemeente. Dat wordt anders als een stuk voorgeschiedenis bekend is. De figuur van Paul Moussault blijkt al maandenlang als een magneet te werken op allerhande veiligheidsdiensten. Op 18 januari '85 kreeg Moussault, volgens hemzelf, het bezoek van twee agenten van de BVD (de Nederlandse staatsveiligheid). Bij die gelegenheid werd hij door de Nederlandse BVD ondervraagd over «zijn kontakten met de Belgische CCC en de Duitse RAF».

Moussault verhaalt verder dat hij in januari '86 door de Westduitse Staatsschutz werd geïnterpelleerd in Frankfurt. Aanleiding daartoe was een gezamenlijke uitgave van de Nederlandse 'Knipselkrant' en het Belgische 'Ligne Rouge' (CCC-tendens).

Op 2 september '86 werd Moussault, zegt hij, gekontakteerd door de Duitse Bundesnachrichtendienst in Nederland. Men verzocht hem af te reizen naar München. Een zekere 'Klaus', die zichzelf legitimeerde als lid van de DBN, drong in de luchthaven van München erop aan samen te werken met de Duitse inlichtingsdienst.

Bij die gelegenheid liet 'Klaus' duidelijk aanvoelen dat Moussault grondig gescreend werd. 'Klaus' vertelde hem dat in het schuiloord van CCC'er Pierre Carette zijn telefoonnummer was gevonden, en dat hij nog een andere Belg, Pierre V., kende. 'Klaus' vroeg hem wie de vertalingen maakte voor het Franse 'Action Directe'. Moussault ging niet op de voorstellen in.

Naderhand werden leden van het Belgische 'Ligne Rouge' twee keer in drie weken tijd voor ondervraging opgepakt. Tijdens de ondervragingen vroeg de Belgische rijkswacht of zij de Nederlander Moussault kenden, en wanneer hij voor het laatst in Brussel was.

Wat op het eerste gezicht een banaal incident leek, blijkt in het licht van deze feiten te zijn vooraf gegaan door langdurig en intens internationaal inlichtingswerk. Het is precies dergelijke samenwerking die beoogd wordt in de schoot van TREVI. Eén van de regelmatige, informele samenkomsten in het TREVI-kader is deze van de diverse hoofden van de veiligheidsdiensten, onder het huidig voorzitterschap van het hoofd van de BVD.

Dat de informatie-uitwisseling zich niet beperkt tot uitsluitend Europese diensten is gebleken uit de zaak Mazurier. Jean-Paul Mazurier, gewezen Frans advokaat van de Libanese terrorist Georges Ibrahim Abdallah, bevestigde recent dat hij lange tijd werkte in opdracht van de Franse geheime dienst DGSE. Het is duidelijk dat de uitschakeling van Abdallah, via Mazurier, in grote mate geïnspireerd werd door de Amerikaanse inlichtingsdiensten.

(PP)

Strengere kontrole niet-EG-onderdanen

DS 30.4.87

BRUSSEL — Als middel om het terrorisme te bestrijden beslisten de zgn. Trevi-ministers op een gisteren in Brussel gehouden bijeenkomst om onderling gegevens uit te wisselen over sommige diefstallen van wapens en springstoffen. De drugbestrijding willen zij verbeteren door alle EG-lidstaten onmiddellijk toegang te verschaffen tot informatie van „drug-verbindingsofficieren" in Latijns-Amerika of Zuidoost-Azië. Maar meest aandacht in de afsluitende verklaring van de Belgische voorzitters Gol en Michel ging gisteren uit naar de diskussies over immigratie en kandidaat-politieke vluchtelingen.

Krachtens een mandaat van de Politieke Samenwerking doktert de ad hoc-groep van Trevi gemeenschappelijke beleidslijnen uit over immigratie, in het licht van de geplande verruiming van het vrij verkeer binnen de Gemeenschap in 1992. De Trevi-ministers willen die werkgroep nog versterken, zo zeggen zij in de gisteren gepubliceerde verklaring.

Met het oog op een gemeenschappelijke visapolitiek willen de Trevi-ministers een zo gezamenlijk mogelijke procedure uitwerken. Er werd beslist tot een onmiddellijk en systematisch onderzoek van de vereiste dokumenten voor visa-aanvragen.

Aan de buitengrenzen van de Gemeenschap willen de ministers komen tot een grenskontrole die wordt opgesplitst naargelang de reizigers afkomstig zijn uit een lidstaat, of komen van buiten de Gemeenschap. Aan de binnengrenzen moet grenskontrole behouden blijven zolang er geen alternatieve overeenkomsten tot stand komen. Voor EG-onderdanen betreft het een richtlijn die wordt uitgewerkt, voor personen van buiten de Gemeenschap die onwettelijk binnenkomen wil men de kontrole versterken en het terugsturen effektief toepassen.

Over de kandidaat-politieke vluchtelingen zeggen de Trevi-ministers de Konventie van Genève ten volle te willen eerbiedigen, en om humanitaire redenen zelfs vreemdelingen te willen toelaten die niet beantwoorden aan de voorwaarden van de Konventie. Maar om misbrui-

ken te bestrijden geraakte men akkoord over enkele beginselen: de aansprakelijkheid van de vervoerder voor reizigers zonder geëigende dokumenten, de mogelijkheid om in derde landen de inscheping te laten kontroleren door ambtenaren van EG-lidstaten, en de eventuele bestraffing van nalatige vervoerders. In het algemeen wil men nog komen tot een vereenvoudigd onderzoek van asielaanvragen, en tot afspraken om meervoudige aanvragen tegen te gaan.

De „lichte administratieve struktuur" die de Belgische voorzitters in de toekomst aan Trevi willen meegeven, blijkt beperkt te worden tot een met de Trevi-troïka wisselend driemanschap van ambtenaren die enkel op initiatief van hun ministers zullen samenkomen. (MVO)

VS-minister Meese in Brussel:

DS 30.04.87

Strijd tegen terrorisme verloopt gunstig, maar is niet gestreden

Van onze verslaggever

BRUSSEL – Het gaat niet slecht met de strijd tegen het internationale terrorisme, maar het probleem blijft dreigend genoeg om verdere maatregelen en vooral internationale samenwerking te vereisen. Dat was, in een notendop, de stelling die dinsdag in Brussel werd verdedigd door de Amerikaanse minister van Justitie Edwin Meese III. De bewindsman was in Brussel om de bijeenkomst bij te wonen van de Trevi-groep, waarin de ministers van Justitie en van Binnenlandse Zaken van de EG-lid-staten zijn verenigd, en waarop het terrorisme hoog op de agenda stond.

Tijdens een lunch die was aangeboden door een aantal Belgisch-Amerikaanse verenigingen zette Meese, een persoonlijke vriend en vertrouwensman van president Reagan die vóór zijn benoeming tot minister op het Witte Huis werkzaam was, uiteen hoe hij de strijd tegen het terrorisme ziet. Hij stelde vast dat er de jongste tijd zowel in de Verenigde Staten als in Europa van een positieve ontwikkeling sprake is. In de VS daalde het aantal terreurdaden van 112 in 1977 tot 17 in 1986, terwijl vorig jaar ook in West-Europa het aantal incidenten lager lag dan de voorgaande jaren. Voorts wees de minister op een reeks recente veroordelingen van terroristen, zoals die van Nazir Hindawi in Londen, van diens broer in West-Berlijn, van George Ibrahim Abdallah in Parijs en van sikhs in Canada.

Meese voegde daar echter aan toe dat „ondanks die vooruitgang, niet mag worden onderschat wat er nog gedaan moet worden. Er blijven zich terreurdaden voordoen die de levens van onschuldigen eisen en die een bedreigig vormen voor naties in vele delen van de wereld. Naarmate terroristische groepen hun doelwitten en hun taktiek veranderen, kunnen wij ons niet beperken tot een tevreden terugblik op de geboekte suksessen".

Drie hoofdlijnen

De verdere campagne tegen „deze grote bekommernis van de hele wereld" moet volgens Edwin Meese stoelen op drie grote lijnen. In de eerste plaats is een verdere voorlichting van de bevolking nodig, opdat de mensen niet zullen geloven dat de terroristen, zoals ze zelf beweren, op legitieme wijze politieke doelen nastreven „want er zijn geen doelen die nobel genoeg zijn om de middelen te rechtvaardigen die de terroristen gebruiken, terrorisme is simpelweg een misdrijf en moet als zodanig worden aangepakt en bestraft".

Ten tweede zijn er de door de Amerikaanse bezoeker slechts in het kort aangeroerde „technische" aspekten zoals een betere samenwerking tussen alle politie- en ordediensten. En tenslotte brak Meese een lans voor verdere internationale samenwerking. In dat verband noemde hij als voorbeelden het recente, met Groot-Brittannië gesloten, uitwijzingsverdrag waardoor de VS nu wel gevluchte IRA-leden naar het Verenigd Koninkrijk uitleveren, en de maandag ondertekende nieuwe versie van het 85 jaar oude uitleveringsverdrag met België.

Meese prees voorts de vooruitgang die op het gebied van de grensoverschrijdende koöperatie is gemaakt tussen de lidstaten van de Europese Gemeenschap en zwaaide in dat verband lof toe aan de Belgische minister van Justitie Gol, die de Trevi-groep voorzit.

De Amerikaanse bewindsman waarschuwde dat demokratische landen bij hun strijd tegen het terrorisme een evenwicht moeten handhaven tussen „de bescherming van de bevolking en het respekteren van de fundamentele principen van de vrijheid" en voorspelde dat „deze strijd uiteindelijk in vrije naties zal worden gewonnen door het uitvoeren van de wet op een manier die zorgt dat terroristen geen schuilplaats zullen vinden". (HM)